

Berichte und Studien Nr. 40

Wehrmacht – Verbrechen – Widerstand

Vier Beiträge zum nationalsozialistischen
Weltanschauungskrieg

Herausgegeben von Clemens Vollnhals

Hannah-Arendt-Institut

für Totalitarismusforschung e.V. an der
Technischen Universität Dresden



Wehrmacht - Verbrechen - Widerstand

Vier Beiträge zum nationalsozialistischen Weltanschauungskrieg

Herausgegeben von Clemens Vollnhals

Berichte und Studien Nr. 40

Herausgegeben vom Hannah-Arendt-Institut
für Totalitarismusforschung e. V.
an der Technischen Universität Dresden

Wehrmacht – Verbrechen – Widerstand

Vier Beiträge zum nationalsozialistischen
Weltanschauungskrieg

Herausgegeben von Clemens Vollnhals

Dresden 2003

Herausgegeben vom Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V.
an der Technischen Universität Dresden
Mommsenstr. 13, 01062 Dresden
Tel. (0351) 463 32802, Fax (0351) 463 36079
Layout: Walter Heidenreich, Hannah-Arendt-Institut, Dresden
Umschlaggestaltung: Penta-Design, Berlin
Druck: Sächsisches Druck- und Verlagshaus AG, Dresden
Printed in Germany 2003

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe gestattet. Belegexemplar erwünscht.

ISBN 3-931648-43-5

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	7
<i>Bernd Jürgen Wendt</i> Deutschlands Weg in den Zweiten Weltkrieg	9
<i>Bernhard Chiari</i> Geschichte als Gewalttat. Weißrussland als Kind zweier Weltkriege	27
<i>Dieter Pohl</i> Das deutsche Militär und die Verbrechen an den Juden im Zweiten Weltkrieg	45
<i>Winfried Heinemann</i> Militäropposition und Krieg	63
Die Autoren	77

Vorbemerkung

Die nachstehenden Beiträge gehen auf eine Vortragsreihe zurück, die im Sommer 2002 vom Hannah-Arendt-Institut zusammen mit der Stadt Leipzig und der Volkshochschule Leipzig im Rahmen des Begleitprogramms zur Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941 - 1944“ organisiert wurde. Als Organisator dieser Vortragsreihe bin ich allen Beteiligten für die gute Zusammenarbeit zu Dank verpflichtet, insbesondere den Referenten, die ihre Vorträge für den Druck nochmals überarbeitet, teils auch erweitert haben.

Clemens Vollnhals

Dresden, im Februar 2003

Deutschlands Weg in den Zweiten Weltkrieg

Die Entfesselung des Krieges

Es geschah am 3. September 1939 kurz nach 9.00 Uhr vormittags in der Neuen Reichskanzlei in Berlin: Wie versteinert und offenbar überrascht nahm Hitler von seinem Dolmetscher Paul Schmidt die Übersetzung des auf 11.00 Uhr vormittags befristeten britischen Ultimatums entgegen, Polen unverzüglich zu räumen. Nach einer Weile wandte er sich mit wütendem Blick seinem Außenminister von Ribbentrop zu, der wie erstarrt am Fenster stand: „Was nun?“ Darauf Ribbentrop leise: „Ich nehme an, dass die Franzosen uns in der nächsten Stunde ein gleichlautendes Ultimatum überreichen werden.“¹ Auch dessen Frist, 5.00 Uhr nachmittags, ließ Hitler verstreichen. Zwei Tage nach dem Überfall auf Polen am 1. September um 4.45 Uhr morgens hatte der „Führer“ ohne offizielle Erklärung den europäischen Krieg entfesselt. Für ihn hatte er seit 1933 planmäßig gerüstet und das deutsche Volk vorbereitet.

Mit dem deutschen Angriff gegen Polen begann der größte, grausamste und verlustreichste Krieg zu Lande, zu Wasser und in der Luft, den die Welt bisher erlebt hatte. Seine Bilanz war schrecklich: Von 110 Millionen Soldaten kehrten 27 Millionen nicht mehr zurück. 25 Millionen Zivilpersonen starben durch Massenvernichtung in deutschen Konzentrationslagern, durch Luftkrieg und Kampfhandlungen, durch Hungerblockaden, Partisaneneinsätze und Résistance, durch Besatzungsherrschaft, Vertreibung und Flucht. Darunter fielen fast 6 Millionen Juden dem nationalsozialistischen Rassenwahn zum Opfer. Das europäische Judentum wurde nahezu ausgelöscht. Drei Millionen Menschen blieben vermisst. In dem Inferno des von Hitler entfesselten Krieges verloren etwa 55 Millionen Menschen ihr Leben. Die meisten Opfer hatten die Sowjetunion mit 20 Millionen Menschen und, gemessen an der Bevölkerungszahl, Polen mit 4,52 Millionen zu beklagen. Jeder 6. Pole wurde getötet oder ermordet, vor allem durch deutsche, aber auch durch sowjetische Hand. Die deutschen Verluste beliefen sich auf 5,25 Millionen, die britischen auf knapp 400 000. Zerstörungen und materielle Schäden überstiegen alles, was sich die kühnste Phantasie im September 1939 hätte ausmalen können.

Die Machtverhältnisse und die politische Landkarte der Welt wurden gründlich verändert: Deutschland und Japan, aber auch die Sieger Groß-

1 Diese Szene ist uns verbürgt durch den Chefdolmetscher selbst: Paul Schmidt, Statist auf diplomatischer Bühne 1923–1945. Erlebnisse des Chefdolmetschers im Auswärtigen Amt mit den Staatsmännern Europas, Bonn 1953, S. 473.

britannien und Frankreich büßten ihre weltpolitische Bedeutung ein. Immer mehr Völker Asiens und Afrikas erlangten ihre Unabhängigkeit. Der seit dem Ersten Weltkrieg laufende Prozess der Dekolonisation nahm ein immer schnelleres Tempo an. Die alten europäischen Kolonialreiche lösten sich auf. Das Schwergewicht der Weltpolitik verlagerte sich von Europa weg an die Peripherie der Alten Welt zu den „Flügelmächten“ USA und der Sowjetunion. Die schon seit dem Ersten Weltkrieg bedrohte Vorrangstellung Europas ging verloren. Der Gang der Weltpolitik wurde fortan von Washington und Moskau bestimmt. Das Engagement der beiden „Supermächte“ dehnte sich weltweit von Korea über China, Südostasien, Persien, den Mittleren Osten bis tief nach Europa hinein aus. Ihre Rivalität eskalierte bald zum „Kalten Krieg“. Quer durch Mitteleuropa wurde ein „Eiserner Vorhang“ (Churchill) gezogen. Im Herzen Europas an der Elbe und in Korea standen sich in der Folge des Zweiten Weltkrieges zwei ideologische Machtblöcke mit zwei fundamental divergierenden Gesellschaftssystemen in unmittelbarer Konfrontation gegenüber. Die Staaten Osteuropas bis zur Elbe gerieten unter sowjetische Hegemonie. Deutschland blieb in der Folge des „Kalten Krieges“ bis 1990 geteilt; seine beiden Teile wurden in zwei gegensätzliche Paktsysteme eingebunden. Allerdings gab es auch schon bald nach 1945 wieder Zeichen der Hoffnung für eine friedliche Zukunft: In Westeuropa lösten der „Kalte Krieg“, die Bedrohung aus dem Osten und die tiefe Wirtschaftskrise verstärkte Bemühungen um eine wirtschaftliche, politische und militärische Zusammenarbeit unter dem amerikanischen „Schutzschild“ aus, die den Weg zu supranationalen Zusammenschlüssen ebneten. Nach den schrecklichen Erfahrungen des Weltkrieges wurden aus den Gegnern von gestern Freunde und Verbündete von morgen. Die alte „Erbfeindschaft“ zwischen Deutschland und Frankreich, die über Europa so viel Unglück gebracht hatte, wurde endgültig zu Grabe getragen.

Der Zweite Weltkrieg hat diesen tiefgreifenden Wandel ausgelöst. Fragen wir deshalb noch einmal nach seinen Ursachen. Kehren wir zum 3. September 1939 zurück.²

Im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg stand die Frage der Kriegsschuld für den Zweiten Weltkrieg nie ernsthaft zur Diskussion. Zu eindeutig war die Schuld, die Nazideutschland und sein „Führer“ mit dem Überfall auf Polen auf sich geladen hatten. Dennoch verbindet sich mit dem Entschluss Hitlers, den Krieg zu entfesseln, eine Reihe von Fragen und Problemen.

Wir wissen nicht genau, ob die Überraschung, mit der Hitler das britische Ultimatum am 3. September morgens in Empfang nahm, echt oder gespielt

2 Zur nationalsozialistischen Außenpolitik vgl. u. a. Klaus Hildebrand, Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck zu Hitler 1871-1945, Stuttgart 1995; Marie-Luise Recker, Die Außenpolitik des Dritten Reiches, München 1990; Bernd Jürgen Wendt, Großdeutschland. Außenpolitik und Kriegsvorbereitung des Hitlerregimes, München 1993.

war. Offenbar hatte er allen Warnungen aus London zum Trotz bis zuletzt mit der britischen und französischen Neutralität beim Überfall auf Polen gerechnet oder jedenfalls doch damit, dass die Londoner und die Pariser Regierung nur formell den Krieg eröffnen, aber tatsächlich nicht den überfallenen Polen zur Hilfe kommen würden. Nun hatte er gegen seine ursprünglichen Erwartungen schon den großen europäischen Krieg an zwei Fronten, den der Diktator doch stets hatte vermeiden wollen. Der europäische Krieg hatte durch den Beitritt der britischen Dominien von Anfang an schon die Dimensionen eines Weltkrieges. Es war aber auch ein Krieg mit „verkehrter Frontstellung“: Der „Wunschpartner“ Großbritannien, um dessen Freundschaft Hitler lange geworben hatte (allerdings zu seinem Preis, und der lautete „freie Hand für Deutschland auf dem Kontinent!“), stand nun mit Frankreich im Lager der Feinde wie schon 1914. Der eigentliche ideologische Gegner, die Sowjetunion, war seit dem Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 Verbündeter Berlins. Der Zeitpunkt des Kriegsbeginns war im Kalkül Hitlers relativ günstig, aber keineswegs ideal.

Der Vabanquespieler Hitler hatte also am 3. September 1939 bereits die erste Runde des Krieges verloren, bevor dieser Krieg recht eigentlich begonnen hatte. Er stand an diesem Tag vor den Trümmern seiner bisherigen Außenpolitik, deren Aufgabe es in den Jahren vorher doch gewesen war, eine optimale internationale Konstellation für die Auslösung des Krieges herbeizuführen. Die von ihm verspotteten „kleinen Würmchen“ von München 1938, Chamberlain und Daladier, hatten seinen Plan durchkreuzt, Polen zu isolieren und in einem blitzartigen, lokalisierten Überraschungsschlag mit Hilfe der Wehrmacht „zu liquidieren“ – wie vorher Österreich und die Tschechoslowakei. Die Planung hatte ursprünglich anders gelautet: Erst Anfang oder besser noch Mitte der vierziger Jahre wollte sich die deutsche Führung mit den vereinten Kräften eines von ihr beherrschten europäischen Kontinents gegen England und Frankreich und ihre Weltreiche wenden und dann schließlich den eigentlichen nationalsozialistischen Rassekrieg gegen die Sowjetunion um „Lebensraum“ im Osten führen. Nach der Eroberung der Sowjetunion plante Hitler vielleicht auch erst für eine kommende Generation den „Endkampf“ um die Vormachtstellung in der Welt gegen die USA – entweder nach der Niederlage Großbritanniens oder zusammen mit einem „Satelliten“ Großbritannien. Hier verlieren sich Hitlers Pläne freilich im Nebel größenwahnsinniger Visionen. Bis heute ist in der Forschung umstritten, ob Hitler in seinen Konzeptionen ein „Kontinentalpolitiker“ gewesen ist oder in weltpolitischen Dimensionen geplant hat.

Auch die „Heimatfront“ enttäuschte den „Führer“. Kühl und schweigend begrüßten ihn nur wenige Berliner am Straßenrand, als er am 1. September morgens um 10.00 Uhr in den Reichstag fuhr, um seinem Volk die bekannte offizielle Version von der „Abwehr polnischer Angriffe“ einzuhämmern: „Seit fünf Uhr fünfundvierzig (tatsächlich zeigte die Uhr erst 4.45!) wird jetzt zurückgeschossen, und von jetzt ab wird Bombe mit Bombe vergol-

ten.“³ Der Begriff „Krieg“ durfte nach offizieller Weisung erst ab 3. September benutzt werden und dann auch nur in der apologetischen Verbindung „aufgezwungener Krieg“. Nichts von all dem geschah, was die ältere Generation 1914 beim Einrücken ins Feld erlebt hatte, keine Begeisterung in der Bevölkerung darüber, dass „es nun endlich losgeht“, keine Freude, kein Jubel, kein Blumenschmuck. Nach den Stimmungsberichten von damals herrschten überall eher Niedergeschlagenheit, lähmender Fatalismus und Apathie. Die jahrelange Erziehung des Volkes auf den Krieg hin hatte offenbar kaum Wirkung gezeigt. Überall war noch die Erinnerung an die Leiden und Verluste des Ersten Weltkrieges in den Familien sehr lebendig. Nur in der jüngeren Generation, die bereits durch die nationalsozialistische Erziehung in Schule und Universität, in der Hitlerjugend, im Reichsarbeitsdienst und in der Wehrmacht geprägt war, wurde der Krieg stärker bejaht. Auch stärkten das jahrelang von Goebbels propagierte „Einkreisungstrauma“ (Wir sind umgeben von einer Welt von Feinden!) und der gezielt ab Frühjahr 1939 von den Medien geschürte Hass gegen die „Polacken“ den Glauben an einen gerechten Verteidigungskrieg.

Andererseits glaubte Hitler, durchaus gute Trümpe in der Hand zu haben, um im Spätsommer 1939 – also eher, als ursprünglich geplant – sogar das Risiko einer Ausweitung des deutsch-polnischen Konfliktes zum europäischen Krieg in Kauf nehmen zu können. Er schätzte damals in seiner Hybris dieses Risiko nach den Erfahrungen noch beim Einmarsch in Prag am 15. März 1939, als die Westmächte zunächst nichts unternahmen, recht gering ein. Der Diktator hatte durch die leichten außenpolitischen Erfolge seit 1935, die ihm die Westmächte Jahr für Jahr zuspielten, jedes Augenmaß für das Machbare verloren.

Disharmonien im europäischen Mächtekoncert

An diesem Punkt müssen wir in unsere Betrachtung über den Beginn des Zweiten Weltkrieges den Anteil der anderen europäischen Mächte an der Verantwortung dafür mit einbeziehen, dass das Hitler-Regime genügend Macht ansammeln konnte, um einen Krieg entfesseln zu können. Um hier nicht missverstanden zu werden: Mitverantwortung heißt nicht Mitschuld. Jeder Staat hatte gute Gründe, gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland so zu handeln, wie er handelte.

Stalin hatte durch den Wirtschaftsvertrag vom 19. und den Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 zusammen mit dem „Geheimen Zusatzprotokoll“, dessen Existenz die sowjetische Regierung erst nach der Wende nach 50 Jahren endlich zugegeben hat, den Deutschen zugesichert, bei der Auftei-

3 Zit. nach Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945, Würzburg 1963, Bd. II/1, S. 1315f.

lung Ostmitteleuropas die Polen von Osten her in die Zange zu nehmen.⁴ Er garantierte, die Ostflanke des Deutschen Reiches im Falle eines Konfliktes mit den Westmächten zu sichern und vor allem das reiche sowjetische Wirtschaftspotential der deutschen Kriegswirtschaft zur Verfügung zu stellen. Damit brauchte Deutschland eine Seeblockade durch die britische Flotte wie im Ersten Weltkrieg nicht mehr zu fürchten. Auch der Transit nach Fern-Ost blieb offen. Für den sowjetischen Diktator ging es vor allem darum, die Sowjetunion aus dem drohenden „imperialistischen Krieg“ herauszuhalten, um das ehrgeizige Programm der Modernisierung und der Industrialisierung Sowjetrusslands im Frieden durchführen zu können. Er hegte besonders nach der Münchner Konferenz ein tiefes Misstrauen gegen die Regierungen in London und Paris und ihre „Appeasement“-Politik und traute ihnen zu, dass sie sich zuletzt doch noch mit Deutschland auf Kosten der Sowjetunion einigen würden. Schließlich hatte die Berliner Regierung den Sowjets mehr zu bieten: Die Rückgewinnung der ostpolnischen Gebiete jenseits der „Curzon-Line“, die die Sowjetunion 1920 im Frieden von Riga verloren hatte, und die Annektion der drei baltischen Staaten.

Manches spricht dafür, dass Hitler bei Abschluss einer sowjetisch-britisch-französischen Militärallianz, die im Sommer 1939 durchaus realistisch schien, den Überfall auf Polen im letzten Augenblick vorerst abgesagt und den alternativ anvisierten „Parteitag des Friedens“ nach Nürnberg einberufen hätte. Denn in einer für ihn so typischen Kombination von Zielstrebigkeit und Hartnäckigkeit bei der Verfolgung seiner grundsätzlichen Ziele, Opportunismus und Improvisation in Methode und Taktik ihrer Verwirklichung hielt sich der deutsche Diktator in der Regel die persönliche Entscheidung bis zuletzt offen. Unbestritten trägt die Außenpolitik wie dann die Kriegspolitik in besonderem Maße seine Handschrift.

Großbritannien hatte zusammen mit Frankreich zwar am 31. März 1939 die polnische „independence“ (nicht die „integrity“, also die Staatsgrenzen!) des polnischen Staates garantiert⁵ und noch am 25. August durch ein förmliches Bündnis mit Warschau Hitler zur Verschiebung des Angriffstermines um fünf Tage veranlasst. Die „Appeasers“ in London und Paris taten darüber hinaus aber nichts, um Polen die dringend benötigte militärische, finanzielle und wirtschaftliche Hilfe zu geben. Es ist also nicht übertrieben, von der Polengarantie als einem „ungedeckten Wechsel“ auf eine von Anfang an nicht geplante Unterstützung gegen Deutschland zu sprechen. Hatten die Westmächte nicht durch ihr ständiges Zurückweichen vor den Forderungen und Erpressungen in Berlin, zuletzt in München Ende September 1938, den Diktator in seinen Illusionen bestärkt, er habe „freie Hand“ auf dem Konti-

4 Vgl. Bernd Wegner (Hg.), Zwei Wege nach Moskau. Vom Hitler-Stalin-Pakt bis zum „Unternehmen Barbarossa“, München 1991.

5 Vgl. Karl Rohe (Hg.), Die Westmächte und das Dritte Reich 1933-1939, Paderborn 1982.

nennt und könne hier nach freiem Ermessen völlig ungebunden schalten und walten? Haben ihm die westlichen Regierungen nicht einen Prestigegewinn nach dem anderen zugespielt und damit gegen Kritik aus der eigenen Umgebung nahezu unangreifbar gemacht? Hatten sich nicht die Franzosen in ihrem permanent krisengeschüttelten Land seit den frühen dreißiger Jahren längst defensiv hinter ihrer „Maginotlinie“ eingeklinkt und damit ihr Desinteresse an den Vorgängen jenseits des Rheines, insbesondere in Ostmittel- und Südosteuropa eindeutig demonstriert? All dies bestärkte die Erwartung der deutschen Führung und vieler Deutscher, dass es die Westmächte auch diesmal nicht ernst meinten und, statt den Polen zur Hilfe zu kommen, es höchstens bei der demonstrativen Geste einer förmlichen Kriegserklärung ohne militärische Konsequenzen bewenden lassen würden. So geschah es dann ja auch wirklich im „Sitzkrieg“ (*drôle de guerre*) bis zum Frühjahr 1940. Ganz sicher war sich Hitler hinsichtlich der Haltung der Briten und Franzosen allerdings bis zuletzt nicht.

Es ist hier nicht der Ort, einen längeren Vortrag über Chamberlains „Appeasement“⁶ zu halten. Aber schon damals in den dreißiger und vierziger Jahren und dann immer wieder bis heute hört man die These, dass die konservative Regierung in Whitehall ein wichtiges Stück Mitverantwortung für den Zweiten Weltkrieg trage. Sie habe die beiden Diktatoren Hitler und Mussolini nicht rechtzeitig in ihre Schranken verwiesen und ihnen nicht schon früher eindeutig und unmissverständlich die Grenze zwischen Frieden und Krieg markiert. Großbritannien – so lautete schon der Vorwurf W. Churchills gegen Chamberlain – habe zu spät und allzu unentschlossen aufgerüstet und es versäumt, rechtzeitig ein Bündnis mit Moskau zu suchen, um Hitler von einer Aggression abzuschrecken.

Ich glaube, die britische Regierung hatte gute Gründe, bis zuletzt um die Erhaltung des Friedens zu kämpfen und eine Politik des „Appeasement“ zu betreiben. Man darf darunter allerdings nicht fälschlicherweise eine Politik der Kapitulation verstehen, sondern eine Doppelstrategie von „peace and rearmament“. Ich weiß aber, dass viele meiner britischen Kollegen das „Appeasement“ nicht in einem so positiven Licht wie ich sehen. „Appeasement“ war die vernünftige Antwort auf eine ganze Reihe gravierender politischer, wirtschaftlicher und sozialer Probleme, mit denen die konservative Regierung damals sowohl im eigenen Lande als auch im Empire konfrontiert war. Diese Probleme wollte sie in einer Periode des langen Friedens lösen. Großbritannien hatte nicht mehr die materielle Kraft und Stärke, die Herausforderungen gegen seine globale Stellung als Weltmacht in fast allen Teilen seines Empires durch drei totalitäre Mächte gleichzeitig – Deutsch-

6 Aus der sehr umfangreichen Literatur zur britischen „Appeasement“-Politik vgl. u. a. Gustav Schmidt, *England in der Krise. Grundzüge und Grundlagen der britischen Appeasement-Politik (1930–1937)*, Opladen 1981; Bernd Jürgen Wendt, *Economic Appeasement. Handel und Finanz in der britischen Deutschlandpolitik 1933–1939*, Düsseldorf 1971.

land, Italien und Japan – erfolgreich abzuwehren. Dieses Dilemma und das „overcommitment“ der britischen Weltpolitik zwang die Regierung, Prioritäten zu setzen und wenigstens mit Deutschland in Europa zu einem friedlichen Ausgleich am Verhandlungstisch zu kommen. Die Versailler Ordnung von 1919 war nach dem Urteil der meisten britischen Politiker längst fragwürdig geworden. Viele Engländer plagte so etwas wie ein schlechtes Gewissen, dass sie erst so spät auf die berechtigten deutschen „grievances“ Rücksicht genommen und nicht schon den Weimarer Kabinetten größere Zugeständnisse gemacht hatten. So konnte Hitler immer dort auf Verständnis hoffen, wo er eine Revision des Versailler Vertrages forderte. Allerdings lautete die britische Bedingung stets: Revision nur am „round table“ und niemals mit Gewalt. Offenbar lebte die Regierung Chamberlain aber bis zuletzt in der Illusion – und diese Illusion teilte sie mit vielen Deutschen! –, dass es Hitler nur um die Wiederherstellung der Grenzen von 1914 ging. Seine wahren Ziele reichten aber viel weiter: die Hegemonie über den eurasischen Kontinent. Damit war dann die Existenz des Inselreiches und seiner lebenswichtigen Seeverbindungen unmittelbar bedroht. Man sollte nicht übersehen, dass sich für die Zeitgenossen die Ziele und Absichten Hitlers keineswegs schon so deutlich darstellten wie für uns heute. Die „Appeasement“-Politik lebte von der Hoffnung, es letzten Endes doch mit einem vernünftigen und rational kalkulierenden Staatsmann zu tun zu haben, dem man seine Aggressivität durch Entgegenkommen gleichsam „abkaufen“ könne.

Wie die meisten Angehörigen seiner Generation hegte Chamberlain eine tief verwurzelte Abneigung gegen jeden Krieg, sowohl aus persönlicher Überzeugung als auch aus den bitteren Erfahrungen des Ersten Weltkrieges. Die politische Führung in London war sich dessen bewusst, dass Großbritannien in einem neuen Weltkrieg selbst im Falle eines Sieges zusammen mit seinem Empire seine führende Position in der Welt verlieren und künftig hinter den USA nur noch eine zweitrangige Rolle spielen würde. So stand hinter der Münchner Konferenz 1938 auch die Absicht der britischen Führung, die USA und die Sowjetunion aus den europäischen Angelegenheiten herauszuhalten und diese unter den „Big Four“ selbständig ohne fremde Einmischung von außen zu regeln. Der Verlauf des Krieges sollte dann zeigen, dass es dafür viel zu spät war: Europa war nicht mehr in der Lage, auf friedlichem Wege ohne fremde Hilfe von außen Ordnung im eigenen Haus zu schaffen.

Seine hartnäckigen Friedensbemühungen bis zuletzt gaben Chamberlain am Ende die Chance und die Legitimation, Hitler vor den europäischen Völkern und vor den Mitgliedern des Commonwealth als den eigentlichen Aggressor zu entlarven und das Weltreich vereint in den Zweiten Weltkrieg zu führen. Denn eines war schließlich auch den „Appeasers“ klar: Der deutsche Überfall auf Polen tangierte zwar nicht unmittelbar britische Lebensinteressen. Aber es war abzusehen, dass Polen nur eine weitere Etappe der deutschen Expansion war und dass sich dieser Expansionismus über kurz

oder lang, wenn man ihm jetzt nicht Einhalt gebiete, auch gegen die westeuropäischen Staaten wenden werde. So wurde das „Appeasement“ dann doch noch zu einer wichtigen Quelle der Kraft und der Rechtfertigung im Kampf der Welt gegen Hitler.

Harte Kritik wurde auch in London immer wieder an der intransigenten Haltung der Warschauer Regierung geübt. Waren die deutschen Forderungen nicht sehr gemäßigt: Rückgabe der Freien Stadt Danzig, exterritoriale Eisenbahn- und Straßenverbindung durch den „Korridor“ zwischen dem Reichsgebiet und Ostpreußen und Beitritt Polens zum Antikominternpakt? War es nicht ein Anachronismus, wenn die polnische Führung um jeden Preis, auch um den eines Krieges, an der Versailler Ordnung festhalten wollte? Aber die polnische Regierung fürchtete, das Schicksal Österreichs und der Tschechoslowakei zu erleiden und als deutscher Satellit ihre Unabhängigkeit zu verlieren. Polen würde dann gegen seinen Willen zum Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion werden. Am 26. März 1939 lehnte der polnische Außenminister Beck die deutschen Vorschläge endgültig ab. Bereits einen Tag vorher, am 25. März 1939, gab Hitler Befehl, den „Fall Weiß“ – Code für den Überfall auf Polen – vorzubereiten, und zwar mit der Maßgabe, dass alle militärischen Vorbereitungen mit Rücksicht auf das Herbstwetter vor dem 1. September 1939 abgeschlossen sein müssten.

Die hartnäckige Intransigenz der polnischen Regierung gegen die deutschen Vorschläge brachte dem NS-Regime einen propagandistischen Vorteil: Seit August 1939 lief die Hetze gegen die Polen und die „provozierende Haltung“ der polnischen Führung auf Hochtouren: Den östlichen Nachbarn wurden bestialische Terrorakte gegen die in Polen lebenden Deutschen vorgeworfen. Diese Verteufelungskampagne gegen die Polen und schließlich auch gegen die Westmächte verfehlte ihre Wirkung in der deutschen Bevölkerung nicht: Rechtzeitig schob die nationalsozialistische Führung die Kriegsschuld den anderen Mächten zu. Der deutschen Bevölkerung wurde in Erinnerung an den Ersten Weltkrieg suggeriert, wieder sei Deutschland von aggressiven Gegnern in West und Ost „eingekreist“ und von den Briten in seinen Lebensrechten „blockiert“ und wieder müsse das deutsche Volk um sein Überleben kämpfen. Auf die Heimatfront konnte sich Hitler diesmal bis zum letzten Augenblick 1945 verlassen. Bis zuletzt klammerten sich die Menschen 1939 an die Hoffnung, dem „Führer“ werde es auch diesmal, wie ein Jahr zuvor, gelingen, den Frieden zu erhalten.

Hitlers vermeintliche Trümpfe

Hitler glaubte aber, auch noch andere Trümpfe zu haben, um schon 1939 ohne größere Gefahr für das Deutsche Reich den europäischen Krieg riskieren zu können. Er baute auf die Führungsqualitäten der deutschen Generalität, auf den zeitweiligen deutschen Rüstungsvorsprung, auf die Modernität der deutschen Wehrmacht und auf ihre Fähigkeit, nach Monaten geheimer Vorbereitungen praktisch „aus dem Stand heraus“ und unter Ausnutzung des Überraschungsmomentes losschlagen zu können. Vor allem stützte sich Hitler auf den Abschreckungseffekt der vorerst noch technisch überlegenen deutschen Luftwaffe gegenüber Großbritannien. Er rechnete mit der Angst der Engländer vor dem „Blitz auf London“.⁷

Gestärkt fühlte sich Hitler durch die bewährte Loyalität seiner Wehrmacht, der Großindustrie und des Staatsapparates. Es gab viele Gründe, die diese wichtigen Kräfte, auch als „wilhelminische Eliten“ bezeichnet, ohne die ein moderner „industrialisierter Krieg“ nicht mehr zu gewinnen war, schon bald nach 1933 ohne größeren Widerstand in das nationalsozialistische Lager geführt hatten: Der gemeinsame Kampf gegen das „Diktat von Versailles“ und gegen die demokratische Staatsform der Weimarer Republik; der antipolnische Revisionismus und der überkommene Hass gegen die Polen; die Faszination des machtpolitischen Wiederaufstiegs des Deutschen Reiches zu einer europäischen Vormachtstellung in nur wenigen Jahren und fast ohne Widerstand der anderen Staaten; die Wiederaufrüstung und die Rüstungsgewinne und nicht zuletzt das „Wirtschaftswunder“ nach 1933. Mit Recht wird hier von einer „Teilidentität der Ziele“ (Messerschmidt) gesprochen. Diese Kräfte verkannten und wollten lange nicht sehen, dass Hitler und seine Nationalsozialisten die politische Karte Europas weit über die Grenzen von 1914 hinaus nach seinen rassebiologischen und sozialdarwinistischen Vorstellungen durch „Umvolkungen“ und „völkische Flurbereinigungen“ neu entwerfen wollte und dabei den Krieg gegen Polen und dann ab 1941 gegen die Sowjetunion von Anfang an als radikalen Weltanschauungskampf gegen die Slawen und den „jüdischen Bolschewismus“ mit unmenschlichen Folgen für die Besiegten geplant und geführt hat. Die konservativen Eliten, die noch in ihrer Jugend durch das Wilhelminische Kaiserreich und sein Weltmachtstreben geprägt worden waren und im nationalsozialistischen Deutschland nur eine Fortsetzung dieser imperialistischen Tradition sahen, haben dieses nationalsozialistische Rassenprogramm, also die neue Qualität nationalsozialistischer Außen- und Kriegspolitik entweder zu lange nicht ernst genommen oder es erfolgreich verdrängt, bis sie selbst zu willfährigen

7 Vgl. Wilhelm Deist, Die Aufrüstung der Wehrmacht. In: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Hg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Band 1: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik. Hg. von Wilhelm Deist, Manfred Messerschmidt, Hans-Erich Volkmann und Wolfram Wette, Stuttgart 1979, S. 371-532.

Komplizen der Verbrechen des Regimes im Osten gegen die Sowjetunion und gegen die europäischen Juden wurden.

Die Geschichte Hitlers war, wie Karl Dietrich Bracher mit Recht betont hat, von Anfang an die Geschichte seiner Unterschätzung, und zwar nicht nur in Deutschland selbst, sondern auch bei allen europäischen Mächten, Großbritannien eingeschlossen. Der schon legendäre „Mythos“, der den „Führer“ und seine charismatische Autorität spätestens seit seinem Triumph von München 1938 umgab (den er selbst übrigens stets als Misserfolg eingeschätzt hat, weil die Westmächte damals noch einmal erfolgreich ihr Mitspracherecht an den europäischen Problemen gegen Hitlers Widerstand durchsetzen konnten), unterstützte im Sommer 1939 die Hoffnung in der deutschen Bevölkerung, seiner „Staatskunst“ werde es am Ende wieder gelingen, auch die deutschen Ziele gegen Polen auf friedlichem Wege ohne Krieg durchzusetzen. Um so größer war der Schock vom 3. September 1939. Die Stimmung wurde erst wieder gehoben durch die nicht enden wollende Kette von Siegesmeldungen der deutschen Wehrmacht aus Polen.

Neben den vielen außen- und innenpolitischen Trümpfen, die die NS-Machthaber in Berlin 1939 noch zu haben glaubten, war ihnen aber auch bewusst, dass sich der Bewegungsspielraum des Regimes für die „Lösung der polnischen Frage“ von Monat zu Monat verengte und gleichzeitig das Risiko eines europäischen Krieges in einem für Deutschland ungünstigen Augenblick immer größer wurde. Hitler befahl im Winter 1938/39 eine sichtbare Unruhe. Er bekam das Gefühl, dass die Zeit langsam für ihn abliefe, gegen ihn arbeitete und die Entwicklung bald nur noch ungünstiger für Deutschland werden konnte. Hier bietet sich das Bild von einem noch günstigen „strategischen Zeitfenster“ an, das sich freilich durch die Rüstungsanstrengungen der Briten rasch zu schließen drohte. Das Regime fühlte sich am Ende in einer Sackgasse, in die es sich selbst hineinmanövriert hatte und aus der es nur noch den Ausweg einer „Flucht nach vorn“ in den Eroberungskrieg zu haben glaubte.

Selbstverschuldete Sachzwänge

Das Datum des Kriegsbeginns gibt uns noch ein Rätsel auf, das wohl nur vor dem Hintergrund der dramatischen Zuspitzung der inneren Krise in Deutschland und einer drohenden Verschlechterung der internationalen Situation zu lösen ist. Denn in der geheimen Denkschrift zum Vierjahresplan vom August 1936 hatte es am Schluss ausdrücklich noch geheißen: I. Die deutsche Armee muss in 4 Jahren einsatzfähig sein. II. Die deutsche Wirtschaft muss in 4 Jahren kriegsfähig sein. Also Auslösung des Krieges nicht vor 1940. In der sogenannten „Hoßbach-Niederschrift“ vom 7. November 1937 ging Hitler sogar von einer noch späteren Einsatzplanung aus. Der Entschluss zur Anwendung von Gewalt unter Risiko sei auf den Zeitpunkt

1943-1945 zu legen. „Nach dieser Zeit sei nur noch eine Veränderung zu unseren Ungunsten zu erwarten [...] Im Verhältnis zu der bis dahin durchgeführten Aufrüstung der Umwelt nähmen wir an relativer Stärke ab. Wenn wir bis 1943/45 nicht handelten, könne infolge des Fehlens von Reserven jedes Jahr die Ernährungskrise bringen, zu deren Behebung ausreichende Devisen nicht verfügbar seien. Hierin sei ein ‚Schwächemoment des Regimes‘ zu erblicken. Zudem erwarte die Welt unseren Schlag und treffe ihre Gegenmaßnahmen von Jahr zu Jahr mehr. Während die Umwelt sich abriegele, seien wir zur Offensive gezwungen.“⁸

Für die Notwendigkeit zum Handeln vor 1943/45 kamen für Hitler Fall 2 und Fall 3 in Betracht, die freilich beide 1939 nicht vorlagen: Soziale Spannungen in Frankreich und innere Schwächung, so dass Handeln gegen die Tschechei gefahrlos sei; Fesselung Frankreichs durch Italien im Mittelmeer, so dass es gegen Deutschland nicht vorgehen könne.

Zahlreiche Quellen und Äußerungen Hitlers deuten darauf hin, dass er 1938/39 seine Planungen massiv beschleunigt und den Zeitpunkt zum Losschlagen immer weiter nach vorn vorverlegt hat. Er fühlte sich unter einem – von ihm selbst ausgelösten – Zugzwang zum Handeln und hatte das Empfinden, dass ihm die Zeit weglaufe: Der Zeitfaktor war objektiv und subjektiv psychologisch sehr wichtig für Hitler während des gesamten Krieges.

Wenige Aussagen mögen uns diesen Zwang zum schnellen, „blitzartigen“ und einseitigen Überraschungsschlag dokumentieren, wie ihn Hitler offenbar seit Ende 1938/Anfang 1939 zunehmend empfunden und zur Grundlage seiner Entscheidungen gemacht hat. Dabei wird man freilich niemals das taktische Moment seiner Äußerungen vergessen dürfen, die noch widerstrebende Generalität zum Losschlagen anzutreiben und diesem Erstschlag eine rationale Legitimation auch gegenüber der eigenen Bevölkerung zu geben: Alles deutet aber darauf hin, dass subjektives Krisenbewusstsein bei Hitler und objektive Krisendaten im Herbst 1939 weitgehend zur Deckung kamen.

– Offenbar in der Absicht, seine Generale von der Notwendigkeit des bevorstehenden Angriffes auf Polen mit dem Argument des augenscheinlich noch vorhandenen Rüstungsübergewichts Deutschlands zu überzeugen, äußerte Hitler am 22. August 1939 auf einer Oberbefehlshaberbesprechung über England: „Wesentliche Verstärkung der Flotte nicht vor 1941 oder 1942 [...] Noch ist England Luft-verwundbar. In zwei bis drei Jahren kann sich dies ändern.“ Auch auf die wachsenden Wirtschaftsprobleme kam er zu sprechen: „Wir haben nichts zu verlieren, nur zu gewinnen. Unsere wirtschaftliche Lage ist infolge unserer Einschränkungen so, dass wir nur noch wenige Jahre durchhalten können. Göring kann das bestätigen. Uns bleibt nichts anderes übrig, wir müssen handeln.“ Nach einer

8 Zur quellenkritischen Problematik der sogenannten „Hoßbach-Niederschrift“ über eine Besprechung Hitlers in der Reichskanzlei mit Blomberg, Fritsch, Göring, Neurath und Raeder am 7.11.1937 vgl. Wendt, Großdeutschland, S. 11-37.

anderen Version soll Hitler sogar gesagt haben: „Göring hat ja ausgeführt, dass Vierjahresplan gescheitert und wir am Ende, wenn nicht Sieg im kommenden Krieg.“⁹ In seiner bekannten Egozentrik führte er auch mit seiner eigenen Person und der seines Freundes Mussolini „zwei persönliche Bedingungen“ ein, deren Existenz noch eine Überlegenheit gegenüber den Westmächten garantiere, eine sehr prekäre Überlegenheit freilich, die durch ein Attentat jederzeit beseitigt werden könne.

- Hier noch die Kernsätze der Oberbefehlshaberbesprechung vom 25. November 1939, also nach der Niederlage Polens, die den Diktator unter immer stärkerem Zeitdruck zeigen: „Jetzt ein Kräfteverhältnis das sich für uns nicht mehr verbessern, sondern nur noch verschlechtern kann. Der Gegner wird nicht Frieden schließen, wenn das Kräfteverhältnis für uns ungünstig ist [...] Heute haben wir noch Überlegenheit, wie wir sie nie gehabt haben.“ Und dann eher skeptisch über die Wirkung der Durchhalteparolen auf das Volk: „Hinter mir steht das deutsche Volk, dessen Moral nur schlechter werden kann.“¹⁰
- Die wiederholte und nachdrückliche Betonung des Zeitfaktors in der geheimen „Denkschrift und Richtlinien über die Führung des Krieges im Westen“ vom 9. Oktober 1939 war argumentativ abgestellt auf Hitlers Absicht, gegen den geschlossenen Widerstand der Generalität noch im Herbst 1939 Frankreich anzugreifen: „Die Zeit ist in diesem Kriege, wie überhaupt bei allen geschichtlichen Vorgängen kein Faktor, der seinen Wert in sich selbst trägt, sondern der ausgewertet werden muss. Nach Lage der Dinge kann unter dieser Voraussetzung die Zeit mit größerer Wahrscheinlichkeit als Verbündeter der Westmächte gelten, denn als Verbündeter von uns [...] Die kommenden Monate werden zu keiner wesentlichen Vergrößerung unserer eigenen Angriffskraft führen, wohl aber zur wesentlichen Verstärkung der Abwehrkraft unserer Gegner.“ Hier werde „das immer stärker in Erscheinung tretende England“ eine, wenn überhaupt, noch zu erwartende Zunahme der militärischen Kraft des Reiches auf jeden Fall kompensieren.¹¹
- Auch hohe Militärs sahen bereits Mitte der dreißiger Jahre nüchtern die immanenten Konsequenzen der forcierten Aufrüstung. So stellte schon 1936 der Chef des Allgemeinen Heeresamtes, Generalmajor Fromm, an den Oberbefehlshaber des Heeres, von Fritsch, die entscheidende Frage nach den politischen und ökonomischen Implikationen und Konsequenzen militärischen Handelns: „Es muss also anschließend an die Aufrüstungsperiode bald der Einsatz der Wehrmacht erfolgen oder eine Milde-

9 Zit. nach Hans-Adolf Jacobsen, *Der Weg zur Teilung der Welt, Politik und Strategie 1939-1945*, Koblenz 1977, S. 24 f.

10 Zit. nach ders. (Hg.), *1939-1945. Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten*, Darmstadt 1959, S. 114 ff.

11 Zit. nach ders. (Hg.), *Dokumente zur Vorgeschichte des Westfeldzuges 1939-1940*, Göttingen 1956, S. 5 ff.

rung des Zustandes dadurch erreicht werden, dass die Forderungen an die Höhe der Kriegsbereitschaft gesenkt werden.“ Noch vor der Ausarbeitung eines endgültigen Rüstungsplanes müsse Fritsch bei dem Kriegsminister von Blomberg die Devisen- und Rohstoff-Frage sowie die Möglichkeit einer breiten Exportoffensive ab 1940 zur Herabsetzung der Belastungen aus den Mindestbeschaffungssätzen klären. Vor allem müsse erkundet werden, ob „eine feste Absicht“ bestehe, „die Wehrmacht zu bestimmtem, schon festgelegtem Zeitpunkt einzusetzen oder nicht“¹² – Die Antwort auf diese zentrale Frage ist nicht bekannt!

- Die Lageeinschätzung aus dem Oberkommando der Luftwaffe von Ende April 1938 bestätigte langfristig pessimistische Prognosen über die ständig wachsenden Kräfte der angenommenen Gegner, an der Spitze England: „Zusammenfassend kann über die großen Luftmächte Frankreich, Großbritannien und Sowjetrußland für den gegenwärtigen Zeitpunkt gesagt werden, dass die Kriegsbereitschaft noch verhältnismäßig gering ist, dass aber große Anstrengungen gemacht werden, diese zu heben. Wenn keine ernsthaften Rückschläge in der Flugzeugerzeugung eintreten, muss ab Sommer 1939 mit der Neuausrüstung sowie einer wesentlichen Steigerung der Kriegsbereitschaft der Luftwaffe Frankreichs und Großbritanniens gerechnet werden.“¹³

Mit seiner grundsätzlichen Entscheidung zum Krieg oder zumindest zur Übernahme eines Kriegsrisikos setzte das Regime sich also zunehmend unter den Zeitdruck „selbst provozierter Zwangsläufigkeiten“ (Messerschmidt) – sowohl innen- als auch außenpolitisch. Wir finden hier auch eine Erklärung für die auffallende Tempobeschleunigung des außenpolitischen Vorgehens ab Winter 1937/38 und eine gewisse immanente zwingende Logik im Sommer 1939 zum „blitzartigen“ Losschlagen und zum kurzen schnellen Raubkrieg aus einem doppelten Dilemma heraus: dem der massiven Versorgungslücken in der Wehrwirtschaft¹⁴ im Innern und dem steigenden Aufrüstungsanstrengungen außerhalb des Reiches seitens der anderen europäischen Mächte, vor allem Großbritanniens. Im Jahre 1939 hat das Zusammenwirken von innerer Versorgungskrise in Deutschland und einer

12 Zit. nach Deist, Aufrüstung, S. 436.

13 Zit. nach Gerhard Schreiber, Das strategische Lagebild von Luftwaffe und Kriegsmarine im Jahre 1938. In: Franz Knipping/Klaus-Jürgen Müller (Hg.), Machtbewußtsein in Deutschland am Vorabend des Zweiten Weltkrieges, Paderborn 1984, S. 179.

14 Zur nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik vgl. u. a. Avraham Barkai, Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933–1945, erw. Neuausgabe Frankfurt a. M. 1988; Dietrich Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945, 3 Bände. Berlin (Ost) 1984/85; Berlin 1996; Ludolf Herbst, Der Totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft. Die Kriegswirtschaft im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Propaganda 1939–1945, Stuttgart 1982; Hans-Erich Volkmann, Die NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges. In: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Band 1, S. 177–368.

raschen Beschleunigung des internationalen Wettrüstens in Europa die Bereitschaft in Berlin für eine „Flucht in die gewaltsame Aggression“ erheblich gestärkt und den Widerstand gegen den Krieg abgebaut. Hitler konnte für sich in einem Prozess der „self-fulfilling prophecy“ mit scheinbarer Logik geltend machen, dass die dramatische Zuspitzung innerer und äußerer Spannungen, für die freilich nicht zuletzt Deutschland und die Reichsregierung mit ihrer ständigen Drohpolitik und ihrer forcierten Aufrüstung selbst verantwortlich waren, ihm keine andere Alternative mehr als den Weg der Gewalt gelassen habe, so etwas wie einen „Ausbruch nach vorn“. Um nicht missverstanden zu werden: Einen unausweichlichen Determinismus hat es nie gegeben. Bis zum 31. August Mitternacht hätte die Reichsregierung die Chance gehabt, das Steuer herumzureißen, noch im letzten Augenblick mit Polen den Weg des gegenseitigen Ausgleiches zu finden. So waren auch 1937 alle Warnungen Schachts, die Rüstungswirtschaft nicht überzustrapazieren und die Aufrüstung im Interesse einer Ankurbelung der Exportwirtschaft und einer Sanierung der Reichsfinanzen zu drosseln, am kompromisslosen Widerstand Hitlers gescheitert. Es war Hitler, der der Außenpolitik und dem außenpolitischen Vabanquespiel in besonderem Maße seine persönliche Handschrift aufdrückte, nicht ohne freilich breite Unterstützung in Politik und Wirtschaft zu finden.

Die Rüstungswirtschaft in der Krise

Werfen wir nun noch einen Blick auf die Zuspitzung der inneren Krise der Rüstungswirtschaft in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre. Objektive Krisenlage und subjektives Krisenbewusstsein kamen im Deutschland der späten dreißiger Jahre voll zur Deckung. Die Frage war nur, wie diese Wahrnehmung Eingang in die politischen Entscheidungsprozesse finden und welche Konsequenzen die Reichsführung aus diesem Krisenbewusstsein ziehen würde. Grundsätzlich stellte sich auch jetzt noch die Alternative: radikale Kehrtwende und Abrüstung oder wenigstens Verlangsamung des Rüstungsprozesses, allerdings kurzfristig mit der Gefahr einer die Massen verunsichernden Demobilmachungskrise mit Arbeitslosigkeit, wie es Generalmajor Fromm schon 1936 prognostiziert hatte, oder mit einem „jetzt gerade“ der Ausbruch nach vorn in die Gewalt in der Zuversicht, dass die Besiegten dann die Zeche zu zahlen hätten. Die NS-Führung war bis weit in den Krieg hinein bestrebt, die „Volksgenossen“ die Entbehrungen und Leiden einer totalen Mobilisierung aller Kräfte für den Krieg so wie ab 1916 im Ersten Weltkrieg nicht spüren zu lassen. Die Konsequenz war der Kompromiss einer „friedensähnlichen Kriegswirtschaft“ mit der Strategie „Kanonen und Butter“. Darüber erregte sich Generalmajor Thomas, seit Kriegsbeginn Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes, im November 1939: „mit Radioapparaten, Staubsaugern und Küchengeräten werden wir

England nie besiegen können.“¹⁵ Den schrecklichen Preis für die relative Schonung der deutschen Bevölkerung und ihrer Konsumbedürfnisse und die ideologisch motivierte Weigerung Hitlers, auch die weiblichen Arbeitskräfte so radikal wie dann im Kriege die Briten für die Rüstungswirtschaft heranzuziehen, mussten und sollten die Unterjochten und Besiegten bezahlen: Millionen von KZ-Insassen, Juden, Zwangsarbeitern und von Kriegsgefangenen wurden ausgebeutet, die eroberten Gebiete hemmungslos ausgeplündert.¹⁶

Mit der Strategie „Kanonen und Butter“ wurde die deutsche Volkswirtschaft aber Ende der dreißiger Jahre in eine tiefe Krise getrieben. Sie sollte drei gewaltige Aufgaben gleichzeitig lösen: die gigantische Aufrüstung innerhalb kürzester Zeit durchführen, die Konsumgüterproduktion für die Zivilbevölkerung aufrechterhalten und die Voraussetzungen für die deutsche Autarkie in einem unabhängigen deutschen Großwirtschaftsraum in Europa schaffen. Das überstieg ihre Kräfte und Ressourcen bei weitem. Die Folge waren überall Engpässe auf dem Arbeitsmarkt, besonders bei Facharbeitern, in der Rohstoff- und Lebensmittelversorgung, bei Gold und Devisen, eine Zerrüttung der Staatsfinanzen und eine nur durch Lohn- und Preisstopps „gestaute“ Inflation. Für Hitler war diese Wirtschaftskrise in einer Art „self-fulfilling prophecy“ nur eine zusätzliche Bestätigung für seine ständig formulierten Forderungen nach „Lebensraum“ für das deutsche Volk im Osten und eine Rechtfertigung dafür, möglichst bald in fremde Staaten einzubrechen und sich hier mit Gewalt das Lebensnotwendige zu holen. Es ist schwer, nachträglich abzuschätzen, wann diese ökonomische Krise ohne Krieg zu einer politischen Legitimationskrise für das Regime eskaliert wäre. Aber sicher war es auch von hier aus geboten, lieber den Krieg auszulösen als zu warten, bis die Bevölkerung auf die Wirtschaftskrise mit Unruhen und Rebellionen reagieren würde. Eine Wiederholung des „November 1918“ mit Hungerrevolten und einer politischen Revolution war das große Trauma des NS-Regimes und seines „Führers“ bis zuletzt.

Die nationalsozialistische Führung hatte durch die forcierte Aufrüstung, durch den Austritt aus dem Völkerbund und die Politik ständiger Drohungen und Erpressungen nicht nur im Inland, sondern auch außerhalb Deutschlands Entwicklungen ausgelöst, die ihre eigene Dynamik gegen Deutschland entfalteten, den eigenen Handlungsspielraum einschränkten und scheinbar zum schnellen Überraschungsschlag drängten, bevor es zu spät war. Die Alternative, das Steuer im letzten Augenblick radikal herumzureißen und den Frieden zu erhalten, kam Hitler nie in den Sinn, widersprach dies doch allen Prinzipien der nationalsozialistischen Ideologie, die im permanenten Kampf gegen innere und äußere Feinde ihr eigentliches Lebenselixier sah.

15 Zit. nach Timothy W. Mason, *Innere Krise und Angriffskrieg 1938/39*. In: Friedrich Forstmeier/Hans-Erich Volkmann (Hg.), *Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges*, Düsseldorf 1975, S. 170.

16 Vgl. Mark Spoerer, *Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939-1945*, Stuttgart 2001.

Briten und Franzosen waren inzwischen entschlossen, sich auf den Rüstungswettlauf mit dem „Dritten Reich“ einzulassen und ihre eigenen Rückstände in der Heeres- und Luftrüstung kurzfristig aufzuholen. Der deutsche Vorsprung drohte ebenso schnell dahinzuschmelzen, wie die Modernität der deutschen Waffen nur eine kurze Überlegenheit von ein bis zwei Jahren garantierte. Kontakte deutscher Diplomaten nach Washington und Ottawa signalisierten, dass die Briten, wenn die Existenz des Inselreiches wirklich auf dem Spiel stehen würde, über kurz oder lang auch mit den grenzenlosen Ressourcen der USA und des Commonwealth rechnen konnten. Der Nichtangriffspakt mit Moskau war für Hitler nur ein taktisches Bündnis auf Zeit. Solange er im Westen gegen England und Frankreich militärisch gebunden sei, könne Stalin ihn, so die Befürchtungen des deutschen Diktators, jederzeit politisch und wirtschaftlich erpressen. Schließlich ließ die Witterung den seit Frühjahr 1939 geplanten Feldzug gegen Polen nur bis zum Spätsommer zu, solange sich die motorisierten Verbände und die Panzer noch auf festem und trockenem Boden entfalten konnten.

Auch militärisch war der Überfall auf Polen am 1. September 1939 ein Hasardspiel mit dem Schicksal des Deutschen Reiches. Denn dieser Angriff fand ohne hinreichende militärische und ökonomische Reserven mit der Schwerpunktverlagerung auf die Breiten- statt auf die Tiefenrüstung statt. Auf einen langdauernden Zermüblings- und Abnutzungskrieg an mehreren Fronten war Deutschland 1939 ebenso wenig vorbereitet wie 1914. Hätten England und Frankreich schon im September 1939 den Krieg mit allen Kräften zu Lande, zu Wasser und in der Luft eröffnet, wären eine frühe militärische Niederlage des Deutschen Reiches und das Ende des Krieges wohl schon 1940 abzusehen gewesen. Als Großbritannien immerhin nicht unerwartet am 3. September 1939 dem Reich den Krieg erklärte, zog Raeder als Oberbefehlshaber der Marine ein erschreckendes Fazit über den Stand der über sechsjährigen Marinerüstung, das in einem krassen Widerspruch stand zu den seestrategischen Weiterungen des Angriffes auf Polen, mit denen doch zu rechnen war: „Was die Kriegsmarine anbetrifft, so ist sie selbstverständlich im Herbst 1939 noch keineswegs für den großen Kampf mit England hinreichend gerüstet [...] Die Überwasserstreitkräfte aber sind noch so gering an Zahl und Stärke gegenüber der englischen Flotte, dass sie – vollen Einsatz vorausgesetzt – nur zeigen können, dass sie mit Anstand zu sterben verstehen und damit die Grundlage für einen späteren Wiederaufbau zu schaffen gewillt sind.“¹⁷ Abgesehen davon, dass diese Aussage jeder Logik entbehrt – Sterben als Grundlage für einen späteren Wiederaufbau?! –, zeigt sie besonders den Vabanquecharakter der „Entfesselung des Zweiten Weltkrieges“: Auf der einen Seite wurde Großbritannien ab Herbst 1937 als Gegner in einem künftigen Krieg mit einkalkuliert, auf der anderen fehlte während des Krieges ein erfolversprechendes Konzept,

17 Zit. nach Deist, Aufrüstung, S. 473.

um das Inselreich auf die Knie zu zwingen. Man wird ohne Übertreibung sagen können, dass 1939/40 die anderen Mächte durch ihre Inaktivität im „Sitzkrieg“ im Westen und durch das Offenhalten der Zufuhren im Osten bis Sommer 1941 dem NS-Regime die Chance gegeben haben, die kritischen ersten Monate und Jahre zu überstehen und damit dann auch den Krieg über fünf Jahre zu führen.

Der Krieg gegen Polen barg von Anfang an durch den – immerhin absehbaren und mit kriegsentscheidenden – Widerstand Großbritanniens die Logik einer Eskalation auf immer größere und immer stärker kräfteverzehrende Kriegsschauplätze in sich. Im europäischen Krieg lag bereits 1939 keimhaft seine Ausdehnung zum Weltkrieg im Jahre 1941 beschlossen. Mit dem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni und der Kriegserklärung an die USA am 11. Dezember 1941 nahm der Untergang des „Dritten Reiches“ in selbstmörderischer Konsequenz seinen Lauf. Schon in „Mein Kampf“ hatte Hitler jenes radikale und kompromisslose Entweder-Oder beschworen, das seine Spielernatur auszeichnete und in das ihm sein Volk fast ohne Ausnahme bis zum bitteren Ende am 8. Mai 1945 gefolgt ist: „Deutschland wird entweder Weltmacht oder überhaupt nicht sein!“¹⁸

18 Adolf Hitler, Mein Kampf, 143–144. Auflage München 1935, S. 742.

Geschichte als Gewalttat. Weißrussland als Kind zweier Weltkriege

Weißrussland wurde als Schauplatz menschenverachtender Kriegführung mit katastrophalen Auswirkungen zum Symbol des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges im Osten, für den Partisanenkrieg, das Scheitern der deutschen Herrschaftspläne in der Sowjetunion und die Zertrümmerung des nationalsozialistischen Herrschafts- und Terrorapparates. Im Zusammenhang mit dem Ersten Weltkrieg hingegen taucht der Begriff „Weißrussland“ bestenfalls am Rande auf, obwohl von 1915 bis 1917 die Front in einer Linie ostwärts Wilna über Baranoviči und Pinsk verlief. Die Region war damit nicht nur Aufmarschfeld russischer Truppen zu Kriegsbeginn, sondern auch Kampfzone und deutsches Okkupationsgebiet sowie integraler Bestandteil eines Militärstaates, in dem das Deutsche Reich militärische, wirtschaftliche und politische Ziele verfolgte. Das Land des Oberbefehlshabers Ost, kurz Ober Ost, sollte längerfristig in Form halbabhängiger, ökonomisch und dynastisch vollständig auf das Deutsche Reich ausgerichteter Territorien dem deutschen Einflussbereich einverleibt werden.

Es gibt wohl kaum eine Region, in der sich das Antlitz der Weltkriege und das Wesen des Krieges an sich besser studieren ließen als in Weißrussland. Weißrussische Geschichte steht geradezu sinnbildlich für Krieg und Gewalt. Gleichzeitig sind nirgends das Bild der beherrschten Gesellschaft und die Wechselwirkung zwischen Herrschern und Beherrschten undeutlicher geblieben.¹ Im folgenden soll diesem paradoxen Umstand in drei Schritten nachgegangen werden. Erstens gilt es zu zeigen, nach welchen Mechanismen die Weltkriegsdarstellung bislang funktionierte und welche Perspektiven dabei beachtet wurden. Zweitens geht es um die Frage, inwieweit ein Vergleich zwischen zwei deutschen Okkupationsregimen erkenntnisfördernd ist und wo die Grenzen eines solchen Vergleichs liegen: Tatsächlich ist es ebenso verführerisch wie irreführend, nach ökonomischen und ideologischen Kontinuitäten zu suchen. Ein solcher Vergleich täuscht leicht darüber hinweg, dass es einen grundlegenden qualitativen Unterschied zwischen einem Besatzungsapparat herkömmlicher Prägung nach 1914 und dem „Unternehmen Barbarossa“ als ideologischem Vernichtungskrieg gab. Schließ-

1 Als Standardwerk vgl. nach wie vor Nicolas P. Vakar, *Belorussia. The Making of a Nation*, Cambridge 1956. Jüngst erschien Dietrich Beyrau/Rainer Lindner (Hg.), *Handbuch der Geschichte Weißrußlands*, Göttingen 2001. Der vorliegende Beitrag erschien zuerst in: Bruno Thoß/Hans-Erich Volkmann (Hg.), *Erster Weltkrieg – Zweiter Weltkrieg. Ein Vergleich. Krieg, Kriegserlebnis, Kriegserfahrung in Deutschland*, Paderborn 2002, S. 615–631.

lich ist drittens darzulegen, wo neue Zugänge zum Verständnis des Krieges im Osten liegen. Abweichend von gängigen Definitionen verstehe ich die Geschichte der Okkupation als Geschichte der okkupierten Territorien, als Geschichte einer Region. Dieses Bild wird undeutlich bleiben, wenn die Betrachtung zeitlich begrenzter Epochen (etwa des Ersten und Zweiten Weltkriegs) größere Zusammenhänge und Entwicklungslinien außer Acht lässt. Die Historiographie beginnt in dieser Hinsicht mit der Entdeckung von Neuland, und sie muss sich von lange eingeübten statischen Betrachtungsmustern lösen. Wann der Erste Weltkrieg für die Bewohner Ostpolens tatsächlich zu Ende war und wie diese den Verlauf des Zweiten Weltkrieges oder den Wechsel nomineller und realer Herrschaft zwischen deutscher Okkupation, Sowjetisierung, nationalsozialistischer Besatzung und „Befreiung“ durch die Rote Armee periodisierten, deckt sich nicht immer mit der Darstellung deutscher oder russischer Generalstabswerke.

Weißrussland als historischer Untersuchungsgegenstand

Ist von Weißrussland die Rede, haben wir heute die Grenzen der gleichnamigen Sowjetrepublik bzw. der heutigen Republik Belarus' vor Augen, mit der Hauptstadt Minsk und fünf Gebieten (oblasti) um Vitebsk, Mogilev, Gomel', Brest und Grodno. Das geographische Bild in unseren Köpfen illustriert den Umstand, dass nicht nur die Region selbst, sondern auch unsere Sicht von ihr und von den Kriegsvorgängen maßgeblich durch die sowjetische Grenzziehung und, wie noch zu zeigen sein wird, von der sowjetischen Geschichtsinterpretation geprägt sind. Vielleicht gibt es auf der Welt kein anderes Land (oder ist heute immer noch die Bezeichnung „ehemalige Sowjetrepublik“ treffender?) als das russifizierte Belarus', in dem der Zweite Weltkrieg geschichtsmächtiger und identitätsstiftender war und ist. Nach sowjetischem – und russischem – Verständnis war die Weißrussische Sowjetrepublik Trägerin des „Volkskrieges“ (vsenarodnaja bor'ba) gegen den Hitlerfaschismus.² Das „weißrussische Volk“ schlug geschlossen den vernichtenden Angriff der Wehrmacht von 1941 zurück. Das Volk jagte unter Führung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion die Faschisten aus dem Lande. Die KPdSU schuf durch den Aufbau der Partisanenbewegung im Rücken des Feindes die Voraussetzung für den Sieg an der Front.³

Die ahistorische Verkürzung der Geschichte Weißrusslands auf einen kleinen Ausschnitt der Kriegereignisse wurde zu einem Fundament sowjeti-

2 Bernhard Chiari, Die schüchterne Königstochter. Die Republik Belarus vor der Jahrtausendwende. Versuch einer Annäherung. In: Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik, 11 (1999), Heft 2, S. 43–54.

3 Als klassisches Beispiel vgl. P. K. Ponomarenko, Vsenarodnaja bor'ba v tylu nemecko-fašistskich zachvatčikov 1941–1944, Moskau 1986.

scher Identität. Sie bildete Jahrzehnte lang den Bezugspunkt für Historiker, die den Zweiten Weltkrieg darstellten und erklärten. Das sowjetische Geschichtsbild entfaltete bei der politischen Indienstnahme der Historie sogar die Kraft für rückwärtsgerichtete Projektionen: Den Ersten Weltkrieg und die Besetzung Weißrusslands und der Ukraine durch die Mittelmächte interpretierten sowjetische Historiker nach gleichem Muster wie den „Großen Vaterländischen Krieg“. Schon im Ersten Weltkrieg hätten die „Völker“ Weißrusslands und der Ukraine das drückende zaristische Regime abgeschüttelt und im marxistischen Sinne eine fortschrittlichere gesellschaftliche Stufe erkämpft. Gleichzeitig sei der Volkskrieg von 1941 seit 1915 quasi „eingesüßt“ worden. Eine „Partisanenbewegung“ in Ober Ost erscheint selbst noch in der 1993 in Wiesbaden erschienenen Studie von Abba Strazhas zur Besatzungspolitik der Mittelmächte in Litauen und Weißrussland.⁴ Übrigens verwiesen sowjetische Darstellungen auch auf weiter zurückliegende Ereignisse der russischen Geschichte: Die Propaganda stellte die sowjetische Führung in eine Reihe mit Feldherren des Russischen Imperiums, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts Land und Volk von der Geißel Napoleon befreiten.

Ein wesentliches Merkmal des russischen Bildes von der deutschen Invasion ist, dass die Binnenstrukturen des deutschen Militär-, Wirtschafts- und Verwaltungsapparates im Okkupationsgebiet unbeachtet blieben. Die Herrschafts-, Ausbeutungs- und Terrorapparate des imperialistischen wie des nationalsozialistischen Deutschlands funktionierten demnach wie gigantische Maschinen, gesteuert und jederzeit kontrollierbar durch eine moralisch verkommene Führung. Die Verteidigung russischer Erde erschien als Kampf zwischen geschlossenen Blöcken, an dem auf sowjetischer Seite alle gesellschaftlichen Kräfte mitwirkten. Regionale oder nationale Besonderheiten waren in diesem Bild praktisch bedeutungslos.⁵

Obwohl westliche Historiker bezüglich der Weltkriege andere Fragestellungen verfolgten als ihre sowjetischen Kollegen und auch nicht durch substantielle Beschränkungen bei der Archivbenutzung behindert wurden, interessierten sie sich ebenfalls kaum für die lokalen Gegebenheiten im

4 Abba Strazhas, *Deutsche Ostpolitik im Ersten Weltkrieg. Der Fall Ober Ost 1915–1917*, Wiesbaden 1993; aus marxistischer Perspektive Werner Basler, *Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum 1914–1918*, Berlin (Ost) 1962.

5 Einen guten Überblick über den aktuellen Forschungsstand in Belarus gibt 55 gadu Peramogi u Vjalikaj Ajčynnaj vajne: pogljad praz gady, novyja koncepcy i padycho-dy. *Materijaly navukova-tearetyčnaj kanferency 4–5 maja 2000 goda*, č 1 i 2, Minsk 2001. 75 Beiträge beschreiben den Zweiten Weltkrieg in Weißrussland überwiegend mit den klassischen Mitteln sowjetischer Weltkriegshistoriographie. Einzig S. J. Novikau greift auch auf westliche und insbesondere auf deutschsprachige Literatur zurück (*Akupacyjny režym na terytoryi Belarusi u adljustravanni sučasnaj germanskaj gistoryjagrafii*, S. 90–104; *Ekanamičnaja palityka nacysckaj Germanii na akupavanaj terytoryi Belarusi [1941–1944]: spraba komparatyunaga analizu ajčynnaj i germanskaj gistoryjagrafii*, S. 109–117). Vgl. auch Aljaksej Litvin, *Akupacyja Belarusi (1941–1944): pytanni supracivu i kalabaracyi*, Minsk 2000.

Besatzungsgebiet.⁶ Zwar wurde in den vergangenen Jahren bezüglich der Weltkriege eine Vielzahl neuer Themenfelder erschlossen. Es handelt sich jedoch fast ausschließlich um solche Studien, die Apparate, Strukturen und Konzepte oder individuelle Kriegserlebnisse analysieren, ohne dabei auf die Interaktion von Herrschern und Beherrschten einzugehen und diese einzubinden in eine *longue durée* der betroffenen Regionen. So mangelt es etwa mit Blick auf den Ersten Weltkrieg und die besetzte BSSR nach 1941 nicht an operationsgeschichtlichen Darstellungen, die militärische Planungen und den Verlauf von Besetzung, militärischer Besetzung und Räumung dokumentieren.⁷ Eine Vielzahl von Arbeiten hat die Struktur des Okkupations- und Ausbeutungsapparates im Zweiten Weltkrieg zum Inhalt und ordnet Weißrussland ein in das System nationalsozialistischer Besatzungsregimes in ganz Europa.⁸ Jüngst erschien eine Studie von Vejas Liulevicius, die politische Konzepte für das Land Ober Ost und die Entwicklung der nationalen Frage im besetzten Litauen und Weißrussland beschreibt. Liulevicius setzt die Tradition fort, für beide Weltkriege Konzepte und Mittel zu analysieren, mit denen die deutsche Propaganda auf das besetzte Gebiet einwirkte.⁹ Ein wichtiger Erkenntnisgegenstand waren die Ziele und Verfahren wirtschaftlicher Ausbeutung.¹⁰ Der Partisanenkrieg wurde sowohl als völkerrechtliches Problem als auch als Beispiel für ausufernde Terrorherrschaft und nicht zuletzt als persönliche Extremerfahrung untersucht und bewertet.¹¹ Generell ist es in den vergangenen Jahren gelungen, für die deutsche Seite mit der

- 6 Vgl. etwa Bruno Thoß, *Der Erste Weltkrieg als Ereignis und Erlebnis. Paradigmenwechsel in der westdeutschen Weltkriegsforschung seit der Fischer-Kontroverse*. In: Wolfgang Michalka (Hg.), *Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse*, München 1997, S. 1012-1044; Gerhard Schreiber, *Der Zweite Weltkrieg in der internationalen Forschung. Konzeptionen, Thesen und Kontroversen*. In: Wolfgang Michalka (Hg.), *Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz*, München 1997, S. 3-24.
- 7 Jüngst John Keegan, *The First World War*, London 1998; zum Zweiten Weltkrieg vgl. *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*. Bd. 4, Horst Boog u. a., *Der Angriff auf die Sowjetunion*, Stuttgart 1983.
- 8 *Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938-1945)*. Hg. vom Bundesarchiv, Berlin/Heidelberg 1988-1996. Band 7 (zugleich Ergänzungsband 1): *Okkupation und Kollaboration (1938-1945)*. Beiträge zu Konzepten und Praxis der Kollaboration in der deutschen Okkupationspolitik. Zusammengestellt und eingeleitet von Werner Röhr, Heidelberg 1994. Band 8 (zugleich Ergänzungsband 2): *Analysen, Quellen, Register*. Zusammengestellt und eingeleitet von Werner Röhr, Heidelberg 1996.
- 9 Vejas Gabriel Liulevicius, *War Land on the Eastern Front. Culture, National Identity, and German Occupation in World War I*, Cambridge 2000; vgl. für den Zweiten Weltkrieg die ältere Arbeit von Hans-Dieter Handrack, *Das Reichskommissariat Ostland. Die Kulturpolitik der deutschen Verwaltung zwischen Verwaltung und Gleichschaltung 1941-1944*, Hann. Münden 1981.
- 10 Rolf-Dieter Müller, *Hitlers Ostkrieg und die deutsche Siedlungspolitik. Die Zusammenarbeit von Wehrmacht, Wirtschaft und SS*, Frankfurt a. M. 1991.
- 11 Hannes Heer/Klaus Naumann (Hg.), *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944*, Hamburg 1995.

Aufarbeitung individueller Kriegserfahrung zu beginnen, bis hin zur Rekonstruktion von Handlungsmustern auf den Schlachtfeldern oder bei Massentötungen.¹²

Mit Beginn des „Unternehmen Barbarossa“ wurde Weißrussland zentraler Schauplatz der deutschen „Endlösung der Judenfrage“. Von etwa 800 000 Juden überlebten nur etwa 150 000 den nationalsozialistischen Holocaust. Die Vorgänge, die die Isolierung und Entrechtung der sowjetischen Juden zur Massenvernichtung eskalieren ließen, sind für Galizien durch die Arbeiten von Thomas Sandkühler und Dieter Pohl nachgezeichnet worden.¹³ Für Weißrussland gibt es für die Genese der „Endlösung“ ein differenziertes Bild durch die Forschungen von Christian Gerlach.¹⁴ Der Antisemitismus unter den deutschen Besatzern wie innerhalb der lokalen Bevölkerung ist heute zumindest ansatzweise erforscht.¹⁵

Gerade in den letzten Jahren sind also zahlreiche Studien entstanden, die unseren Blick hinsichtlich der Besetzung Weißrusslands in beiden Weltkriegen geschärft haben. Westliche und östliche Untersuchungen geben jedoch jeweils die Perspektive der handelnden Akteure wieder, während die Interaktion zwischen Herrschern und Beherrschten weitgehend im Dunkeln liegt. Die Schilderung der lokalen Gegebenheiten entspricht der Wahrnehmung deutscher Militärs und Zivilisten. Konzepte und Planungen der militärischen und zivilen Führung werden häufig, bei akribischer Rekonstruktion der Entstehung, mit ihrer Realisierung gleichgesetzt. Westliche wie östliche Historiker sahen die Weltkriege in Anbetracht der umfassenden Zerstörungen als singuläre Ereignisse (was – etwa bezogen auf den Holocaust – zunächst nachvollziehbar ist). Aus Sicht der Betroffenen waren sie

- 12 Rolf-Dieter Müller/Hans-Erich Volkmann, Die Wehrmacht. Mythos und Realität, München 1999; Ulrich Bröckling, Schlachtfeldforschung. Die Soziologie im Krieg. In: Mittelweg 36. Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, 9 (2000), Heft 5, S. 74–92; Christopher Browning, Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen, Hamburg 1993 (engl. 1992).
- 13 Thomas Sandkühler, „Endlösung“ in Galizien. Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsinitiativen von Berthold Beitz 1941–1944, Bonn 1996; Dieter Pohl, Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941–1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens, München 1996; Ulrich Herbert (Hg.), Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939–1945. Neue Forschungen und Kontroversen, Frankfurt a. M. 1998.
- 14 Christian Gerlach, Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944, Hamburg 1999; ders., Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1998.
- 15 Bernhard Chiari, Das Schicksal der weißrussischen Juden im „Generalkommissariat Weißruthenien“. Eine Annäherung an das Unbegreifliche. In: Wolfgang Benz/Juliane Wetzels (Hg.), Solidarität und Hilfe für Juden während der NS-Zeit. Regionalstudien 3. Dänemark, Niederlande, Spanien, Portugal, Ungarn, Albanien, Weißrußland, Berlin 1999, S. 271–309; Einsatz im „Reichskommissariat Ostland“. Dokumente zum Völkermord im Baltikum und in Weißrußland 1941–1944. Hg. von Wolfgang Benz, Konrad Kwiet und Jürgen Matthäus, Berlin 1998; Judenfrei! Svobodno ot evreev! Istorija minskogo getto v dokumentach, Minsk 1999.

aber in Wahrheit Teil einer ganzen Kette teils gewalttätiger Veränderungen, die seit der Russischen Revolution von 1905 die politischen Grenzen und sozialen Strukturen Weißrusslands revidierten. Dazu zählen die ersten Anfänge einer weißrussischen nationalen Frage zu Beginn des 20. Jahrhunderts, Krieg und Besetzung durch die Mittelmächte nach 1914/15, die Entstehung der Sowjetunion, Bürgerkrieg und die einzige Phase weißrussischer kultureller Eigenständigkeit in den zwanziger Jahren. Zu nennen sind ebenso die Kollektivierung, der „Große Terror“ der dreißiger Jahre und die Sowjetisierung Ostpolens nach dem September 1939 sowie die ersten Jahre sowjetischer „Flurbereinigung“ zwischen 1944 und 1947. Bevor dieser ange deutete Perspektivenwechsel von einer statischen, auf die zeitgenössischen Verwaltungsgrenzen ausgerichteten Betrachtung hin zu einer an den ethnischen Wechselwirkungen sowie an historischen Entwicklungslinien ausgerichteten Sicht auf die Region ausgeführt wird, sollen die beiden deutschen Besatzungsregime in Weißrussland zumindest schlaglichtartig gegenübergestellt werden.

Okkupation im Ersten und Zweiten Weltkrieg

Im Ersten Weltkrieg schufen die Besatzungsmächte 1915 aus Litauen und den angrenzenden weißrussischen und polnischen Gebieten (Suwalki, Bialystok, Grodno) sowie Kurland das „Land des Oberbefehlshabers Ost“, kurz Ober Ost. Dieses Territorium umfasste etwa 110 000 Quadratkilometer, also mehr als die doppelte Fläche von West- und Ostpreußen zusammen. Dort lebten knapp drei Millionen Menschen. In Ober Ost, dessen interne Grenzen sich bis 1918 mehrmals veränderten, lebten im südlichen Teil Litauer, Weißrussen, Juden und Polen.¹⁶ Die Siedlungsstruktur war durch ethnische Unterschiede zwischen Stadt und Land sowie – innerhalb der Städte – durch die Dominanz von Polen, Russen und Juden in Verwaltung, Handel und Handwerk gekennzeichnet. Die Bevölkerungszahlen sind infolge russischer Evakuierungen zu Kriegsbeginn sowie durch Aktenverluste in Krieg und Bürgerkrieg nur annäherungsweise zu bestimmen. Weißrussen lebten aber zu 97 Prozent auf dem Land, 91 Prozent als Bauern. In der Großstadt Wilna beispielsweise stellten sie lediglich vier Prozent der Bevölkerung, deren größte Gruppen um die Jahrhundertwende aus Juden, Polen, Russen und Litauern bestanden.¹⁷ 1915 wurden die ethnischen Mischgebiete um Grodno, Bialystok sowie die Frontstadt Baranoviči besetzt, während in

16 Das Land Ober Ost. Deutsche Arbeit in den Verwaltungsgebieten Kurland, Litauen und Bialystok-Grodno. Hg. im Auftrage des Oberbefehlshabers Ost, bearbeitet von der Presseabteilung Ober Ost, Stuttgart 1917.

17 Rudolf A. Mark, Die nationale Bewegung der Weißrussen im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, 42 (1994), Heft 4, S. 493–509, hier S. 498. Wilna während des Zweiten Weltkriegs als Beispiel für die

Minsk und den größeren Städten im Osten weiter die russische Armee stand.

Erst nach dem Frieden von Brest-Litowsk im März 1918 rückten deutsche Truppen über Minsk bis Mogiljow vor. Sie besetzten Gomel' und dehnten das System der Militärverwaltung auch auf Lettland und Estland aus. Durch den Kriegsverlauf und die Nähe der Front blieb für die Bevölkerung in Ober Ost die Rückkehr der russischen Truppen bis zum Zusammenbruch des Zarenreichs eine reale Möglichkeit. Im Rahmen der Brussilow-Offensive vom Sommer 1916 beispielsweise kam es zur Bedrohung von Wilna und zu einem Vorstoß russischer Truppen in Richtung Baranoviči. Dieser Umstand unterscheidet die beiden Kriege grundsätzlich. Im ersten Jahr nach dem Juni 1941 glaubte die überwiegende Mehrzahl der Einwohner in den besetzten Gebieten an den Sieg der deutschen Waffen und daran, dass die Sowjetunion in diesem Kampf untergehen werde.

Ober Ost war ein reiner Militärstaat. Seine Verwaltung kontrollierte Handel und Gewerbe, die Land- und Forstwirtschaft und führte ein eigenes Währungssystem ein, das mit der Währung des Deutschen Reiches gekoppelt war und dazu diente, die Ausfuhr von Gütern zugunsten der Kriegswirtschaft Deutschlands steuern zu können.¹⁸ Hierbei erstritt die „Deutsche Militärverwaltung Ober Ost“ ein solches Maß an Unabhängigkeit, dass sie selbst Beschlüsse der Obersten Heeresleitung oder der Reichsregierung aushebeln konnte. Von Anfang an standen bei der Okkupation wirtschaftliche Interessen und hier vor allem die Erträge der Forstwirtschaft im Vordergrund. Ausdruck dessen war die deutsche „Verkehrspolitik“ in Ober Ost. Diesem Konzept lag die Vision zugrunde, Ober Ost durch die Kontrolle und Kanalisierung aller Wirtschafts- und Verkehrsströme zu beherrschen.

Mit dem „Plan Neuland“ verfolgte die Oberste Heeresleitung jedoch auch weitergehende Ambitionen. 1916 bereiste Friedrich von Schwerin, Regierungspräsident von Frankfurt an der Oder und Verfechter einer antipolnischen „inneren Kolonisation“ des Deutschen Reiches, das Land Ober Ost. Schwerin gründete, unterstützt von der OHL, in Berlin die Gesellschaft „Neuland“. Ihr Ziel war, im Osten und in Elsass-Lothringen das deutsche Siedlungswesen zu unterstützen. Die militärische Führung fand an der Vorstellung Gefallen, das Deutsche Reich in Ober Ost durch eine Art Militärgrenze aus deutschen Siedlern gegen eine „Gefahr aus dem Osten“ zu schützen, und auch das Außenministerium unterstützte die Idee, Wehrbauern würden die deutsche Grenze mit Schwert und Pflug beschirmen.¹⁹

nationalen Verwerfungen der Region unter sowjetischem und nationalsozialistischem Einfluss beschreibt eindrucksvoll Stanisława Lewandowska, *Życie codzienne Wilna w latach II wojny światowej*, Warszawa 1997.

- 18 Reinhold Zilch, *Okkupation und Währung im Ersten Weltkrieg. Die deutsche Besatzungspolitik in Belgien und Russisch-Polen 1914–1918*, Goldbach 1994.
- 19 Grundlegend Vejas Gabriel Liulevicius, *War Land on the Eastern Front. Culture, National Identity, and German Occupation in World War I*, Cambridge 2000.

Vejas Liulevicius hat gezeigt, dass bereits im Ersten Weltkrieg die Vorstellung von deutschen Kolonien im Osten Begehrlichkeiten und Phantasien hervorriefen. Militärs und Zivilisten meldeten während des Krieges Wünsche nach Lehen und Erbgütern an. Analogien zu nationalsozialistischen Siedlungsplänen (etwa zum „Generalplan Ost“) drängen sich auf, sollten aber nicht überstrapaziert werden. Innerhalb der Eliten in Militär und Verwaltung war während des Ersten Weltkriegs zwar der Glaube an ein „deutsches Ordnungsprinzip“ im Osten weit verbreitet, doch fehlen Vorstellungen von „Untermenschentum“ und auch der rabiate Antisemitismus des Vernichtungskrieges von 1941. In Ober Ost ereigneten sich Überfälle auf deutsches Militär und Anschläge gegen Einrichtungen der Besatzungsverwaltung. Die Last der Abgaben war drückend und die Beschaffung von Lebensmitteln und Rohstoffen für die Wirtschaft des Reiches artete mitunter in wilde Requirierungen aus. Einheimische verrichteten Hilfsdienste im Straßenbau. Dennoch hatte die deutsche Herrschaft nur wenig mit den apokalyptischen Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs zu tun.²⁰

Der Zweite Weltkrieg in Weißrussland war von Anfang an ein rassenideologischer Vernichtungskrieg. Heinrich Himmler, dessen Einsatzgruppen im Gefolge der Wehrmacht zu wüten begannen, war 1941 als Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei verantwortlich für die Erreichung der Zielsetzung des „Unternehmen Barbarossa“ und für die polizeiliche Sicherung der besetzten Ostgebiete. Seinen Höheren Polizei- und SS-Führern unterstanden die Einheiten der deutschen Polizei und die einheimischen Schutzmannschaften. Das okkupierte Gebiet fiel nach Beginn des Feldzugs zunächst – wie im Ersten Weltkrieg – in die Zuständigkeit der deutschen Militärverwaltung. Von zentraler Bedeutung für das Hinterland der deutschen Truppen (u. a. Kriegsgefangenenwesen, Partisanenbekämpfung, Umgang mit der Zivilbevölkerung) war die Generalquartiermeisterabteilung des Generalstabes des Heeres. Für die wirtschaftliche Ausbeutung war eine eigene Behörde verantwortlich, geführt von Hermann Göring in seiner Eigenschaft als Beauftragter für den Vierjahresplan. Der Wirtschaftsführungsstab Ost verfügte auf Ebene der deutschen Heeresgruppen über Wirtschaftsinspektionen und Wirtschaftskommandos für die Feldkommandanturen. Die Planungen für den Aufbau einer Zivilverwaltung begannen erst später. Mit deren Führung betraute Hitler Alfred Rosenberg, den er am 17. Juli 1941 zum Reichsminister für die besetzten Ostgebiete ernannte. Als Chef der Zivilverwaltung übernahm Rosenberg nach dem 1. August 1941 vom Oberkommando der Wehrmacht die drei baltischen Sowjetrepubliken, den westlichen Teil Weißrusslands und die Ukraine. Rosenberg schuf die Reichskommissariate Ukraine und Ostland, geführt von je einem Reichskommissar in Kiew und Riga – Teil von „Ostland“ war das „Generalkommissariat Weiß-

20 Mechthild Rössler/Sabine Schleiermacher (Hg.), *Der „Generalplan Ost“*. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik, Berlin 1993.

ruthenien“. Dieses hatte im Januar 1942 eine Größe von rund 60 000 Quadratkilometern mit zweieinhalb Millionen Einwohnern.²¹ Die Zivilverwaltung unter Generalkommissar Wilhelm Kube war die nominelle Herrin im Okkupationsgebiet. Kubes Behörden beuteten Weißrussland in den folgenden drei Jahren wirtschaftlich aus und versuchten, dessen Bevölkerung ruhig zu halten. Die Zivilverwaltung wurde außerdem zur Erfüllungsgehilfin von Rassenideologie und Vernichtung. Der Ermordung der weißrussischen Juden setzte sie keinen Widerstand entgegen, sondern unterstützte die 1941 anlaufenden Aktionen nach besten Kräften. In mehreren Schritten eskalierte die Isolierung und Entrechtung der jüdischen Bevölkerung zum planmäßigen Massenmord. An „Ghettoräumungen“ waren häufig neben SD, SS, Polizei, Wehrmacht, Zivilverwaltung und deutschen Wirtschaftsdienststellen auch einheimische Schutzmannschaften beteiligt, daneben mitunter die Nachbarn der Opfer.²²

Die Zivilverwaltung griff, im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg, verstärkt auf einheimische Verwaltungsstrukturen zurück. Weißrussische Kreisverwaltungen und Bürgermeister waren zunächst von ausschlaggebender Bedeutung für das Alltagsleben in den Dörfern und Städten. Gleiches galt für einheimische Polizeistationen, die seit 1941 überall im Generalkommissariat eingerichtet wurden. Einheimische Polizisten zählten zu den wichtigsten Gehilfen der neuen Ordnung. Sie waren nicht nur maßgeblich an der ökonomischen Ausbeutung der besetzten Gebiete und am Partisanenkrieg beteiligt, sondern wurden auch in die Ermordung der jüdischen Bevölkerung und die Rekrutierung von Zwangsarbeitern einbezogen.

Zum zentralen Problem für alle deutschen Dienststellen wurde im geographisch unübersichtlichen Weißrussland die seit dem Sommer 1942 ständig zunehmende Tätigkeit bewaffneter Gruppen. Die im Vergleich zu Ober Ost neue Qualität von Widerstand erklärt sich nicht alleine durch die Organisationsleistung der KPdSU oder der polnischen Exilregierung in London beim Aufbau militärischer Untergrundstrukturen. Die Eskalation des „Partisanenkampfes“ war vielmehr Ergebnis der Wechselwirkung zwischen realem Bedrohungsempfinden der Truppe, den ideologischen und wirtschaftlichen Zielvorgaben eines menschenverachtenden Vernichtungskrieges, Mechanismen der „kleinen Kampfgemeinschaft“ bis hin zum Ausleben bestialischer persönlicher Charakterzüge der Führer vor Ort.²³ Die schrittweise Verschärfung der „Sicherheitslage“ schränkte den Handlungsspielraum der Zivilverwaltung bald so ein, dass viele Gebiete nur noch mit Hilfe von

21 Zu den Verwaltungsstrukturen vgl. nach wie vor Alexander Dallin, *Deutsche Herrschaft in Rußland 1941–1945. Eine Studie über Besatzungspolitik*, Düsseldorf 1958.

22 Martin Dean, *Collaboration in the Holocaust. Crimes of the Local Police in Belorussia and Ukraine, 1941–1944*, Basingstoke 2000.

23 Rolf Michaelis, *Das SS-Sonderkommando Dirlwanger. Ein Beispiel deutscher Besatzungspolitik in Weißrußland*, Berlin 1999; ders., *Die Brigade Kaminski. Partisanenbekämpfung in Rußland – Weißrußland – Warschau*, Berlin 1999.

Militär und Polizei kontrolliert werden konnten. Auf deutscher Seite verschoben sich in Weißrussland im Verlauf des Krieges die Machtverhältnisse ständig zugunsten der SS und Polizei. Schon 1942/43 entfaltete sich ein „grenzenloser Krieg“, wie ihn jüngst Herfried Münkler als kennzeichnend für die Konflikte des 21. Jahrhunderts beschrieben hat.²⁴ Im Gegensatz zum sowjetischen Mythos kämpften deutsche Truppen im Hinterland nicht nur gegen Partisanengruppen der Roten Armee, sondern waren mit einer Vielzahl unterschiedlicher Formationen konfrontiert, bei denen häufig die Trennung zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten unmöglich war. Das nationale und politische Spektrum reichte dabei von den aus London und Warschau geführten Verbänden der polnischen Heimatarmee (Armia Krajowa) über jüdische Ghettoflüchtlinge bis hin zu zusammengewürfelten Haufen entlaufener Straftäter, die von Waldverstecken aus die ländliche Umgebung terrorisierten und um ihre Versorgungs- und Einflussgebiete kämpften.²⁵ Neben den politischen Zielvorgaben der Moskauer Führung für eine zweite Sowjetisierung Ostpolens lieferten vor allem nationale Konflikte und die Präsenz nicht-sowjetischer bewaffneter Widerstandsgruppen die Begründung für brutale Säuberungen des NKVD nach dem deutschen Rückzug im Sommer 1944.

Der Umgang der deutschen Besatzer mit der nationalen Frage unterscheidet die beiden Kriege grundsätzlich voneinander. Die Existenz einer „weißruthenischen Nation“ nahm die Oberste Heeresleitung erst während des Ersten Weltkrieges mit dem Interesse zur Kenntnis, das man einer bislang unbekanntem Pflanzenspezies entgegenbringt. Die Besatzer im Land Ober Ost stellten im Kriegsverlauf fest, dass die weißrussische Bevölkerung sich instrumentalisieren ließ, um ein Gegengewicht zu polnischen Autonomiebestrebungen in Deutschland und Österreich-Ungarn zu schaffen. In einem litauisch dominierten Staat sollten auch die „Weißruthenen“ ihren Platz finden und Vertreter in den litauischen „Vertrauensrat“, die Taryba, entsenden. Seit 1916 unterstützte die Oberste Heeresleitung zur Destabilisierung des Russischen Reiches die Schaffung weißrussischer Schulen und Zeitungen – wobei diese Maßnahmen, verglichen mit den Ergebnissen litauischer oder jüdischer Kulturautonomie, schon angesichts des erschreckend niedrigen Bildungsniveaus der weißrussischen Landbevölkerung mehr als bescheiden blieben.

24 Herfried Münkler, Der grenzenlose Krieg. In: Der Tagesspiegel vom 3. 3. 2001.

25 Zur Armia Krajowa vgl. Bernd Martin/Stanisława Lewandowska (Hg.), Der Warschauer Aufstand 1944, Warschau 1999; Zygmunt Boradyn/Andrzej Chmielarz/Henryk Piskunowicz, Armia Krajowa na Nowogródzczyźnie i Wileńszczyźnie (1941–1945), Warszawa 1997; dies. (Hg.), Armia Krajowa na Nowogródzczyźnie i Wileńszczyźnie (1942–1944) w świetle dokumentów sowieckich, Warszawa 1997; Ja. Sjamaška, Armia Kraeva na Belarusi, Minsk 1994; V.I.Ermolovič/S. Žumar', Ognem i mečom. Chronika pol'skogo nacionalističeskogo podpol'ja v Belorussii (1939–1953 gg.), Minsk 1994.

Überlegungen, „Weißruthenien“ im „Neuen Europa“ Adolf Hitlers in den Kampf gegen die Sowjetunion einzubinden, begannen nach dem Scheitern des Blitzkrieges im Osten und zu einem Zeitpunkt, als die Besatzungsmacht sich bereits durch rücksichtslose Requirierungen, die Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen sowie durch die Jagd nach Zwangsarbeitern, die Brutalität des „Partisanenkriegs“ und durch die offen sichtbare Ermordung von Juden und „sowjetischen Aktivisten“ desavouiert hatte. Anders als 1915 beeinträchtigten nationale Konflikte im Okkupationsgebiet jedoch von Anfang an die beiden Hauptziele deutscher Besatzung im Zweiten Weltkrieg, nämlich die wirtschaftliche Ausbeutung und militärische Sicherung im Rücken der Wehrmacht.

Seit dem ersten Tag der Okkupation kam es zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Polen, Weißrussen, Ukrainern und Litauern bzw. zwischen Gewinnern und Verlierern der sowjetischen Annexion von 1939. Während sich die deutschen Behörden Denunziationen, Gewalt und Morden gegenüber anfangs abwartend verhielten, reagierten sie auf deren Ausufern im Kriegsverlauf mit zunehmender Brutalität und militärischen Gegenmaßnahmen. Lediglich die nackte, militärische Not brachte SS-Führer dazu, mit „Slawen zu paktieren“.²⁶ Realitätsferne Verwaltungsvorschriften verboten auch in Gebieten mit polnischer Majorität die Einbeziehung von Polen in die Verwaltung. Gegen Ende der deutschen Besatzung etablierten die Behörden 1944 im Rahmen des aussichtslosen Kampfes an der Ostfront einen „Weißruthenischen Zentralrat“, dessen Mitglieder mühsam im Exil ausfindig gemacht werden mussten und über keine Verbindung zur Bevölkerung verfügten.²⁷ Das „Weißruthenische Jugendwerk“, in dem nach dem Vorbild der Hitlerjugend eine „weißruthenische Elite“ für das nationalsozialistische „Neue Europa“ herangebildet werden sollte, blieb außer in den wenigen Städten ohne Einfluss und litt neben materiellem Mangel auch unter dem offensichtlichen Widerspruch zwischen dem propagierten „nationalen Aufbruch“ und der Indienstnahme der Organisation als Reservoir von Zwangsarbeitern und Hilfspwilligen für die Wehrmacht.²⁸ Deutsche Versprechen auf „nationale Selbständigkeit“ waren schon angesichts künstlicher Grenzen und der ethnischen Gemengelage absurd. Die Belorussifizierung beschwor einen Bürgerkrieg herauf. Eine „Gesellschaft im Verteidigungszustand“, wie sie das kollektive Gedächtnis der Polen für die Zeit der deutschen Besatzung erinnert, entwickelte sich in Weißrussland jedenfalls nicht.²⁹

26 Bernhard Chiari, Kein Pakt mit Slawen. Deutsch-polnische Kontakte im Wilna-Gebiet 1944. In: Osteuropa, 50 (2000), Heft 4, S. 133–154.

27 A.K. Solov'ev, Belorusskaja Central'naja Rada. Sozdanie, dejatel'nost, krach, Minsk 1995.

28 Aljaksandr Kavalenja, Pragermanskija sahuzy moladzi na Belarusi. 1941–1044. Vytoki. Struktura. Dzejnasc', Minsk 1999.

29 Włodzimierz Borodziej, Terror und Politik. Die deutsche Polizei und die polnische Widerstandsbewegung im Generalgouvernement 1939–1944, Mainz 1999; Klaus-Peter Friedrich, Über den Widerstandsmythos im besetzten Polen in der Historio-

Einige Parallelen und Kontinuitäten zwischen den beiden Weltkriegen sind bereits angesprochen worden. Vorstellungen von der Neuordnung Osteuropas und der Überlegenheit deutscher Kultur gingen ein in die rassenideologischen Vorgaben für das „Unternehmen Barbarossa“, ebenso wie historisch verbrämte Besiedelungsphantasien. Obwohl Requirierungen oder die Verpflichtung der Einheimischen zur Zwangsarbeit während des Zweiten Weltkriegs eine neue Qualität hatten, die dem totalen Charakter des ideologischen Vernichtungskriegs entsprach, dienten das Generalkommissariat Weißruthenien wie das Land Ober Ost der wirtschaftlichen Ausbeutung der besetzten Gebiete, und zwar bereits im Ersten Weltkrieg ohne Rücksicht auf das Schicksal der dort lebenden Bevölkerung. Vor allem aber verband die beiden Herrschaftsapparate eines, nämlich die Ignoranz, Überheblichkeit und Rücksichtslosigkeit, mit der deutsche „Herrenmenschen“ sich in einer fremden Umwelt bewegten. Halbherzige und unstimmige politische Konzepte für die politische Neuordnung der Region und die Unfähigkeit, die nationale Problematik anders als auf deklamatorischer Ebene anzugehen, waren hierfür ein beredter Ausdruck. Den deutschen Planern von Besatzungspolitik und denen, die diese umzusetzen hatten, fehlten sowohl die Erfahrungen, welche die großen Kolonialmächte im Umgang mit ihren Imperien gesammelt hatten, als auch die in Vielvölkerreichen wie Österreich oder Russland bzw. der Sowjetunion eingeübten Mechanismen der Herrschaftssicherung und Kontrolle.

Diesen Umstand spiegelt die Wahrnehmung des Ostens durch deutsche Soldaten wider. 1914 begaben sich die Soldaten meist ohne jede Vorstellung vom Russischen Reich und seinen Völkern auf die „Reise“ des Krieges. Während die wald- und wasserreiche Landschaft in Ober Ost als wohltuend und schön beschrieben und mit der Heimat verglichen wurde und die wenigen Städte insgesamt positive Empfindungen auslösten, schilderten deutsche Soldaten die Einwohner (ungeachtet ihrer Nationalität) überwiegend als „unterentwickelt“, „rückständig“ und „ohne Kultur“. „Kulturellen Fortschritt“ sahen sie meist als Verdienst des Einflusses des „deutschen Soldaten“ und der „deutschen Verwaltung“. Häufig klingen sentimentale und diffuse Vorstellungen vom Krieg als Kampf einer siegreichen, germanischen Sonne gegen eine dunkle Bedrohung aus dem Osten an.³⁰ Klaus Latzel hat herausgearbeitet, dass sich die Bewertungskriterien des Ostens in beiden Weltkriegen glichen: „Sauberkeit“ versus „Schmutz“ und „Dreck“, „Fruchtbarkeit“ und „Wohlstand“ versus „Ödnis“ und „Armut“, „Freundlichkeit“

graphie. In: 1999, 13 (1998), Heft 1, S. 10–60; Christoph Kleßmann, Die Selbstbehauptung einer Nation. Nationalsozialistische Kulturpolitik und polnische Widerstandsbewegung im Generalgouvernement 1939–1945, Düsseldorf 1971; Jan Tomasz Gross, Polish Society under German Occupation. The General Gouvernment 1939–1944, Princeton 1979.

30 Kurt Flasch, Die geistige Mobilmachung. Die deutschen Intellektuellen und der Erste Weltkrieg. Ein Versuch, Berlin 2000, S. 269.

versus „Unfreundlichkeit“, „Offenheit“ versus „Verschlossenheit“. Diametral verschieden war die Wahrnehmung der einheimischen Bevölkerung als Kolonialmenschen im Ersten und häufig als Unter- oder Unmenschen im Zweiten Weltkrieg. Pejorative Adjektive wie „dreckig“, „lausig“, „schmierig“, „verlaust“ bezogen sich 1915 überwiegend auf Gegenstände, Gebäude und Dörfer. Nach 1939/41 erlebte die Sprache eine Radikalisierung und wurde Abbild der Ideologie.³¹ In beiden Kriegen spielten nationale Stereotypen, Vorurteile und Antisemitismus eine wichtige Rolle („polnische Wirtschaft“, „Ostjuden“ etc.), doch erreichte deren Wirkung nach 1941 eine neue Dimension und schloss die „Vernichtung“ und „Ausmerzungen“ von „Untermenschen“ mit ein.³² Das „Krieg ist Krieg“ der Jahre 1914 bis 1918 wurde nach 1941 durch die Maxime von der „Vernichtung des jüdischen Bolschewismus“ ersetzt.

Auf unterschiedlichen Ebenen der deutschen zivilen wie militärischen Hierarchie traten deren Repräsentanten mit einem verblüffenden Maß an Selbstbewusstsein in der Art von Gutsherren auf. Gerade solche Männer entwickelten diese Qualitäten, die in Deutschland zu kurz gekommen waren.³³ Gemeinsam war beiden Kriegen das wehleidige Lamentieren darüber, dass andere das anfängliche Wohlwollen der undifferenziert als „Einheimische“ wahrgenommenen Bevölkerung verscherzt hätten. Das Unbehagen über „vertane Chancen“ rührte wohl auch daher, dass die deutschen Herren überfordert waren. Sie verstanden ihre Umwelt einfach nicht. Aus dem Ersten Weltkrieg hatten deutsche Soldaten und Verwalter wenig mehr verinnerlicht als ihre Unkenntnis des sogenannten „Ostlandes“. Es ist bezeichnend, dass die deutschen Behörden die meisten Bewerber ablehnten, die sich 1941 mit ihren Erfahrungen in Ober Ost für die Teilnahme an einem neuen „Kreuzzug im Ostlande“ empfahlen. Der Krieg gegen die Sowjetunion mache einen anderen Typus von „deutschem Manne“ notwendig. Eine neue Generation übernahm im Osten „schwere Aufgaben“, wie Heinrich Himmler die Ermordung der polnischen und sowjetischen Juden umschrieb.³⁴

- 31 Klaus Latzel, *Deutsche Soldaten - nationalsozialistischer Krieg? Kriegserlebnis - Kriegserfahrung 1939-1945*, Paderborn 1998, S. 160, 166-182; Walter Manoschek (Hg.), *„Es gibt nur eines für das Judentum: Vernichtung“*. Das Judenbild in deutschen Soldatenbriefen 1939-1944, Hamburg 1998.
- 32 Martin Humburg, *Das Gesicht des Krieges. Feldpostbriefe von Wehrmachtssoldaten aus der Sowjetunion 1941-1944*, Wiesbaden 1998.
- 33 Bernhard Chiari: *Deutsche Zivilverwaltung in Weißrußland 1941-1944. Die lokale Perspektive der Besatzungsgeschichte*. In: *Militär-geschichtliche Mitteilungen*, 52 (1993), Heft 1, S. 67-90, zum Verwaltungspersonal S. 81-88.
- 34 Vgl. Jürgen Förster, *Das Unternehmen „Barbarossa“ als Eroberungs- und Vernichtungskrieg*. In: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*. Band 4, Horst Boog u. a., *Der Angriff auf die Sowjetunion*, S. 413-447.

Vergleichende Weltkriegsgeschichte als Geschichte einer Region

Militär- und Erfahrungsgeschichte waren lange Zeit ganz der Perspektive der Herrschenden verpflichtet. Sie perpetuierten – häufig ohne sich dessen bewusst zu sein – auch deren Blick auf die okkupierte Gesellschaft. Für die multiethnische Region, die heute von den Grenzen der Republik Belarus umschlossen wird, liegt ein neuer Zugang zu den Kriegseignissen in der Untersuchung langfristiger Entwicklungen und in der Darstellung von Krieg und Besetzung aus der Perspektive der Opfer. Ausgangspunkt muss die Rekonstruktion der Geschichte einer Region sein, für die Krieg und Gewalt konstituierende Elemente waren. Weißrussland, das „Schlachtfeld der Diktatoren“,³⁵ war eine Pufferzone, in der westliche und östliche Kultur, Katholizismus und Orthodoxie aufeinander prallten. Es war in seinen unterschiedlichen Grenzen Aufmarsch- und Kampfgebiet im Ersten Weltkrieg, wurde geprägt durch umfangreiche russische Evakuierungen und die Militärverwaltung von Ober Ost. Nach dem Kriegsende wurde die Region heimgesucht von einer wahren Zerstörungswelle im Bürgerkrieg und im polnisch-sowjetischen Krieg.³⁶ Die Dimension der Verwüstung lässt sich mit wenigen Schlaglichtern beschreiben: Zurückkehrende Bauern konnten ihre Felder nicht bestellen, weil das vorhandene Gerät nicht ausreichte, um den meterhohen Birken-Wildwuchs zu beseitigen. Ganze Landstriche waren unzugänglich durch Feldbefestigungen, Verhaue, Sperren und Blindgänger. Wölfe und andere Raubtiere hatten sich derart vermehrt, dass sie in einigen Gegenden eine ernsthafte Bedrohung für Menschen darstellten. In den entvölkerten Ortschaften, wo die Bauern nach Zerstörung ihrer Häuser in Erdhöhlen wohnten, grassierten Seuchen.³⁷

Weißrussland erlebte den zivilisatorischen Zusammenbruch des Russischen Reiches, die sowjetische Industrialisierung und Kollektivierung und verschiedene Etappen sowjetischer Nationalitätenpolitik. Die Weißrussen waren ein „Kleines Volk“ im Sinne Miroslav Hrochs, größtenteils angesiedelt in zwei unterschiedlichen Gesellschaftssystemen, Minderheit in Polen und Titularnation in einer multiethnischen Sowjetrepublik. Nationale und kulturelle weißrussische Traditionen fehlten bis zur Jahrhundertwende fast vollständig. Im Russischen Reich war das Weißrussische nicht mehr als ein offiziell verbotener Bauerndialekt, und auch nach dem Ende des Ersten Weltkriegs spielten Weißrussen bei der Neuordnung des Gebietes eher eine

35 Dietrich Beyrau, *Schlachtfeld der Diktatoren. Osteuropa im Schatten von Hitler und Stalin*, Göttingen 2000.

36 Nikolaus Katzer, *Die weiße Bewegung in Rußland*, Köln 1999; Vladimir N. Brovkin, *Behind the Front Lines of the Civil War. Political Parties and Social Movements in Russia 1918–1922*, Princeton 1994.

37 Werner Benecke, *Die Quäker in den Kresy Wschodnie der Zweiten Polnischen Republik*. In: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas*, 42 (1994), Heft 4, S. 510–520, hier S. 517.

untergeordnete Rolle.³⁸ Die Bevölkerungsstruktur der 1919 gegründeten Weißrussischen Sowjetrepublik (BSSR) schlug sich in der Einführung von vier Staatssprachen (Weißrussisch, Jiddisch, Russisch und Polnisch) nieder, die weißrussische Landbevölkerung definierte sich kaum über nationale Kriterien. Russen besetzten wichtige Schaltstellen im Staatsapparat. Die Stellung der Polen innerhalb der BSSR war gekennzeichnet durch das zunehmende Misstrauen der sowjetischen Führung allen nationalen Minderheiten gegenüber. In zahlreichen Verhaftungswellen der dreißiger Jahre war die polnische Bevölkerungsgruppe überproportional von Verhaftungen und Deportationen betroffen. Nach Berechnungen weißrussischer Historiker fielen in Weißrussland insgesamt zwischen 600 000 und zwei Millionen Menschen dem stalinistischen Terror zum Opfer. Die BSSR wurde russifiziert und verlor in den dreißiger Jahren ihre kulturelle Eigenständigkeit und Vielfalt.³⁹

Der Westen des heutigen Belarus war Teil der polnischen „Kresy Wschodnie“ (Östliche Grenzmarken) und befand sich damit an der Peripherie eines Nationalstaates, der weder mit seiner ukrainischen noch mit seiner weißrussischen Minderheit etwas anzufangen wusste.⁴⁰ Seit dem Friedensvertrag von Riga 1921 zählten zu den Kresy die Wojewodschaften Wilna, Nowogrodek, Polesien und Wolhynien sowie die östlichen Teile des Gebietes Bialystok. Ökonomische und kulturelle Rückständigkeit prägten die Kresy ebenso wie die ethnische Gemengelage (weißrussische Landbevölkerung, Polen in Verwaltung und Militär, Juden in Kleingewerbe und Handwerk).⁴¹ Gemeinsam war dem polnischen Staat wie der BSSR also, trotz diametral verschiedener Herrschaftsstrukturen, eine brisante ethnische Situation. Auf beiden Seiten der polnisch-sowjetischen Demarkationslinie gab es unterdrückte Minderheiten, und auf beiden Seiten ging der Staat entschieden und teilweise unerbittlich schon gegen Anfänge nationaler Autonomiebestrebungen vor – und seien sie auch nur kultureller Natur. Dabei repräsentierten im Westen die Polen einen aggressiven Nationalstaat, während im Osten die Grenze zwischen russifizierten Weißrussen und Russen als Trägern des Sowjetsystems zunehmend verschwamm.

38 Bernhard Chiari, „Nationale Renaissance“, Belorussifizierung und Sowjetisierung: Erziehungs- und Bildungspolitik in Weißrußland 1922–1944. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, 42 (1994), Heft 4, S. 521–540.

39 Jan Zaprudnik, Belarus. At a Crossroads in History, Boulder 1993, Zahlen S. 86–88. Bei den Angaben Zaprudniks handelt es sich um Maximalschätzungen, die aus national weißrussischer Sicht die Dimension des sowjetischen Terrors verdeutlichen sollen. Vgl. auch Astrid Sahn, Politische Konstruktionsversuche weißrussischer Identität. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, 42 (1994), Heft 4, S. 541–561.

40 Jerzy Tomaszewski, Belorussians in the Eyes of the Poles 1918–1939. In: Acta Poloniae Historica, 51 (1985), S. 101–122; Peter Brock, Belarusan National Identity as an Aspect of Conscientious Objection in Interwar Poland. In: East European Quarterly, 3 (1995), S. 285–292.

41 Werner Benecke, Die Ostgebiete der Zweiten Polnischen Republik. Staatsmacht und öffentliche Ordnung in einer Minderheitenregion 1918 – 1939, Köln 1999.

Für das Verständnis des Zweiten Weltkriegs nimmt darum die Sowjetisierung Ostpolens als Folge des Hitler-Stalin-Paktes 1939 eine zentrale Rolle ein. Das Territorium der BSSR und ihre Bevölkerung verdoppelten sich. Städte wie Baranoviči, Grodno, Brest, Lida, Slonim oder Molodečno wurden mit einem Schlag sowjetisch. Es entstand ein neuer Staat mit einer neuen Gesellschaft. Unter den Opfern rasch einsetzender Verhaftungen und Deportationen befanden sich Hunderttausende Polen, aber auch Weißrussen, Ukrainer und Juden. Die neuen Machthaber bedienten sich ethnischer und sozialer Konflikte und sorgten durch Deportationen für eine Art gesellschaftlicher „Flurbereinigung“. Trotzdem war die BSSR in den Grenzen von 1941 ein multiethnischer Staat mit ungelösten sozialen und gesellschaftlichen Problemen, die sich während der deutschen Besatzung erneut in Gewalt und Hass entluden.⁴²

Krieg, Gewalt, Fremdherrschaft und der Umgang mit dem „Andersartigen“ waren in Weißrussland seit Jahrhunderten Grundkonstanten des Lebens. Die genannten Erfahrungen standen den Bewohnern von Ober Ost oder dem Generalkommissariat Weißruthenien als Deutungsmuster bei der Interpretation deutschen Verhaltens zur Verfügung. Im Ersten wie im Zweiten Weltkrieg ließen Weißrussen wie Polen die ahnungslosen Vertreter der Besatzungsmacht mitunter ebenso ins Leere laufen, wie sie dies mit zaristischen Beamten oder sowjetischen Parteifunktionären versucht hatten. Die Erfahrung des stalinistischen Terrors, die Erinnerung an den Verlauf der Kollektivierung, an Zarenreich und Bürgerkrieg waren bestimmend für den Umgang der Beherrschten mit der deutschen Okkupation. Selbst die deutschen Konzentrationslager waren für die Opfer des GULag keine grundsätzlich neue Erfahrung. Hatten sich Dörfer an der Peripherie des Russischen Reiches schon vor dem Ersten Weltkrieg erfolgreich der staatlichen Einflussnahme entziehen können und selbst dem ungleich brutaleren Zugriff der sowjetischen Behörden Widerstand entgegengesetzt, so versuchten sie dies auch nach 1941. Nichtstaatliche Gewalt entfaltete sich 1941 nach ähnlichen Mustern wie im Rahmen der sogenannten „Wiedervereinigung“ von 1939 oder der Exzesse während des Bürgerkriegs. Antisemitismus und die Auseinandersetzung mit der „jüdischen Frage“ gehören zu den historischen Grundkonstanten der Region und begleiteten in unterschiedlicher Form und Intensität die Entwicklung des Russischen Imperiums und der Sowjetunion, der polnischen Teilungsgebiete wie Zwischenkriegspolens.⁴³

42 Tomasz Strzembosz (Hg.), *Studia z dziejów okupacji sowieckiej (1939–1941)*, Warszawa 1997; Krzysztof Jasiewicz, *Zagłada Polskich Kresów. Ziemiaństwo polskie na Kresach Północno-Wschodnich Rzeczypospolitej pod okupacją sowiecką 1939–1941*, Warszawa 1997.

43 Matthias Vetter, *Antisemiten und Bolschewiki. Zum Verhältnis von Sowjetsystem und Judenfeindschaft 1917–1939*, Berlin 1995; Frank Golczewski, *Polnisch-jüdische Beziehungen 1881–1922*, Wiesbaden 1981; Magdalena Opalski/Israel Bartal, *Poles and Jews. A Failed Brotherhood*, Hanover 1992.

Weißrussland war Teil des zaristischen „Ansiedlungsrayons“ und stark von seiner jüdischen Bevölkerung geprägt. Während die antijüdischen Pogrome im Russischen Reich in historischen Darstellungen allgegenwärtig sind, wird oft vergessen, dass die Grenzen des Imperiums wesentliche religiöse und kulturelle Zentren des osteuropäischen Judentums umschlossen.⁴⁴ Die Bedeutung jüdischer Gemeinden wie jener von Schklow oder Wilna, dem „Jerusalem des Ostens“, resultierten neben dem Wirken großer jüdischer Gelehrter an den religiösen Schulen im ausgehenden 18. und 19. Jahrhundert auch aus dem komplizierten wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungsgeflecht zwischen Juden, Russen und Polen als ökonomischen, Militär- und Verwaltungseliten sowie der weißrussischen und litauischen Landbevölkerung.⁴⁵ In den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts spielten Juden eine wichtige Rolle beim Aufbau von Bildungs- und Verwaltungsstrukturen in der Weißrussischen Sowjetrepublik (BSSR) und, seit 1939, bei der Sowjetisierung Ostpolens nach dem Hitler-Stalin-Pakt. Während es zahlreiche Arbeiten zur Welt des jüdischen Shtetl in Ostpolen gibt, sind das alltägliche Miteinander der Ethnien in der Sowjetunion – nach russischer wie sowjetischer Rechtspraxis war „Jude“ (evrej) die Bezeichnung einer Nationalität (national’nost’) und nicht die einer Religionsgemeinschaft – sowie der indigene Antisemitismus nur unzureichend dokumentiert. Wie schwer sich die Nachfahren der Kriegsteilnehmer beim Umgang mit der Historisierung des Krieges tun, haben zuletzt die Diskussionen über Bogdan Musials Buch „Konterrevolutionäre Elemente“ und die Beteiligung von Polen, Ukrainern und Weißrussen an den Judenmorden von 1941 gezeigt.⁴⁶

Die Zusammenarbeit zwischen Besatzungsverwaltung und Bevölkerung ist ein Spiegel der historischen Erfahrung von Herrschaft, Gewalt und Krieg. Diese Erfahrung, gemeinsam mit der Erinnerung an die vergleichsweise humanen Züge des deutschen Besatzungsregimes in Ober Ost und an die Schrecken der sowjetischen Annexion von 1939, erklärt, warum im Zweiten Weltkrieg viele Weißrussen, Polen und selbst Juden zunächst positive Erwartungen an die deutsche Okkupation hatten. Kollaboration, wertfrei verstanden im Sinne von Zusammenarbeit und Interaktion, auf lokaler Ebene und über Epochengrenzen hinweg zu rekonstruieren, ist eine zentrale Aufgabe der Weltkriegsgeschichte für Weißrussland. Ein solcher Ansatz macht regional begrenzte Studien wünschenswert. Dies schließt die Untersuchung von Dörfern und Städten ebenso ein wie die kleinerer Kollektive, etwa von Familien, Betriebsbelegschaften oder Behörden. Wesentliche Voraussetzung für einen derartigen Ansatz ist neben der Lösung der schwie-

44 Im Überblick Heiko Haumann, *Geschichte der Ostjuden*, München 1990.

45 David E. Fishman, *Russia’s First Modern Jews. The Jews of Shklov*, New York 1995.

46 Bogdan Musial, „Konterrevolutionäre Elemente sind zu erschießen“. Die Brutalisierung des deutsch-sowjetischen Krieges im Sommer 1941, Berlin 2000; vgl. dazu Karol Sauerland, *Der Ort der Gewalt. Was geschah wirklich in Jedwabne? Der polnische Historikerstreit hält an*. In: FAZ vom 3.2.2001.

rigen Quellenproblematik die gründliche Untersuchung der kulturellen und nationalen Identität von Weißrussen, Polen, Juden, Litauern, Russen und Ukrainern als Ergebnis von Polonisierung und Sowjetisierung der Zwischenkriegszeit.

Ausblick

Dem nationalsozialistischen Krieg und der anschließenden Neuordnung Osteuropas unter sowjetischer Regie ist die kulturelle und ethnische Vielfalt der Region zum Opfer gefallen. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg wurde unter sowjetischer Hegemonie die nationale Homogenisierung Ostmitteleuropas Wirklichkeit, von der – unter anderen Vorzeichen – schon die deutschen Siedlungsplaner der Jahrhundertwende geträumt hatten. Die Erinnerung an die kulturellen Traditionen hat sich mancherorts in der Diaspora erhalten, in Belarus, Litauen oder Polen ist sie verschüttet oder wird heute überlagert durch die Suche nach den jeweils „eigenen“ nationalen Wurzeln. Ein Zugang zu der untergegangenen Welt sind die Werke von polnischsprachigen Literaten wie Stanisław Vincenz, Jerzy Stempowski oder Czesław Miłosz, die dem vielfältigen Milieu der östlichen Grenzmarken Polens entstammten. Ihr literarisches Schaffen basiert auf der kulturellen Fülle des Grenzlandes.⁴⁷ Diese freizulegen und damit den Blick zu öffnen für die Geschichte des Krieges als Geschichte einer Region und der Menschen, die in ihr lebten, und nicht als Momentaufnahmen mit den Augen der Planer und Besatzer, ist eine wesentliche Aufgabe vergleichender Weltkriegsgeschichte. Bleibt das Gegenüber der Herrschenden unbeachtet, so läuft diese Gefahr, mit ihren Urteilen der Besatzungsrealität ebenso wenig gerecht zu werden, wie dies die deutschen „Ostlandfahrer“ in Ober Ost und im Generalkommissariat Weißruthenien taten.

47 Marek Klecel, Die Lektion des polnischen Essays. Ein Nachwort. In: ders. (Hg.), Polen zwischen Ost und West. Polnische Essays des 20. Jahrhunderts, Frankfurt a. M. 1995, S. 323–344.

Das deutsche Militär und die Verbrechen an den Juden im Zweiten Weltkrieg

Zwei Themenbereiche treffen hier aufeinander, die sich beide durch besondere Dimensionen auszeichnen. Ohne Zweifel war der Mord an den europäischen Juden das größte Verbrechen der nationalsozialistischen Diktatur. Dies gilt nicht nur von seinem Ausmaß her: Nach momentanem Kenntnisstand ist der Tod von 5,6 bis 5,7 Millionen Menschen aus 17 europäischen Ländern (und Nordafrika) zu beklagen; dies gilt auch für die Radikalität, nämlich die ausnahmslose, fast durchweg grausame Ermordung von Männern, Frauen und Kindern, die in kürzester Zeit, größtenteils in den 24 Monaten zwischen August 1941 und Juli 1943 ablief. Welche Rolle spielte dabei die größte staatliche Institution in dieser Diktatur, in der 18 Millionen Soldaten bis Kriegsende dienten (sieht man von dem der NSDAP angeschlossenen Verband Deutsche Arbeitsfront mit 23 Millionen Mitgliedern ab). Lassen sich überhaupt generelle Aussagen über eine solch gigantische, komplexe Struktur machen?

Im folgenden sind nicht noch einmal einzelne Mordaktionen hintereinander zu rekapitulieren, sondern es soll der Versuch unternommen werden, die verschiedenen Formen der Beteiligung von Militärs an diesen Verbrechen aufzuzeigen, um abschließend eine Analyse zu wagen.

Vergleichsweise gering nimmt sich der Anteil der bewaffneten Macht an der Verfolgung der Juden im sogenannten Altreich und in Österreich aus. Hier galt es vor allem, die wenigen Männer mit jüdischer Herkunft aus den eigenen Reihen auszuschließen, die es in der Reichswehr der Weimarer Republik gegeben hatte. Doch beschränkte sich dieses nicht auf diese personalpolitischen Maßnahmen. Innerhalb der Truppe verstärkte sich immer mehr die politische Propaganda, und dies hieß im Dritten Reich immer auch die Hetze gegen Juden im allgemeinen. In internen Schulungen und Mitteilungen verbreitete die innere Organisation der Wehrmacht über Jahre hinweg die Stereotypen, die auch das Regime propagierte.¹ Gerade vor neuen Feldzügen im Osten wurde „der Jude“ gegenüber den Soldaten im jeweiligen Gebiet als besonderer innerer Feind gebrandmarkt, und das selbst noch bei einem der letzten Eroberungszüge, im März 1944 gegen den einstigen Verbündeten Ungarn.²

- 1 Jürgen Förster, Wehrmacht, Krieg und Holocaust. In: Rolf-Dieter Müller/Hans-Erich Volkmann (Hg.), Die Wehrmacht. Mythos und Realität, München 1999, S. 948–963, hier S. 962.
- 2 Christian Gerlach/Götz Aly, Das letzte Kapitel. Realpolitik, Ideologie und der Mord an den ungarischen Juden, Stuttgart 2002, S. 104, 122 f.

Freilich blieb es auch im Reich nicht allein bei Propaganda. Die Wehrmacht wurde auch in die Judenverfolgung in Deutschland und Österreich einbezogen. So verhandelten die zuständigen Behörden mit dem Oberkommando der Wehrmacht über einzelne antijüdische Verordnungen, selbst bei der Erforschung der „Judenfrage“ schaltete sich OKW-Chef Keitel ein.³ Bei einer der ersten Deportationen aus dem Reich, 1940 aus der Saarpfalz, war die Wehrmacht in die Vorbereitungen involviert, da diese nach Frankreich führen, das weitgehend unter deutscher Militärverwaltung stand. Dienststellen der militärischen Abwehr, also des Militärgeheimdienstes, machten von sich aus Vorschläge zur Entrechtung oder meldeten angebliche Gesetzesverstöße von Juden, die ihnen bekannt geworden waren, an die Gestapo.⁴ An Massenmorden in der Heimat war die Wehrmacht bis 1944 nur innerhalb der Kriegsgefangenenlager beteiligt; freilich ging der Kenntnisstand darüber hinaus, da sich auch im Reich allmählich die Informationen aus dem Osten ausbreiteten.

Ein anderes Bild ergibt sich jedoch beim Blick in die besetzten Gebiete selbst. Vier Komplexe gilt es dabei näher zu betrachten, nämlich 1. eigenständige Tötungen durch Einheiten oder Soldaten der Wehrmacht, auch im Rahmen des Anti-Partisanenkampfes, 2. die Rolle der Militärverwaltungen beim Massenmord, also der Wehrmacht als Besatzungsorgan, 3. das Schicksal der jüdischen Kriegsgefangenen in deutscher Hand, und schließlich 4. die Zwangsarbeit von Juden für die Wehrmacht. Anschließend gilt es, mit Blick auf die letzten Monate des Regimes noch einmal zum Reich zurückzukehren.

Massenerschießungen

Die ersten Morde von Soldaten an Juden sind auf die Anfangstage des Zweiten Weltkrieges 1939 zu datieren. Nicht allein die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei, sondern auch Soldaten haben während des Polenfeldzuges Juden erschossen. Leider ist man hier noch auf ältere, teilweise unzuverlässige Forschungen angewiesen.⁵ Vermutlich schon in den ersten Septembertagen haben deutsche Soldaten jüdische Zivilisten getötet, meist unter Vorwänden wie fehlenden Ausweispapieren oder als Repressalie gegen Anschläge auf die Truppe. Oft tat sich die Geheime Feldpolizei, also die

3 Stellungnahmen zur 11. Durchführungsverordnung des sogenannten Reichsbürgergesetzes, November 1941 (Bundesarchiv-Militärarchiv, RW 19/1584, Bl. 165-173); Winfried Meyer, Unternehmen Sieben. Eine Rettungsaktion für vom Holocaust Bedrohte aus dem Amt Ausland/Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht, Frankfurt a. M. 1993, S. 107; Cornelia Essner, Die „Nürnberger Gesetze“ oder die Verwaltung des Rassenwahns 1933-1945, Paderborn 2002, S. 328.

4 Meyer, Unternehmen Sieben, S. 99 ff.

5 Szymon Datner, 55 dni Wehrmachtu w Polsce. Zbrodnie dokonane na polskiej ludności cywilnej w okresie 1 IX-25 X 1939, Warszawa 1967.

„Gestapo der Wehrmacht“, als besonders gewalttätig hervor.⁶ Insgesamt dürften während des Feldzuges einige Hundert polnischer Juden von Soldaten ermordet worden sein. Aktenkundig wurde dies in vielen Fällen durch die Kriegsgerichtsverfahren, die anschließend eingeleitet wurden und meist zu geringen Strafen führten, welche dann wiederum in einer Amnestie gänzlich aufgehoben wurden. Innerhalb der Truppe herrschte mancherorts bereits 1939 ein hohes rassistisches Aggressionspotential. Deutlich wird aber auch, dass sich ein Teil der Generalität noch vehement gegen diese Gewalt stellte.

Im sogenannten „Unternehmen Barbarossa“ anderthalb Jahre später war dies bekanntlich anders. Bisher sind zwar lediglich Einzelfälle bekannt, dass Fronttruppen beim Durchmarsch – vor allem durch Ostpolen – in den Kleinstädten Juden erschossen.⁷ Doch schon vor dem Einmarsch war es im Frühjahr 1941 in Polen vereinzelt zu mörderischen Ausschreitungen in Orten gekommen, in denen die gigantische Angriffsarmee auf ihren Einsatz wartete.

Ende Juni/Anfang Juli 1941 haben sich einzelne Soldaten vor allem an den zahlreichen Pogromen im Raum Bialystok, in der Westukraine und in Litauen beteiligt, die einheimische Milizen dort unter dem Vorwand gerade entdeckter sowjetischer Verbrechen organisierten. Oftmals fungierten Soldaten als gaffende Zuschauer oder Propaganda-Kompanien filmten, wenn die Milizionäre Juden auf offener Straße totschlügen. Vereinzelt wurden diese Gewaltorgien sogar von der Generalität gedeckt; nach kurzer Zeit aber wieder unterbunden, da man die „Manneszucht“ für gefährdet hielt. Trotzdem lassen sich Fälle von Pogromen durch Soldaten auch noch für die spätere Zeit ermitteln, so Ende August 1941 im ukrainischen Uman.⁸

Erheblich mehr Opfer als die Pogrome forderten die Massenerschießungen, die die Einsatzgruppen in den ersten Wochen des Feldzuges zu verüben begannen. Wenn ein solches Gemetzel als Vergeltung für NKVD-Verbrechen oder Angriffe von Heckenschützen deklariert werden konnte, stellte auch

6 Jochen Böhrer, Verbrechen der Wehrmacht in Polen, Magisterarbeit Universität Köln 1999, S. 60.

7 Christian Gerlach, Verbrechen deutscher Fronttruppen in Weißrußland 1941-1944. Eine Annäherung. In: Karl-Heinrich Pohl (Hg.), Wehrmacht und Vernichtungspolitik, Göttingen 1999, S. 89-114, hier S. 100.

8 Dieter Pohl, Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941-1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens, München 1996, S. 54-67; Hannes Heer, Einübung in den Holocaust: Lemberg Juni/Juli 1941. In: ZfG, 49 (2001), S. 409-427; Bernd Boll, Zloczow, Juli 1941: Die Wehrmacht und der Beginn des Holocaust in Galizien. In: ZfG, 50 (2002), S. 899-917. Wokól Jedwabnego. Red. Pawel Machcewicz, Krzysztof Persak. Warszawa 2002, Band 1, S. 46f.; Monatsbericht Oberfeldkommandantur Warschau für März/April 1941 (Institut für Zeitgeschichte, MA 679/2; für den Hinweis danke ich Peter Witte, Hemer).

die Wehrmacht hin und wieder Personal zur Absperrung oder sogar zur Erschießung, wie etwa in den Fällen Lutzk und Dubno sichtbar wird.⁹

Den formalen Rahmen von vermeintlichen Repressalmassakern verließ eine Einheit der Wehrmacht, die wohl die meisten Zivilisten auf dem Gewissen hat. Südlich Minsk war im Herbst 1941 die 707. Infanteriedivision stationiert, ein Verband aus Bayern, der eigentlich das Hinterland gegen die sporadisch auftretenden Partisanen sichern sollte. Der Divisionskommandeur, Freiherr von Bechtolsheim, war in Personalunion auch Wehrmachtkommandant von Weißruthenien, also in der Westhälfte Weißrusslands. Bechtolsheim erließ in dieser Eigenschaft laufend Befehle an seine Einheiten, die auf einen Völkermord hinausliefen; insbesondere die Juden aus den Landgemeinden sollten regelrecht ausgerottet werden, aber auch alle Roma. So erschoss insbesondere das Infanterie-Regiment 727 Ende 1941 an die 10 000 Juden. Zudem war Bechtolsheim das Reservepolizeibataillon 11 und diesem wiederum das litauische Schutzmannschaftsbataillon 12 unterstellt, die zusammen in etwa eben soviele Menschen auf dem Gewissen haben. Hier zeigte sich, welchen Einfluss ein Divisionskommandeur und seine Offiziere haben konnten. Faktisch übernahm er außerhalb der großen Städte die Funktion der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei, und dies mit kaum weniger verheerenden Ergebnissen.¹⁰

In Serbien ließ die Militärverwaltung, ohne großes Zutun der Polizei, nahezu alle jüdischen Männer durch Truppen erschießen, offiziell als Repressalie für Anschläge der Partisanen. Doch mit einem Zahlenverhältnis von 100 Geiseln für einen getöteten deutschen Soldaten und mit der gezielten Auswahl von Juden als Opfer war die Schwelle zum Völkermord längst überschritten.¹¹

Es ist inzwischen ein vielzitatierter Topos geworden, dass der Partisanenkampf in der Sowjetunion eigentlich nur ein Deckmantel zum Massenmord an den Juden gewesen sei, ja von einem Partisanenkrieg ohne Partisanen war die Rede. Doch haben neuere, sehr detaillierte Forschungen gezeigt, dass dies in seiner Pauschalität kaum aufrechterhalten werden kann. Der „Bandenkampf“, wie die deutsche Bezeichnung bald hieß, war durchaus eine Reaktion auf Sabotageakte, auf irregulär versprengte Soldaten oder Einheiten und bald auf regelrechte Partisanenarmeen. Doch war diese Reak-

9 Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942, Stuttgart 1981, S. 234; Verbrechen der Wehrmacht: Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944. Katalog zur Ausstellung. Hg. vom Hamburger Institut für Sozialforschung, Hamburg 2002, S. 124–127.

10 Zuerst: Raul Hilberg, Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933–1945, Frankfurt a. M. 1992, S. 76–79; differenzierend: Peter Lieb, Täter aus Überzeugung? Oberst Carl von Andrian und die Judenmorde der 707. Infanteriedivision 1941/42. In: VfZ, 50 (2002), S. 523–557.

11 Walter Manoschek, „Serbien ist judenfrei!“. Militärische Besatzungspolitik und Judenvernichtung in Serbien 1941/42, München 1993, S. 61–108.

tion der deutschen Seite von Anfang an ideologisch bestimmt: Zwar rechnete man im Vorhinein kaum mit dem Auftreten von Partisanen, trotzdem sollte auf die geringste Widersetzlichkeit, ja manchmal nur den Anschein einer feindlichen Haltung, die härteste Reaktion folgen. Das Völkerrecht war von Beginn an beiseite geschoben worden. Obwohl die Partisanen selbst eher nicht den direkten Kampf suchten, sondern die deutsche Herrschaft durch eine Politik der Nadelstiche unterminieren wollten, resultierte der Gegenschlag oft im Massenmord. Massenerschießungen in Dörfern, in denen angeblich Partisanen waren, Zerstörung ganzer Landstriche und Bildung von menschenleeren, sogenannten „toten Zonen“ gehörten in Regionen Weißrusslands und Russlands zum Alltag.

Offiziell wurden die Juden als Helfershelfer der Partisanen gebrandmarkt; bei einem gemeinsamen Anti-Partisanenlehrgang von Wehrmacht und Sicherheitspolizei führte die Sicherheitspolizei ihren Kollegen sogar eine Massenerschießung von 34 Juden vor. Bald wurden auch bei Wehrmacht-Unternehmen gegen Partisanen Juden ermordet, so 1941 durch die 62. Infanteriedivision in Mirgorod in der Ukraine.¹² Dies blieben jedoch anscheinend Ausnahmen: Unter 58 Großunternehmen zur Partisanenbekämpfung in Weißrussland waren mindestens fünf von Massenmorden an Juden begleitet (mit ca. 14 000 jüdischen Opfern), anscheinend aber keines mit substantieller Beteiligung der Wehrmacht. Wichtig ist hierbei der Zusammenhang, dass fast keine Juden mehr unter Militärverwaltung lebten, als die massiven Anti-Partisanenaktionen 1942 begannen. Die meisten Räumungen der Ghettos durch Massenmord, die sich in den Gebieten unter Zivilverwaltung abspielten, liefen dann vor den großen Anti-Partisanenaktionen ab. Und wenn dies tatsächlich zur gleichen Zeit geschah, so war es fast durchweg von SS und Polizei angeordnet und auch ausgeführt.¹³

Die nachweisbaren Fälle, in denen Wehrmachteinheiten Juden bei kleineren Anti-Partisanenaktionen erschossen, blieben nicht auf die Sowjetunion beschränkt. Sie sind auch etwa in Polen zu verzeichnen. Meist handelte es sich um solche Juden, die sich in Wäldern versteckten und nun zwischen die Fronten gerieten.¹⁴ Als eine Art Partisaneneinsatz sah es wohl eine Landesgeschützeinheit bei Lublin an, dass sie die jüdischen Häftlinge jagte, die beim Aufstand aus dem Vernichtungslager Sobibor geflüchtet waren.¹⁵ Ein

12 Truman O. Anderson, Die 62. Infanterie-Division. Repressalien im Heeresgebiet Süd, Oktober bis Dezember 1941. In: Hannes Heer/Klaus Naumann (Hg.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944, Hamburg 1995, S. 297–314, hier S. 303f.

13 Christian Gerlach, Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland, Hamburg 1999, S. 899 ff.

14 Vgl. Dieter Pohl, Von der „Judenpolitik“ zum Judenmord. Der Distrikt Lublin des Generalgouvernements 1939–1944, Frankfurt a. M. 1993, S. 152.

15 Das Sicherungsbataillon 689; vgl. Yitzhak Arad, Belzec, Sobibor, Treblinka. The „Aktion Reinhard“ Death Camps, Bloomington 1989, S. 335–337, 424; Vernehmung H. Wagner vom 21.10.1960 (Bundesarchiv Ludwigsburg 208 AR-Z 268/59 [Heß], Bd. 2, Bl. 306f.).

Pionierzug der Wehrmacht nahm an der Niederschlagung des Aufstandes im Warschauer Ghetto teil, der von zahlreichen Massakern begleitet war.¹⁶ In Frankreich fielen versteckte Juden 1944 manchmal den Aktionen der Wehrmacht gegen die Résistance zum Opfer.¹⁷ Insgesamt blieb die direkte Verflechtung von Anti-Partisanenaktionen und Mord an den Juden aber recht unsystematisch, sie lag mehr in der Propaganda und in der Selbstwahrnehmung der Beteiligten als in der tatsächlichen Vorgehensweise.

Verbrechen unter Militärverwaltung

In erster Linie stellte die Wehrmacht natürlich das Organ des nationalsozialistischen Deutschlands zur militärischen Eroberung anderer Länder dar. Doch zugleich übernahm sie in vielen besetzten Gebieten auch die Verwaltung. Dies war, historisch gesehen, nichts Neues, sondern der Normalfall in einem Krieg. Doch zeigten sich sehr bald gravierende Unterschiede zur Praxis aus dem Ersten Weltkrieg: Die Militärs sollten nun das Zepter schnell an zivile Besatzungsverwaltungen weitergeben, welche die neu eroberten Räume im nationalsozialistischen Sinne zu gestalten hatten. Doch bekanntlich verlief der Ostfeldzug nicht wie geplant, so dass die Hälfte der besetzten Sowjetunion auf Dauer unter Herrschaft der Wehrmacht verblieb. Und auch die Militärverwaltung selbst hatte entscheidende strukturelle Wandlungen erfahren: Die Organisationen zur Ausbeutung der Wirtschaft, die eine ganz eminente Rolle spielten, wurden teilweise ausgegliedert und direkt Göring unterstellt. In der eigentlichen Militärverwaltung tummelten sich Zivilisten, normale deutsche Beamte, gelegentlich aber auch SS-Führer. Vereinzelt gab die Militärverwaltung sogar Personal an die Gestapo ab, wie etwa Eichmanns Referent in Frankreich. Schließlich bestand die Geheime Feldpolizei zum Teil selbst aus Gestapo-Personal. Und man wird sicher nicht fehlgehen, zumindest unter den Militärverwaltern mit ziviler Herkunft einen überdurchschnittlich hohen Grad an Nazis zu vermuten. So war schon von vornherein keine unpolitische Besatzungsherrschaft des Militärs zu erwarten.

Die Militärverwaltung im 1939 besetzten Polen blieb relativ unbedeutend. Schon nach einigen Wochen wurde das Gebiet aufgegliedert und verschiedenen Zivilverwaltungen übergeben. Doch selbst in dieser kurzen Zeit zeichnete die Militärverwaltung verantwortlich für erste antijüdische Erlasse, wie Kennzeichnung der Juden, Registrierung ihres Vermögens und Enteignung.¹⁸ Langfristig wurden nur die dauerhaft eingerichteten Besatzungs-

16 Lagebericht Wehrkreiskommando Generalgouvernement vom 4. 5. 1943 (Institut für Zeitgeschichte, MA 1017, fr. 699).

17 Ahlrich Meyer, Die deutsche Besatzung in Frankreich 1940–1944. Widerstandsbe-kämpfung und Judenverfolgung, Darmstadt 2000, S. 134 ff.

18 Vgl. besonders das nur unzureichend rezipierte Buch von Hans Umbreit, Deutsche Militärverwaltungen 1938/39, Stuttgart 1977, bes. S. 205 ff.

apparate der Wehrmacht für die Judenverfolgung bedeutsam, so im besetzten Belgien und Nordfrankreich. Dort erließ der Militärbefehlshaber, meist im Verein mit der Kollaborationsregierung von Vichy, eine Reihe von Verwaltungsakten, die den Juden das Leben schwer machten. Im Herbst 1941 gingen die Militärs noch weiter. Nach Anschlägen seitens des kommunistischen Untergrunds entschloss man sich, vorzugsweise Juden als Geiseln zu erschießen, und unter diesen vor allem osteuropäische Einwanderer der letzten Jahre. So wollte der Militärbefehlshaber einen Aufruhr unter der französischen Bevölkerung vermeiden, die in der Regel wenig Sympathien für die Immigranten empfand. Schließlich begrüßte die Militärverwaltung die Möglichkeit, statt Geislerschießungen Deportationen in Konzentrationslager vorzunehmen; auch später, als die Bedeutung von Auschwitz durchgesickert war, unterstützte der Transportgeneral der Wehrmacht in Paris die Verschleppungen.¹⁹ Weder die massenhafte Gewalt noch die Beteiligung von Wehrmachtstellen daran waren also auf Osteuropa beschränkt.

Freilich erreichten sie im Osten ganz andere Dimensionen. In den besetzten sowjetischen Gebieten verwaltete die Wehrmacht in den ersten Wochen alle Gebiete, nach der sukzessiven Abgabe an die Zivilverwaltung nur noch die Osthälfte des Territoriums. Ganz vorne, im Rücken der Armeen, besaß das Militär nahezu die uneingeschränkte Oberhoheit und konnte sogar den Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei vorschreiben, wo diese zu operieren hatten.

Das Oberkommando des Heeres verordnete, dass Ghettos eingerichtet werden könnten, die Befehlshaber vor Ort waren für die antijüdischen Regelungen im Detail zuständig: Gesonderte Registrierung der Juden, Enteignung durch Zwangskontributionen, minimale Nahrungsrationen, Zwangsarbeit und anderes mehr gehörten zum Alltag der Militärverwalter. Besonders unappetitlich war darüber hinaus der wüste Antisemitismus in der Wehrmachtpropaganda, der die einheimische Bevölkerung in Flugblättern und Zeitungen auf die kommenden Ereignisse einstimmen sollte.

Doch Unterdrückung und Propaganda waren nur das Vorspiel. Fatalere Bedeutung erlangten die großen Zivilgefangenenlager der Wehrmacht. In Minsk wurden, ähnlich wie in anderen Städten, unmittelbar nach der Besetzung alle wehrfähigen Männer – Juden wie Nichtjuden – in einem gigantischen Lager interniert. Während man die Nichtjuden sukzessive freiließ, übernahm die Einsatzgruppe B die meisten Juden und erschoss sie.

Gerade in diesen ersten Wochen nach der Besetzung bahnte sich ein Völkermord ungeahnten Ausmaßes an. Fast alle großen Massaker beim Vormarsch von August 1941 bis Januar 1942 spielten sich unter Hoheit der Militärs ab. Meist verhandelten Kommandanturen und Einsatzgruppen vor-

19 Raul Hilberg, *Die Vernichtung der europäischen Juden*, Frankfurt a. M. 1990, S. 633 ff., 649 ff.; Meyer, *Die deutsche Besatzung in Frankreich*, S. 55 ff.; Wolfram Weber, *Die innere Sicherheit im besetzten Belgien und Nordfrankreich 1940–44. Ein Beitrag zur Geschichte der Besatzungsverwaltungen*, Düsseldorf 1978, S. 80 ff.

her über organisatorische Fragen, wie die Schonung von Fachkräften oder die Gestellung von Infrastruktur. Zunächst vor allem im Mittelabschnitt, dann besonders in der Ukraine entwickelte sich vielfach eine enge Zusammenarbeit bei der Vorbereitung der Massaker. Aller Wahrscheinlichkeit nach belieferte der Generalquartiermeister, der für die Versorgung des Heeres zuständig war, sogar den SS-Chef in der Ukraine mit Munition, damit dieser seine Massaker überhaupt durchführen konnte. In Babij Jar produzierte eine Propaganda-Kompanie die Plakate, mit denen die Juden Kiews zum Ort ihrer Ermordung gelockt wurden. Nach dem Gemetzel sprengten Pioniere der Wehrmacht die Grubenränder ab, um die Spuren des Verbrechens zu verwischen. Gelegentlich stellte die Wehrmacht darüber hinaus LKWs und Kräfte zur Bewachung der Konvois oder sogar einzelne Todesschützen, wie etwa beim großen Massaker in Simferopol auf der Krim. Schon im Januar 1942 war die Mehrzahl der Massenmorde an Juden unter Militärverwaltung beendet, freilich brachte die Eroberung des Kaukasus im Herbst 1942 weitere Opfer. Erstaunlich ist, mit welchem Eifer einzelne Kommandanturen nun nach den letzten Überlebenden fahndeten, die man für besonders gefährlich hielt. Meist übergab man die Aufgegriffenen der Sicherheitspolizei zur Ermordung. Insgesamt wurden an die 500 000 sowjetische Juden unter militärischer Hoheit ermordet, davon ein erheblicher Teil mit Hilfe der Militärverwaltung.²⁰

Doch auch in anderen Ländern, die unter Besatzungsherrschaft der Wehrmacht standen, hatte diese Anteil an der Ermordung der Juden. Der Fall Serbien wurde erwähnt. Auch erhebliche Teile Griechenlands standen unter Verwaltung der Militärs, darunter Saloniki mit seiner großen und traditionsreichen jüdischen Gemeinde. Die Militärverwaltung sorgte auch hier für die Entrechtung, Ausbeutung und Unterdrückung. Schließlich half sie der Sicherheitspolizei bei den Deportationen nach Auschwitz. Der Sturz Mussolinis 1943 brachte schließlich die Juden in den bisher italienisch besetzten Teilen des Landes ebenso unter deutsche Kontrolle, ihr Schicksal glich nun dem in den anderen Gebieten.²¹ Ähnliches galt für Belgien und Nordfrankreich, wenn auch hier SS und Polizei allmählich die Oberhand bekamen. Doch selbst bei Deportationen aus Belgien wurde in Einzelfällen Feldgendarmarie, die einfache Polizei der Wehrmacht, eingesetzt.²² Insgesamt spielten die Militärverwaltungen also eine fundamentale Rolle bei der Ermordung der Juden, besonders in Ost- und Südosteuropa, in eingeschränktem Maße auch im Westen.

20 Dieter Pohl, Die Wehrmacht und der Mord an den Juden in den besetzten sowjetischen Gebieten. In: Wolf Kaiser (Hg.), Täter im Vernichtungskrieg. Der Überfall auf die Sowjetunion und der Völkermord an den Juden, Berlin 2002, S. 39–53.

21 Mark Mazower, Inside Hitler's Greece. The Experience of Occupation 1941–44, New Haven 1993, S. 235 ff.

22 Vgl. Urteil Bezirksgericht Halle 1 Ks 119/55 vom 15. 6. 1955.

In den zivil verwalteten Gebieten lag die Hoheit nicht mehr bei der Wehrmacht, doch waren auch hier Kommandanturen und Sicherungstruppen stationiert, wenngleich in geringeren Stärken und mit reduzierten Kompetenzen. Das berühmte „Durchgangsghetto“ im böhmischen Theresienstadt konnte erst eingerichtet werden, nachdem die Wehrmacht das Gelände an die Sicherheitspolizei abgetreten hatte.²³ In Polen waren Einheiten der Wehrmacht direkt an der „Endlösung der Judenfrage“ beteiligt, freilich weit seltener als in der Sowjetunion. Beklagte die Polizei vor den Ghettoräumungen Personalangel, so sprangen gelegentlich in der Nähe stationierte Sicherungsverbände ein, etwa zur Abriegelung der Verschleppungen.²⁴ Einzelne Einheiten erschossen auch in Polen aus eigenen Stücken Juden. Wenig weiß man bisher über die Rolle der Militärs bei den Deportationen nach den späteren Besetzungen, also 1944 in Ungarn und der Slowakei.²⁵ Bei den Razzien des Oktober 1943 auf Juden im besetzten Rom waren Wehrmachtseinheiten beteiligt.²⁶ In Gebieten, die unter Zivilverwaltung standen, übernahmen also einzelne Einheiten und Dienststellen von Fall zu Fall Hilfsfunktionen bei der Deportation.

Die jüdischen Kriegsgefangenen

Das Gewicht der Verantwortung verschiebt sich eindeutig in Richtung Wehrmacht, wenn man das Schicksal der jüdischen Kriegsgefangenen näher unter die Lupe nimmt. Bis 1944 standen diese fast ausschließlich unter Hoheit der bewaffneten Macht. In großer Zahl nahm die Wehrmacht bereits 1939 jüdische Soldaten der polnischen Armee gefangen, etwa 65 000 Männer. Schon hier zeigte sich das Prinzip der schlechteren Behandlung: Jüdische Kriegsgefangene sortierte man in den Stammlagern aus, brachte sie in isolierten Flächen unter, wo sie meist schlechter ernährt und behandelt wurden als die anderen Polen. Vermutlich starben so 25 000 der Männer in den Lagern. Dennoch fielen die gefangenen Juden noch nicht direkten Massenmorden zum Opfer. Im Laufe der Zeit entließ man die Überlebenden vorzugsweise in ihre Heimatgegenden, wo sie in Einzelfällen sofort, meist aber zusammen mit den anderen Juden 1942 von der Polizei ermordet wurden.²⁷ Nur wenig

23 Jan Björn Potthast, *Das jüdische Zentralmuseum der SS in Prag. Gegnerforschung und Völkermord im Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M. 2002, S. 137 ff.

24 Beispielsweise das Landeschützenbataillon 990 in Lemberg, vgl. Pohl, *Nationalsozialistische Judenverfolgung*, S. 288.

25 Die Transporte aus der Slowakei nach Auschwitz liefen 1944 als Wehrmachtstransporte; Hilberg, *Vernichtung der europäischen Juden*, S. 793.

26 Teile des 2. Fallschirmjägerregiments; ebd., S. 715.

27 Shmuel Krakowski, *The Fate of Jewish POWs of the Soviet and Polish Armies*. In: Asher Cohen/Yehoyakim Cochavi/Yoav Gelber (Hg.), *The Shoah and the War*, New York 1992, S. 233–244.

weiß man über das Schicksal jüdischer Männer, die im April 1941 in der jugoslawischen Armee gegen die Wehrmacht kämpften. Sie wurden anscheinend zunächst zusammen mit den Nichtjuden in Lagern im Reich festgehalten, dann aber aussortiert, ins besetzte Jugoslawien deportiert und dort ermordet.²⁸

Eindeutig stellt sich die Rolle der Wehrmacht bei der Ermordung der jüdischen Rotarmisten dar, die von Anfang an als besonders gefährliche Kriegsgefangene galten. In Einzelfällen haben wohl schon Fronttruppen Feindsoldaten – ähnlich wie die Kommissare – bei der Gefangennahme erschossen, wenn sie diese als Juden identifizierten.²⁹ Die sowjetischen Soldaten, die in deutsche Lager gelangten, mussten sich einer Selektion unterziehen. Seit Ende Juli 1941 galt die Anordnung, alle Juden getrennt unterzubringen, praktiziert wurde dies anscheinend aber bereits in den ersten Feldzugstagen. Auch gestatteten viele Lagerleitungen den Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei bereits frühzeitig den Zugang zu den Geländen, obwohl dies offiziell erst ab Oktober 1941 im Operationsgebiet genehmigt war. Nur wenige Lagerleiter setzten sich gegen solche Ansinnen zur Wehr. Meist hatten die Abwehroffiziere der Lager die Juden unter den Kriegsgefangenen frühzeitig ausfindig gemacht, etwa mit Hilfe von Denunziationen. Gelegentlich wurden dabei „versehentlich“ sogar Mohammedaner selektiert, weil sie ebenso wie die jüdischen Männer beschnitten waren. Die Kommandos der Sicherheitspolizei ermordeten dann die Opfer. Viele Lagerkommandanten ließen die Juden in ihrer Obhut aber kurzerhand durch die eigenen Bewacher aus den Landeschützenbataillonen erschießen.³⁰ Es gibt kaum Informationen darüber, ob jüdische Kriegsgefangene auch weiter nach Westen transportiert wurden und bis in die Lager im Reich gelangten. Auf jeden Fall fahndete man dort ebenso nach ihnen; Ausgesonderte erschoss die Gestapo dann nicht mehr in Lagernähe, sondern in den Konzentrationslagern.

Während die Vernichtungsbefehle gegen die Politkommissare der Roten Armee 1942 allmählich aufgehoben wurden, ging die Überstellung der jüdischen Kriegsgefangenen auch 1943 noch weiter. Da nur ganz sporadische Einzelmeldungen über alle diese Verbrechen vorhanden sind, ist man auf statistische Berechnungen angewiesen, um die Zahl der Opfer abzuschätzen; man kann davon ausgehen, dass mindestens 50 000 jüdische Rotarmisten dabei den Tod fanden. Anscheinend gelang es jedoch vielen jüdischen Kriegsgefangenen, ihre Herkunft zu verleugnen. Es sind aber nur vergleichs-

28 Mitteilung Prof. Dr. Walter Manoschek, Wien. Vgl. Hayalim Yehudim mi-Yugoslavyah ki-shevuyeh milhamah be-Germanyah ha-Natsit. Albom zikaron bi-melot yovel la-shihur, 1945–1995. Bearb. von G'eni Lebel, Tel-Aviv 1995.

29 Vgl. Gerlach, Fronttruppen, S. 100.

30 Alfred Streim, Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im „Fall Barbarossa“. Eine Dokumentation, Heidelberg 1981, S. 129ff.

weise wenige Überlebende bekannt, deren jüdische Herkunft identifiziert wurde und denen frühzeitig die Flucht gelang.³¹

Anders gestaltete sich das Schicksal von jüdischen Männern, die als Soldaten der Westalliierten in deutsche Gefangenschaft gerieten. Zwar gab es auch hier Fälle der Absonderung innerhalb der Lager, aber selbst Bomberpiloten scheinen nicht getrennt nach Religionszugehörigkeit behandelt worden zu sein. Dies ist vermutlich auf die Furcht vor Repressalien gegen deutsche Kriegsgefangene im Westen zurückzuführen. Freilich haben auch viele westalliierte Soldaten die Gefangenschaft im Reich nicht überlebt.³²

Zwangsarbeit und Endphase

Nicht nur Kriegsgefangene mussten für die Wehrmacht arbeiten, sondern unter bestimmten Konstellationen auch jüdische Zivilisten. An der Zwangsrekrutierung von Juden für Arbeitslager und -kolonnen im Reich hatte auch die Wehrmacht einen kleinen Anteil. So forderte etwa die Leergutsammelstelle Wien im Sommer 1941 jüdische Zwangsarbeiter an.³³ Herrschten schon im Reich schwere Arbeitsbedingungen, so konnte die Zwangsarbeit für die Juden in den besetzten Gebieten tödliche Folgen haben. Fast überall in Polen und der Sowjetunion rekrutierten militärische Dienststellen jüdische Arbeiter, deren Wohl und Wehe von den Vorgesetzten abhing. Zwar waren Misshandlungen und sogar Morde am Arbeitsplatz nicht eben selten, doch wurde die direkte Beschäftigung bei Wehrmachtstellen sehr bald eingeschränkt, ja sie bot ab 1942 unter den Bedingungen des Massenmordes zusehends lebensrettenden Schutz. Einige militärische Vorgesetzte haben sich vehement für das Leben ihrer jüdischen Arbeiter eingesetzt.³⁴ Kaum bekannt ist, dass auch das deutsche Afrikakorps Juden zur Zwangsarbeit heranziehen ließ. Die Judenverfolgung gestaltete sich in Nordafrika nicht so mörderisch wie in Europa, doch starben einige der Zwangsarbeiter an den enormen Strapazen, in Tunesien etwa 100 der 5 000 Internierten.³⁵

31 Krakowski, *Fate of Jewish POWs*, geht von einer Zahl von 85 000 Opfern aus. Yitzhak Arad gelangt in neueren unveröffentlichten Forschungen zu einer niedrigeren Zahl, etwa 70 000 Männer. Die sowjetische Repatriierungskommission verzeichnete 1945 mindestens 4457 Juden unter den repatriierten Kriegsgefangenen, *Rossija i SSSR v vojnach XX veka. Statisticeskoe issledovanie*, Moskva 2001, S. 463. Vermutlich ist deren Zahl aber noch höher.

32 Vgl. Mitchell G. Bard, *Forgotten Victims. The Abandonment of Americans in Hitler's Camps*, Boulder 1994.

33 Wolf Gruner, *Zwangsarbeit und Verfolgung österreichischer Juden im NS-Staat*, Wien 2000, S. 277–279.

34 Vgl. Wolfram Wette (Hg.), *Retter in Uniform. Handlungsspielräume im Vernichtungskrieg der Wehrmacht*, Frankfurt a. M. 2002.

35 Vgl. Peter Longerich (Hg.), *Die Ermordung der europäischen Juden*, München 1989, S. 255f.; Michel Abitbol, *Les Juifs d'Afrique du Nord sous Vichy*, Paris 1983, S. 127ff.

Ebenso wenig erforscht sind Berührungspunkte zwischen der Wehrmacht und dem KZ-System, so etwa die Überstellung von Soldaten – meist älterer Jahrgänge – zur Bewachung von Lagern in den letzten Monaten des Regimes.³⁶ Mit Ausnahme von Auschwitz und Majdanek befanden sich allerdings vor Mitte 1943 vergleichsweise wenig Juden in den Konzentrationslagern. Die über 20 000 Soldaten, die ab März 1944 als Bewacher in die KZ kamen, waren jedoch explizit für eine neue Häftlingsgruppe, die gerade deportierten ungarischen Juden, eingesetzt. Seit dem Rückzug an allen Fronten ab Sommer 1944 wurden weitere jüdische Zwangsarbeiter in das KZ-System eingegliedert. Die Bewacher aus der Wehrmacht wurden nun nicht nur an die SS überstellt, sondern dieser auch quasi angegliedert. Gerade in den letzten Wochen des Krieges bewachten auch andere Wehrmachtangehörige Juden in den KZ, so wurden ungarische Hilfskompanien im April 1945 zur Abriegelung des Massensterbens in Bergen-Belsen herangezogen, wobei sie zahlreiche Häftlinge erschossen.³⁷

Darüber hinaus entziehen sich einzelne Morde von Soldaten an Juden seit den Rückzügen 1944, vor allem aber in den letzten vier Monaten vor Kriegsende, bisher einer systematischen Erfassung, da sie meist unter recht unterschiedlichen lokalen Bedingungen stattfanden. Zahlreiche Einzelfälle sind jedoch bekannt. Schon beim Abzug aus der Südukraine Anfang 1944 häuften sich die Vorkommnisse, dass deutsche Soldaten Juden in Transnistrien, die unter rumänischer Besatzung überlebt hatten, massakrierten.³⁸ In der Schlacht von Budapest im Januar 1945 nutzten deutsche Einheiten Juden als lebende Schutzschilde.³⁹

Wie schon bei der Bewachung der KZ ist in der Endphase eine Auflösung institutioneller Trennungen zu beobachten. Wehrmachtverbände agierten nun fast überall im Reich, während in vielen deutschen und österreichischen Orten die letzten jüdischen Überlebenden interniert oder zwangsweise bei den Evakuierungen unterwegs waren. Freilich machten die Juden nur noch eine Minderheit unter allen Häftlingen aus; in einzelnen Fällen wurden diese noch während der letzten Kriegstage durch Soldaten ermordet. Das Zusammentreffen beruhte meist auf Zufällen, die Verbrechen auf der individuellen Motivation der Täter.

36 Bertrand Perz, Wehrmattsangehörige als KZ-Bewacher. In: Walter Manoschek (Hg.), Die Wehrmacht im Rassenkrieg. Der Vernichtungskrieg hinter der Front, Wien 1996, S. 168–181. Heinz Boberach, Die Überführung von Soldaten des Heeres und der Luftwaffe in die SS-Totenkopfverbände zur Bewachung von Konzentrationslagern 1944. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 34 (1983), S. 185–190.

37 Alexandra-Eileen Wenck, Zwischen Menschenhandel und „Endlösung“. Das Konzentrationslager Bergen-Belsen, Paderborn 2000, S. 381.

38 Radu Ioanid, The Holocaust in Romania. The Destruction of Jews and Gypsies Under the Antonescu Regime 1940–1944, Chicago 2000, S. 193; vgl. Longerich, Ermordung, S. 138.

39 Gerlach/Aly, Das letzte Kapitel, S. 370.

Hintergründe

Versucht man nun eine Analyse dieser Vorgänge, so kann man bereits den verschiedenen Formen der Beteiligung erste Hinweise auf die Frage nach den Zusammenhängen entnehmen. Wie kaum anders zu erwarten, war die Verantwortlichkeit dort am größten, wo die Wehrmacht die Hoheit innehatte, also in den Gebieten unter Militärverwaltung und in den Kriegsgefangenenlagern. Dabei gestalteten sich die Handlungsspielräume oftmals recht weit: Die Militärverwaltung hatte zwar die Anweisung, diskriminierende Maßnahmen gegen Juden zu ergreifen; doch keineswegs, bei den Mordaktionen mitzuwirken oder gar selbst Massaker an Juden anzurichten. Entscheidend war eben, wie eng man mit dem SS/Polizei-Apparat zusammenarbeiten wollte. In den Kriegsgefangenenlagern waren die Spielräume schon geringer; es bestand kaum die Möglichkeit, die Sicherheitspolizei auf Dauer von den Gefangenen fernzuhalten. Aber auch hier stellte sich die Frage von Rettungsversuchen den Zeitgenossen meist nicht, vielmehr haben Lagerkommandanten unerwünschte Gefangene oft auch auf eigene Initiative erschießen lassen.

Was im Großen die sogenannte vollziehende Gewalt darstellte, war im Kleinen die Ermächtigung der Offiziere. Die Durchführung des Kommissarbefehls, die Organisation von Repressalerschießungen und die disziplinarische Aufsicht über die Soldaten lag in der Hand von Offizieren. Hier fällt das Bild differenzierter aus als in der Militärverwaltung und in den Kriegsgefangenenlagern. Es sind sowohl radikale Nazis zu finden als auch Offiziere, die die Vernichtungsmaßnahmen zu unterlaufen suchten. Schließlich die Masse der Soldaten: Sie hatte im Truppenverband nur wenig alternative Handlungsmöglichkeiten. Freilich war, formal gesehen, niemand gezwungen, bei der Ermordung von Zivilisten mitzumachen. Die Zahl der Soldaten, die aus eigenen Stücken an Pogromen oder anderen antijüdischen Ausschreitungen teilgenommen haben, dürfte vergleichsweise gering sein. Und auch hier stand der disziplinarische Vorgesetzte in der Pflicht, solche Verbrechen zu unterbinden.

Wo lagen nun die Ursachen dieser institutionellen und individuellen Beteiligung an Massenverbrechen? Sicher wird man zuerst einen Blick auf die Zusammenhänge richten müssen, in denen die Morde standen. Eine nahezu schrankenlose Besatzungsherrschaft in der Sowjetunion war durch die teilweise Aufhebung der Kriegsgerichtsbarkeit vorgezeichnet. Dem einzelnen, insbesondere den Offizieren, fiel enorme Macht zu, die er mit bewaffneten Kräften ausüben konnte. Freilich zeigen sich auch deutliche Unterschiede zum SS- und Polizeiapparat: Dieser war erheblich enger an die nationalsozialistische Führung gebunden, ideologisch in Kernbereichen viel homogener, und vor allem: SS und Polizei verfügten über allgemeine Ermächtigungen und konkrete Befehle, Massenverbrechen auszuüben. Sozusagen im Mittelfeld zwischen Wehrmacht und SS-Polizeiapparat war die Waffen-SS

angesiedelt, die zwar generell einen Kampfauftrag hatte, von denen aber einzelne Einheiten, insbesondere zwei SS-Brigaden, streckenweise durchgängig zu Massenmorden an der Zivilbevölkerung eingesetzt wurden.

Entscheidend für die Judenverfolgung war natürlich die ideologische Motivation des einzelnen und der Gruppe. Man kann davon ausgehen, dass die Masse der Soldaten, also vor allem die Mannschaften, einen repräsentativen Querschnitt durch die männliche Bevölkerung des Reiches im Alter von 18 bis 40 Jahren darstellte. Hier herrschte zweifellos ein antisemitischer Grundkonsens, auch wenn dieser keineswegs im Mord enden musste. Beim Offizierskorps ist eine etwas höhere Nazifizierung spürbar, im Antisemitismus waren sich aber sowohl die Offiziere allgemein als auch die Generalität im speziellen, die als eher weniger nazifiziert gelten kann, ähnlich.

Fatal wirkte sich insbesondere die Verbindung von Antikommunismus und Antisemitismus aus, das alte Vorurteil, die kommunistische Bewegung bestehe in ihrer Mehrheit aus Menschen jüdischer Herkunft. Diese Vorstellung war spätestens seit 1919 in Teilen der Bevölkerung virulent. Im „Unternehmen Barbarossa“ ging diese Identifizierung noch erheblich weiter: Alle sowjetische Juden, wenn auch vorzugsweise die erwachsenen Männer unter ihnen, wurden als die soziale Basis des Sowjetregimes angesehen.

Während dies in der Sicherheitspolizei anscheinend als Legitimierung ausreichte, um Massenerschießungen größten Ausmaßes zu organisieren, sah man sich im Militär, und hier insbesondere an den entscheidenden Stellen, eher als reagierend an: Vermeintliche Repressalien für NKVD-Verbrechen, für Anschläge auf deutsche Truppen oder lediglich für das Durchschneiden eines Telefonkabels, glaubte man weitgehend legitimieren zu können. Mit der Ermordung jüdischer Männer hoffte man, dem Widerstand im Hinterland den Boden entzogen zu haben. Und jüdische Kriegsgefangene standen unter den deutschen Funktionären im Ruf, besonders ideologisiert zu sein. Die Grenze des Erlaubten schien vielen Militärs erst erreicht, als auch Frauen und Kinder ermordet wurden. Nun regten sich vereinzelt, manchmal sogar massive Proteste. Hier ist ein deutlicher Unterschied zu SS und Polizei markiert, wo Kritik allenfalls sehr vereinzelt und unterschwellig zu spüren war.

Doch viele Militärs, gerade in der Besatzungsverwaltung, forcierten die Massenmorde: Nicht nur die jüdischen Männer seien gefährlich, die ganze Bevölkerung liege der Lebensmittelversorgung zur Last; oft Frauen und Kinder, deren Ernährer bereits ermordet war. So lancierten die Militärverwalter schon Ende August 1941, man solle doch bestimmte Gruppen von Juden irgendwohin abschieben. Als jedoch sichtbar wurde, dass SS und Polizei die Juden nicht abschieben, sondern massakrierten, wurde auch dies in den meisten Feld- und Ortskommandanturen akzeptiert. Die Militärkommandanten der griechischen Inseln forderten mit ähnlichen Begründun-

gen noch 1944 den Abtransport der Juden, der dann in Auschwitz endete.⁴⁰ Jedes, wirklich jedes Mittel schien gerechtfertigt, um vermeintliche Versorgungsengpässe oder den Mangel an Wohnungen zu lindern. Dass man hier jedoch nicht von wirklich ökonomischen Motiven sprechen kann, liegt auf der Hand. Vermeintliche Zwangslagen, oft selbst produziert, dienten zur offenen Legitimierung und inneren Rationalisierung eines aus rassistischen Gründen begangenen Verbrechens.

Doch wieviele Angehörige der Wehrmacht waren nun tatsächlich an den Morden direkt oder indirekt beteiligt? Man wird hier vor allem die verantwortlichen Einheiten und Dienststellen zahlenmäßig erfassen müssen, individuelle Taten entziehen sich einer Quantifizierung. Als schwierig erweist sich hier vor allem die Zuordnung bestimmter Taten zu ganzen Einheiten, also etwa Regiment, Bataillon oder Kompanie. Sieht man sich nun die beteiligten Institutionen in ganz Europa an, so kommt man sicher auf einige Zehntausend Männer: Deutsche, Österreicher und Auslandsdeutsche; dazu einheimische Osttruppen oder andere Hilfskräfte, die etwa bei der Bewachung von Kriegsgefangenen eingesetzt waren. Zu nennen sind Teile der Militärverwaltung, der Sicherungstruppen, der Geheimen Feldpolizei, manchmal Feldgendarmarie, aber vergleichsweise wenige Fronteinheiten; so oft zur Sicherung eingesetzte Verbände oder spät aufgestellte Infanterie, etwa das berüchtigte Infanterie-Regiment 727. Ganz überwiegend handelte es sich bei den Tätern um Angehörige des Heeres bzw. der Spitzen- und Wirtschaftsorganisationen, des öfteren aber auch um Soldaten der Luftwaffe, die generell als höher nazifiziert gelten, in Einzelfällen sogar um Marinesoldaten, wie z. B. bei der Ortskommandantur im lettischen Libau.⁴¹

Gemessen am Gesamtpersonal von 18 Millionen sehen wir hier einen verschwindend geringen Prozentsatz, ziemlich sicher unter ein Prozent. Freilich ist das nur eine von vielen möglichen Perspektiven. Erheblich mehr Angehörige der Wehrmacht waren an Verbrechen gegen andere Opfergruppen beteiligt, so bei den sowjetischen Kriegsgefangenen, bei den Massakern an Bauern im Anti-Partisanenkampf, den Morden an Roma, an Behinderten in Anstalten und anderen. Unter den Tätern und Tatbeteiligten beim Judenmord, deren Umfang heute auf 200 000 bis 250 000 Deutsche und Österreicher geschätzt wird, ist die Zahl der Soldaten nicht unerheblich. Zwar waren die Täter nach 1945 Gegenstand intensiver staatsanwaltschaftlicher Ermitt-

40 Zu Korfu und Rhodos vgl. Hilberg, Vernichtung der europäischen Juden, S. 751–755, auch zu vereinzelt Protesten.

41 Beispielsweise die 6. Fluganwärterkompanie; Justiz und NS-Verbrechen. Die deutschen Strafverfahren wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen. Band 24, Amsterdam 1998, Nr. 639; Margers Vestermanis, Ortskommandantur Libau. Zwei Monate deutscher Besatzung im Sommer 1941. In: Heer/Naumann, Vernichtungskrieg, S. 241–259.

lungen. Allerdings kam kaum ein Beschuldigter aus der Wehrmacht in der Bundesrepublik vor Gericht.⁴²

Doch gab es innerhalb der Wehrmacht nicht nur Täter beim Judenmord, sondern auch eine noch kleinere Minderheit von Männern, die Juden zum Teil unter abenteuerlichen Umständen das Leben retteten; die moralische Bedeutung dieser Aktionen kann man heute gar nicht hoch genug einschätzen. Auch spielte die Kenntnis vom Völkermord für die Motivierung des militärischen Widerstandes durchaus eine beachtliche Rolle; man denke etwa an die Hilfsaktionen im engsten Zirkel der militärischen Abwehr.⁴³ Erheblich zahlreicher sind die Fälle, in denen Wehrmächteinheiten quasi um „Amtshilfe“ bei antijüdischen Aktionen angegangen wurden, diese aber verweigerten; so geschehen etwa bei der Verhaftung der dänischen Juden.⁴⁴

Für eine Gesamtinterpretation, die die Rolle von Struktur, allgemeinen Aufgaben, Einstellung bei der tatsächliche Beteiligung an der Verfolgung analysiert, müssten zum Vergleich auch die ausländischen Heere, die an deutscher Seite kämpften, herangezogen werden. Rumänische Verbände haben in der Südwestukraine riesige Massaker an Juden angerichtet, die ungarische Armee führte eigene Zwangsarbeitsbataillone, die aus jüdischen Ungarn bestanden, mit sich. Im Rahmen des Anti-Partisanenkampfes haben ungarische Militärs zahllose Zivilisten umgebracht, unter ihnen vereinzelt auch Juden. Auch slowakische Einheiten, die große Massaker in den Pripjat-Sümpfen zu verantworten haben, stehen im Verdacht, an der Judenverfolgung teilgenommen zu haben; in Einzelfällen wohl sogar auch Italiener an der Ostfront. Lediglich die mit Deutschland verbündeten Finnen zeigten offensichtlich, dass es auch anders ging. Sie marschierten sogar mit jüdischen Soldaten in die Sowjetunion ein.⁴⁵ Doch in diesen Themenbereichen besteht noch erheblicher Klärungsbedarf. Die Frage bleibt also: War es eine spezifisch deutsche Einstellung, waren es die Rahmenbefehle, war es die Struktur der Truppe oder spielen hier mehr situative Faktoren eine Rolle?

42 Vgl. Norbert Kunz, Die Feld- und Ortskommandanturen auf der Krim und der Judenmord 1941/42. In: Kaiser, Täter im Vernichtungskrieg, S. 54–70; Urteil LG Düsseldorf 8 Ks 1/68 ./ Pallmann u. a. vom 21. 8. 1969 (Institut für Zeitgeschichte, Gd 05.22); vgl. auch Justiz und NS-Verbrechen, Band 13, Amsterdam 1975, Nr. 426 (Infanterie-Regiment 691).

43 Meyer, Unternehmen Sieben, S. 107 ff.

44 Klaus-Richard Böhme, Kriegsverbrechen in Norwegen und Dänemark. In: Gerd R. Ueberschär/Wolfram Wette (Hg.), Kriegsverbrechen im 20. Jahrhundert, Darmstadt 2001, S. 235–246, hier S. 236.

45 Ioanid, Holocaust in Romania, S. 179–182 und passim; zu den Verbrechen ungarischer Einheiten in der Ukraine forscht Krisztian Ungvary, Budapest; zu slowakischen Massakern beim Antipartisanenkrieg vgl. Bericht Wehrmachtbefehlshaber Ukraine, Nr. 6 vom 24. 3. 1942 (Bundesarchiv-Militärarchiv RW 41/1). Zur finnischen Armee: Hannu Rautkallio, „Cast into the Lion’s Den“. Finnish Jewish Soldiers in the Second World War. In: Journal of Contemporary History, 29 (1994), S. 53–94.

Da die Wehrmacht selbst insgesamt nicht den Auftrag hatte, die Juden zu ermorden, eröffnet erst die Perspektive der Kompetenzen, der Arbeitsteilung und der Kooperation den Blick auf das Ganze. Insofern reicht es nicht aus, die Wehrmacht aus dem System herauszuisolieren. Angesichts ihrer enormen Größe, ihrer Bedeutung für die Politik des Dritten Reiches auf der einen Seite und des arbeitsteiligen Vorgehens beim Völkermord auf der anderen konnte es gar nicht ausbleiben, dass die bewaffnete Macht mit der Judenverfolgung in Berührung kam. Die beiden wichtigsten Führungsinstanzen, das Oberkommando der Wehrmacht und das Oberkommando des Heeres, tragen entscheidende Verantwortung für die Integration der Armee in nationalsozialistische Massenverbrechen. Militärverwaltungen vor allem in der Sowjetunion und in Serbien, aber auch ein Teil der dortigen Oberbefehlshaber, entwickelten sich sogar zu einer treibenden Kraft bei diesen Verbrechen. Ihre Kollegen in Frankreich und Griechenland waren an der Unterdrückung und Deportation der Juden beteiligt. Und die Organisation des Kriegsgefangenenwesens trägt nicht nur die Verantwortung für das Hungersterben unter den gefangenen Rotarmisten allgemein, sondern auch für die Ermordung der Juden unter ihnen. Darüber hinaus ergibt sich jedoch ein sehr vielfältiges Bild, dessen Facetten längst noch nicht gründlich erforscht sind. Insofern wird man sich vor plakativen Aussagen hüten müssen und sollte sich statt dessen mehr darum bemühen, die Beteiligung der Wehrmacht an Massenverbrechen konkret zu rekonstruieren, und dann zu analysieren, wie es dazu kam. Letztendlich gilt für die Wehrmacht genauso wie für alle anderen Bereiche im „Dritten Reich“: In diesem System konnte sich kaum eine Institution auf Dauer dem verbrecherischen Tun des Regimes entziehen, insbesondere dann nicht, wenn sie eine so eminente Bedeutung hatte wie die Wehrmacht. Die Machthaber, aber auch die verantwortlichen Militärs, haben die Wertschätzung für ein Menschenleben, sei es von Juden, Ausländern oder anderen, in einem katastrophalen Ausmaß herabgesetzt. Die Frage bleibt also, inwieweit die Menschen diesen Spielraum, der sich ihnen in moralischer Hinsicht eröffnete, ausnutzten, oder ob sie doch erkannten, dass es sich hier um einen niederträchtigen, blanken Mord handelte; und die Frage bleibt, warum die meisten von ihnen nicht entsprechend handelten.

Militäropposition und Krieg

Ist zum Widerstand gegen Hitler nicht längst schon alles gesagt? Sind wir nicht längst im Stadium der Sonntagsreden, wo allzu Bekanntes hagiographisch wiedergekaut wird und wo das Interesse an sinnstiftender Identifikation die Suche nach historisch-kritischer Erkenntnis ersetzt?

Mir scheint, es sind noch längst nicht alle Fragen gestellt, geschweige denn beantwortet. Die Diskussion um die Beteiligung von Angehörigen der Verschwörung an Verbrechen der Wehrmacht an der Ostfront ist seinerzeit im Umfeld der Ausstellung „Vernichtungskrieg“ losgetreten worden.¹ Noch davor hatte es – etwa an seiner ehemaligen Schule in Frankfurt – Diskussionen über die Ehrung des wegen Beteiligung am 20. Juli gehängten Generals Carl Heinrich von Stülpnagel gegeben – der habe als Militärbefehlshaber in Paris eine schlimme Rolle bei der Bekämpfung des französischen Maquis gespielt.²

Die Beziehung zwischen Widerstand und Krieg lässt sich aber nicht auf die mögliche Beteiligung einzelner Verschworener an Kriegsverbrechen reduzieren. Hat das Kriegsgeschehen die Entscheidung zum Widerstand beeinflusst, und wenn ja, wie? Wie verhielten sich militärische, politische und moralische Motive zueinander? Hat der Widerstand den Kriegsverlauf beeinflusst, und wie?

Dieser Zusammenhang soll im folgenden näher beleuchtet werden, wobei längst nicht alle Aspekte dargestellt werden können. Im Mittelpunkt steht die Verschwörung, die im Staatsstreichversuch vom 20. Juli 1944 gipfelte. Die Konzentration auf diesen Punkt scheint mir vertretbar, weil keine andere Form von Widerstand das NS-Regime so existentiell bedroht hat wie dieser nationalkonservativ-militärische Widerstand. Keine andere Form von Widerstand hat auch zu so drastischen Verschiebungen innerhalb des Machtgefüges des Dritten Reiches geführt wie dieser Komplex.

- 1 Vor allem durch den Artikel Christian Gerlach, Männer des 20. Juli und der Krieg gegen die Sowjetunion. In: Hannes Heer/Klaus Naumann (Hg.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944, Hamburg 1996; siehe hierzu auch Winfried Heinemann, Der Widerstand gegen das NS-Regime und der Krieg an der Ostfront. In: Militärgeschichte, 8 (1998), S. 49–55.
- 2 Ulrich Herbert, Die deutsche Militärverwaltung in Paris und die Deportation der französischen Juden. In: Christian Jansen/Lutz Niethammer/Bernd Weisbrod (Hg.), Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft. Festschrift für Hans Mommsen zum 5. November 1995, Berlin 1995, S. 427–450; im Gegensatz dazu Friedrich-Christian Stahl, General Karl-Heinrich von Stülpnagel. In: Gerd E. Ueberschär (Hg.), Hitlers militärische Elite. Band 1: Von den Anfängen des Regimes bis Kriegsbeginn, Darmstadt 1998, S. 240–247.

Die Verschwörung der Militärs: Militärische Motive für den Widerstand

In den ersten Vernehmungsberichten der Gestapo taucht ein Topos immer wieder auf. Immer wieder wird von den Verhafteten als Grund für ihre Teilnahme die Notwendigkeit einer veränderten Spitzengliederung der Wehrmacht genannt.³ Dabei handelt es sich nicht lediglich um eine Schutzbehauptung oder eine Verteidigungsstrategie angesichts unbarmherziger Vernehmungsbeamten.

Der Begriff „Spitzengliederung“ ist auf den ersten Blick vielleicht unverdächtig. Bei genauerem Hinsehen geht es aber um nicht weniger als die Ausübung des Oberbefehls über die Wehrmacht und sogar über das Heer durch Hitler selbst. Unter Generalstabsoffizieren war die Auffassung weitverbreitet, der dadurch immer wieder zu beobachtenden dilettantischen Kriegführung müsse durch die Ernennung eines Offiziers – gedacht wurde häufig an Manstein⁴ – zum Oberbefehlshaber des Heeres ein Ende gemacht werden.

Stauffenberg hat diesen Topos nicht nur für unzählige Anbahnungsgespräche benutzt; die ersten Fernschreiben der Verschwörer vom Abend des 20. Juli 1944 setzten dieses Thema mit an die erste Stelle.⁵ Offensichtlich traf er damit einen Nerv bei Soldaten, denen die Wahrnehmung des Oberbefehls durch einen Weltkriegsgefreiten ein Gräuel war.

Dabei ging es ja um mehr als um den Ständedünkel vormals elitärer Generalstabsoffiziere. Unter gelernten militärischen Führern war man sich einig, dass die dilettantische Führung nationalsozialistischer Ideologen auf allen Ebenen unnötige Verluste unter jungen deutschen Soldaten forderte. Der am Widerstand unbeteiligte Oberstleutnant i. G. Ulrich de Maizière berichtet über einen Besuch bei der Leibstandarte SS „Adolf Hitler“ im Sommer 1942, wo er geradezu abenteuerlich amateurhafte Führung auf Divisionsebene erlebte: „Dass durch hochmütige Vernachlässigung solider Ausbildung und Tollkühnheit tapfere und ideologisch verführte junge Männer sinnlos geopfert wurden, das schien den Führern dieser Waffen-SS-Division kaum bewusst zu werden. Der Glaube an den Führer war ihnen

3 Vgl. die sog. „Kaltenbrunner-Berichte“ (künftig zitiert als KB) in: Spiegelbild einer Verschwörung. Die Opposition gegen Hitler und der Staatsstreich vom 20. Juli 1944. Geheime Dokumente aus dem ehemaligen Reichssicherheitshauptamt. Hg. von Hans-Adolf Jacobsen, 2 Bände, Stuttgart 1984, S. 20f. (24. 7. 1944); S. 33, 42–44 (24. 7. 1944); S. 88 (28. 7. 1944); S. 103 (30. 7. 1944, Anlage 1); S. 115f. (1. 8. 1944); S. 225 (15. 8. 1944); S. 312f. (29. 8. 1944); auch Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, Band XXXIII, Dokument 3881-PS, S. 352.

4 Georg Meyer, Adolf Heusinger. Dienst eines deutschen Soldaten 1915–1964, Hamburg 2001, S. 227.

5 KB, S. 24 (24. 7. 1944).

wichtiger als professionelles Können. Betroffen und ernüchtert kehrte ich ins Hauptquartier zurück.“⁶

Die Offiziere aus der Generation der jüngeren Obersten und Generale – also die Stauffenbergs, Tresckows, aber auch de Maizière und andere – hatten ihre Sozialisation noch in der Reichswehr alter Prägung erfahren. Sie waren hochprofessionelle Könner, aber doch auch in den traditionellen Werten eines adelig geprägten Offizierkorps aufgewachsen. Ihre zivilen Verwandten hatten sich schon früh, bei aller Teilidentität der Ziele, an den „pöbelhaften“, sozialrevolutionären Elementen des Nationalsozialismus gestört. Mit Besorgnis sahen diese Offiziere, wie die Aufrüstung und Ausdehnung der Wehrmacht, später dann der Krieg mit seinen Verlusten, einen anderen Typus von Offizier in die Armee brachte und die frühere gesellschaftliche Geschlossenheit des Offizierkorps aufzubrechen drohte.⁷

Dieser Prozess beschleunigte sich, nachdem Hitler sich mit dem Oberbefehl über das Heer auch die Kontrolle über dessen Personalauswahl gesichert hatte. Er „griff [...] seine alte Vorstellung, dass die Gesellschaft statt durch traditionsgeprägte Elemente durch die persönliche Leistung des einzelnen gegliedert werden solle, auf, und suchte sie nun im Offizierkorps [...] zu verwirklichen.“⁸ Lediglich in Kreisen sehr traditionsbewusster Regimenter und im Generalstab erhielt sich für eine gewisse Zeit noch die alte Homogenität – ein Grund mehr, weshalb Hitler dem Generalstab immer misstraute, ein Grund aber auch, warum sich der militärische Widerstand überwiegend auf diese Gruppen konzentrierte. Langfristig aber drohte der Krieg der NS-Führung die Gelegenheit zu einer zunehmenden Elitenmanipulation zu bieten, die das Heer dann letztlich zu einem willenlosen Element nationalsozialistischer Machtausübung werden lassen würde.

Wenn man in Kreisen des Widerstands von „Verbrechen“ sprach, dann meinte das nicht nur die Untaten in den besetzten sowjetischen Gebieten. Das Urverbrechen war in den Augen vieler Verschwörer, dass hier ein sinnloser Krieg geführt wurde, der zudem sinnlos die personellen Ressourcen des deutschen Volkes verheizte.⁹

6 Ulrich de Maizière, In der Pflicht. Lebensbericht eines deutschen Soldaten im 20. Jahrhundert, Herford 1989, S. 78.

7 So etwa der wegen Beteiligung an der Verschwörung hingerichtete Major Roland von Hößlin: August von Kageneck, Zwischen Eid und Gewissen. Roland von Hößlin. Ein deutscher Offizier, Berlin 1991, S. 129.

8 Reinhard Stumpf, Die Wehrmacht-Elite. Rang- und Herkunftsstruktur der deutschen Generäle und Admirale 1933 bis 1945, Boppard 1982, S. 324. Bernhard R. Kroener; „Menschenbewirtschaftung“, Bevölkerungsverteilung und personelle Rüstung in der zweiten Kriegshälfte (1942–1945). In: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Hg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt. Band 5/2: Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1942–1944/45. Hg. von Bernhard R. Kroener, Rolf-Dieter Müller und Hans Umbreit, Stuttgart 1999, S. 693–1001, hier S. 856 f., 874–877, sieht weniger zweckgerichtetes Handeln des NS-Regimes als die Zwänge der Kriegführung am Werk; aus Sicht der Verschwörer war das Ergebnis das gleiche.

9 Heinemann, Widerstand, S. 51 f.

Wie so viele nationalrevolutionär Denkende hatte Stauffenberg die Hoffnung gehegt, die vom Bolschewismus befreiten Nationen der Sowjetunion würden sich auf die deutsche Seite stellen. Lange hatte er sich für das eingesetzt, was später als „Wlassow-Armee“ entstand.¹⁰ Auch Tresckow forderte eine menschenwürdige Behandlung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten, um sie für die deutsche Seite zu gewinnen und sie nicht den Partisanen zuzutreiben.¹¹ Sicher spielte bei den Verschwörern die Erfahrung der Zusammenarbeit der Reichswehr mit den Sowjets in den zwanziger Jahren ebenso eine Rolle wie die antikapitalistischen, sozialrevolutionären Gedanken eines Teils des national denkenden Widerstands.¹² Allein, Stauffenberg und alle anderen mussten die Erfahrung machen, dass Hitler und die NS-Führung jeden Gedanken an solche Planungen weit von sich wiesen.

Der Führung des Dritten Reiches ging es nicht nur um den von breiten Teilen des Offizierkorps innerlich mitgetragenen Krieg gegen die bolschewistische Ideologie, sondern um die Vernichtung oder Versklavung ganzer Rassen. Tresckow und Stauffenberg erkannten, dass das Verbrechen nicht nur in einer dilettantischen, sondern auch in einer rasseideologischen Kriegsführung lag.

Niemand wusste um die Folgen besser als Stauffenberg. Das Management des Personalersatzes für das Heer, in gewisser Weise für die gesamte Wehrmacht des Reiches, war ja zuletzt sein alltägliches Berufsfeld. „Als militärischer Vorgesetzter von bis zu 1,8 Millionen Soldaten und Zivilpersonal der Wehrmacht auf dem Boden des Reiches und in den besetzten Gebieten verfügte der Befehlshaber des Ersatzheeres über die zahlenmäßig stärkste bewaffnete Macht in der Heimat. [...] Ihm unterstand das Allgemeine Heeresamt mit allen nachgeordneten Schulen und Ausbildungseinrichtungen, während er über die Wehrkreise die gesamte personelle Ersatzgestaltung der Wehrmacht steuerte. Als Chef der Heeresrüstung überwachte er die Arbeit des Heereswaffenamtes mit seinen in Spitzenzeiten etwa 40 000 Beschäftigten. Seine Befugnisse umfassten das V-Waffen-Programm ebenso wie die militärisch verantworteten Teile der deutschen Atomrüstung.“¹³ Und Stauffenberg war sein Stellvertreter.

Die Zahlen über Verluste und die personellen Ressourcen des Reiches, die Stauffenberg täglich über den Tisch gingen, sprachen eine deutliche Sprache. Seinen Regimentskameraden Hauptmann Roland von Höbbling etwa gewann Stauffenberg mit dem Argument für die Verschwörung: „Die Stärke des Feldheeres vermindere sich monatlich um die Stärke eines

10 Peter Hoffmann, Claus Graf von Stauffenberg und seine Brüder. Das Geheime Deutschland, Stuttgart 1992, S. 249–251.

11 Heinemann, Widerstand, S. 51 f.

12 Susanne Meinel, Nationalsozialisten gegen Hitler. Die nationalrevolutionäre Opposition um Friedrich Wilhelm Heinz, Berlin 2000, S. 304 f.

13 Bernhard R. Kroener, Friedrich Fromm. Der „starke Mann im Heimatkriegsgebiet“. In: Ronald Smelser/ Enrico Syring (Hg.), Die Militärelite des Dritten Reiches. 27 biographische Skizzen, Berlin 1995, S. 171–186, hier S. 171 f.

Armeekorps, das nicht ersetzt werden könne.“¹⁴ Deutschland werde dieser Kriegführung personell und materiell nicht mehr lange gewachsen sein.

Die zunehmende Zuweisung solcher Ressourcen an die SS schwächte das Heer noch weiter, was in breiten Heereskreisen negativ vermerkt wurde. Den Verschwörern ging es auch um die Erhaltung der Armee, nicht zuletzt als Machtfaktor, sollte es bei einem katastrophalen Kriegsende zu inneren Unruhen kommen. Eine Fortführung des Krieges aber würde unausweichlich auf den Punkt zusteuern, an dem das Heer keine Rolle mehr spielen konnte.¹⁵

Ohne dass dies offen ausgesprochen wurde, ging man in Kreisen der traditionellen Heeresführung ebenso wie unter den führenden Köpfen des NS-Regimes davon aus, dass es bei einem militärischen Zusammenbruch auch zu inneren Unruhen, ja, zu einem Machtkampf um die zukünftige politische Orientierung des Reiches kommen könnte.¹⁶ Dazu musste man nicht einmal der Verschwörung angehören; Anzeichen der kommenden Machtprobe sah man in der Dienststelle des Befehlshabers des Ersatzheeres allemal: „Der Kampf der Partei gegen den als unzuverlässig eingeschätzten Befehlshaber des Ersatzheeres nahm im Angesicht der sich verschärfenden Kriegslage deutlichere Züge an. Himmler, Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei, hatte im Sommer 1943 den Reichsinnenminister Frick ersetzt. Anfang 1944 wurde deutlich, dass Himmler eine Gelegenheit suchte, das Gewaltmonopol der Partei durch die Kontrolle über das Ersatzheer zu vervollständigen, zumal Fromm unter dem Eindruck eines zunehmenden inneren Notstandes als Folge der katastrophalen Luftangriffe die vollziehende Gewalt im Heimatkriegsgebiet anstrebte. Wenige Tage vor dem Attentat übertrug Hitler dem RFSS hinsichtlich der neu aufzustellenden Volksgrenadierdivisionen, die als Elitedivisionen des Heeres eine besonders hochwertige materielle wie personelle Ausstattung erhalten sollten, weitgehende Vollmachten.“¹⁷

Drohend stand das Gespenst der Unruhen nach dem Ende des Ersten Weltkrieges im Hintergrund, und Stauffenberg argumentierte auch ganz gezielt damit: „Es sei dadurch möglich, dass es, mit oder ohne Wille des Führers, zu einer Machtprobe zwischen Wehrmacht und SS komme“,¹⁸ äußerte er im Januar 1944, und Hößlin gegenüber mahnte er im April: „Das Offizierkorps dürfe dann nicht wieder versagen und sich die Initiative aus der Hand nehmen lassen wie 1918, sondern müsse aus eigener sittlicher Verantwortung heraus handeln.“¹⁹

14 KB, S. 373 (9.9.1944).

15 Kroener, „Menschenbewirtschaftung“, S. 838; KB, S. 528 (15.12.1944).

16 KB, S. 529 (15.12.1944).

17 Kroener, Fromm, S. 172.

18 Stauffenberg im Januar 1944 zu Hauptmann d.R. Freiherr Truchseß von Wetzhausen; KB, S. 312f. (29.8.1944).

19 Stauffenberg am 1. April 1944 zu Hauptmann Roland von Hößlin; KB, S. 373 (9.9.1944).

Dazu gedachten die Verschwörer – durchgängig seit 1938 – sich des Instruments des Kriegs- oder Belagerungszustandes zu bedienen, während des Krieges dann technokratischer bezeichnet als „Übernahme der vollziehenden Gewalt durch das Heer“. Der Gedanke an einen solchen Militärputsch musste Offizieren der Zeit durchaus nicht abwegig erscheinen, sondern stand in einer langen Tradition. Ein preußisches Gesetz von 1851 über den Belagerungszustand war wirkungsgleich in die Verfassung des Kaiserreichs übernommen worden,²⁰ und auch in den Unruhephasen der Weimarer Republik hatten konservative Umstürzbewegungen solche Gedanken gepflogen – Bewegungen, aus denen eine ganze Anzahl Angehöriger über die Abwehr den Weg in den militärischen Widerstand gefunden hatten.²¹ Zuletzt war Ende 1932/Anfang 1933 der Militärputsch die einzige noch verbliebene reale Alternative zur Ernennung einer Regierung Hitler gewesen; die Konfrontation zwischen konservativ-reaktionären Eliten, vor allem im Militär, und den revolutionären Nazis hatte sich in Umrissen schon damals abgezeichnet.²²

So standen Stauffenberg und Tresckow in einer gewissen Tradition, als sie das Szenario innerer Unruhen für ihre Zwecke auszunutzen gedachten. Es war fast schon genialisch, eine für Militärs der Zeit völlig plausible Eventualplanung für Zwecke des Umsturzes umzufunktionieren. Unter dem Decknamen „Walküre“ waren bereits im Winter 1941/42 im Reichsgebiet kurzfristig Divisionen zusammengestellt worden, die dann an die Ostfront geworfen werden konnten.²³ Spätestens in Folge des Abfalls Italiens 1943 entstanden völlig systemtreue Überlegungen, solche Walküre-Divisionen bei

20 Wilhelm Deist, Der Kriegszustand nach Art. 68 der Reichsverfassung. Ausführungsbestimmungen der militärischen Führung. In: Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914–1918, Düsseldorf 1970, S. XXXI–LI, hier S. XXXI–XXXIV.

21 Susanne Meinel, „Das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen der in Deutschland aufhältlichen Angehörigen des jüdischen Volkstums ist beschlagnahmt“. Antisemitische Wirtschaftspropaganda und völkische Diktaturpläne in den ersten Jahren der Weimarer Republik. In: Irmgard Wojak/Peter Hayes (Hg.), „Arisierung“ im Nationalsozialismus. Volksgemeinschaft, Raub und Gedächtnis, Frankfurt a. M. 2000, S. 31–58, hier S. 54; Meinel, Nationalsozialisten.

22 Hans Mommsen, Das Scheitern der Weimarer Republik und der Aufstieg des Nationalsozialismus. In: ders., Von Weimar nach Auschwitz. Zur Geschichte Deutschlands in der Weltkriegsepoch, Stuttgart 1999, S. 136–154, hier S. 136.

23 Gunther Rathke, „Walküre“-Divisionen 1941/42. Letzte Aushilfe in der Winterkrise. In: Militärgeschichte, 6 (1996), S. 55–62, hier S. 55; Franz Halder, Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres 1939–1942, 3 Bände, Stuttgart 1962 f., S. 269; Bernhard R. Kroener, Die personellen Ressourcen des Dritten Reiches im Spannungsfeld zwischen Wehrmacht, Bürokratie und Kriegswirtschaft 1939–1944. In: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Band 5/1: Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1939–1941. Hg. von Bernhard R. Kroener, Rolf Dieter Müller und Hans Umbreit, Stuttgart 1988, S. 693–1001, hier S. 886; ders., „Menschenbewirtschaftung“, S. 822; Roland Kopp, Paul von Hase. Von der Alexander-Kaserne nach Plötzensee. Eine deutsche Soldatenbiographie 1885–1944, Münster 2001, S. 201 f.

Bedarf auch sehr schnell im Innern einzusetzen, denn die zunehmende Zahl von Kriegsgefangenen, Militärinternierten, Fremdarbeitern, aber auch die von den Nationalsozialisten nach wie vor als gefährlich eingeschätzten kommunistischen Bestrebungen unter der Arbeiterschaft ließen innere Unruhen keineswegs ausgeschlossen erscheinen. Sollte das Heer die vollziehende Gewalt übernehmen müssen, würden die kurzfristig zu mobilisierenden Walküre-Verbände die einzigen verfügbaren militärischen Machtmittel sein. Und wenn – wie bereits dargelegt – diese inneren Unruhen als Vorwegnahme der ohnehin unausweichlichen Endabrechnung der Nationalsozialisten mit den konservativen Eliten stattfinden sollte – auch dann war es legitim, dafür auf die Walküre-Planungen zu setzen.²⁴

Widerstand an der Ostfront

Richten wir nunmehr unseren Blick auf die Bedingungen des Widerstands an der Ostfront, jenen Widerstand, der sich untrennbar mit dem Namen des Generalmajors Henning von Tresckow verbindet.

Schon vor dem deutschen Angriff hatte Hitler der Generalität angekündigt, er werde den Krieg zur Gewinnung von Lebensraum und zur Ausrottung der sowjetischen Intelligenz benutzen. In die Richtung des rasseideologischen Vernichtungskrieges ging auch der „Gerichtsbarkeitserlass“, der bereits im voraus den Verfolgungszwang für Straftaten aufhob, die von Deutschen an den Bewohnern der besetzten Gebiete begangen würden. Gegen den Gerichtsbarkeitserlass hatte es deutliche Proteste gegeben, nicht zuletzt auf Betreiben Tresckows aus dem Generalstab der Heeresgruppe Mitte. Der Oberbefehlshaber des Heeres, Generalfeldmarschall Walther von Brauchitsch, hatte ihn daraufhin mit einschränkenden Erläuterungen versehen, letztlich war er aber doch weitergegeben worden. Auch Hitlers Anweisung, gefangengenommene politische Kommissare der Sowjetarmee ohne weiteres zu erschießen, war über die Schreibtische der Heeresgruppe Mitte gelaufen.²⁵

Dass SS und SD hinter der Front Mordaktionen großen Stils planten, hatte sich im Stab der Heeresgruppe bald herumgesprochen. Der Heeresführung in Berlin galt es bereits als Erfolg, dass das Heer nicht selbst mit diesen „Maßnahmen“ betraut worden war, sie akzeptierte aber die Tätigkeit der SS-Formationen im Operationsgebiet.²⁶

24 KB, S. 88 (28. 7. 1944); S. 157 f. (6. 8. 1944); S. 376 (11. 9. 1944).

25 Ernst Klink, Die militärische Konzeption des Krieges gegen die Sowjetunion. Die Landkriegführung. In: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Band 4: Horst Boog u. a., Der Angriff auf die Sowjetunion. Stuttgart 1983, S. 190–277, hier S. 256 f.; Heinemann, Widerstand, S. 50.

26 Jürgen Förster, Das Unternehmen „Barbarossa“ als Eroberungs- und Vernichtungskrieg. In: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Band 4, S. 413–447, hier S. 416.

Am 22. Juni 1941 überschritten die Verbände der Heeresgruppe Mitte die sowjetische Grenze. In schnellen Vorstößen gewannen sie die Tiefe des russischen Raumes; bald war ganz Weißrussland besetzt. Die schnellen Vorstöße aber hatten auch zur Folge, dass viele versprengte Angehörige der Sowjetarmee hinter den deutschen Linien zurückgeblieben waren, und schon bald entwickelte sich in dem besetzten Gebiet eine rege Partisanentätigkeit.

Der schiere Umfang der Partisanenbewegung, aber auch ihre ständig verbesserte Ausbildung, Bewaffnung und Organisation kamen für die Heeresgruppe Mitte überraschend und zwangen zum Handeln.²⁷ Der Partisanenkrieg war eine militärische Notwendigkeit; es gehörte zur Pflicht der Befehlshaber, die Truppe und ihre Ausrüstung zu schützen sowie Partisanen zu bekämpfen. Zugleich diente die Art, wie der „Bandenkampf“ durchgeführt wurde, als Vorwand der nationalsozialistischen Ausrottungspolitik, eine doppelte Funktion, die immer deutlicher zu Tage trat.²⁸

Scharf geißelte Major i. G. von Gersdorff aus dem Stab der Heeresgruppe Mitte nach einer Frontreise Anfang Dezember 1941 die Verbrechen: „Ich habe den Eindruck gewonnen, dass die Erschießung der Juden, der Gefangenen und auch der Kommissare fast allgemein im Offizierskorps abgelehnt werden. [...] Die Erschießungen werden als eine Verletzung der Ehre der Deutschen Armee, in Sonderheit des Deutschen Offizierskorps betrachtet.“²⁹

Allen Protesten der Heeresgruppe zum Trotz wurden auch immer mehr „Judenzüge“ vor allem nach Smolensk geleitet; jeder Hinweis, der knappe Transportraum werde viel dringender für Nachschubzwecke benötigt, verhallte ungehört.³⁰ Der rasseideologische Vernichtungsaspekt rangierte bei diesem Krieg eindeutig vor militärischen Erwägungen.

Tresckows Bemühen um eine Änderung der Verhältnisse hatte zunächst darin bestanden, seine Oberbefehlshaber, die Generalfeldmarschälle Fedor von Bock und Hans-Günter von Kluge, von den Morden in ihrem Kommandobereich in Kenntnis zu setzen in der festen Annahme, diese würden dagegen einschreiten oder zumindest bei Hitler auf Änderung dringen. Letztlich aber waren beide ebenso wenig zu solchen oder gar drastischeren Schritten bereit wie einer der anderen Feldmarschälle.³¹

27 Befehlshaber des rückw. Heeres-Gebietes Mitte. Ia Korpsbefehl Nr. 52 vom 14. 9. 1941 (Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, RH 22/225, f.48).

28 Bernd Wegner, Der Krieg gegen die Sowjetunion 1942/1943. In: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Band 6: Horst Boog u. a., Der globale Krieg. Die Ausweitung zum Weltkrieg und der Verlust der Initiative, Stuttgart 1990, S. 759-1102, hier S. 911-918.

29 Bericht Major i. G. Frhr. von Gersdorff vom 9. 12. 1941 (Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, RH 19 II/127, f. 171-173).

30 Kriegstagebuch Nr. 1 der Heeresgruppe Mitte, Band 5: 31.10.-20.11.1941 vom 14. und 15. 11. 1942 (Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, RH 19 II/387, f. 63 f., 71).

31 Peter Hoffmann, Widerstand - Staatsstreich - Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, München 1969, Kapitel IX, und die dort zitierten Quellen; Romedio Galeazzo Graf von Thun-Hohenstein, Generalfeldmarschall Kluge. In: Militärgeschichte, 4 (1994), S. 39-51. Zur Haltung des Generalfeldmarschalls von Manstein

Die Sicherung der rückwärtigen Verbindungen band immer stärkere Kräfte; Ende 1942 mussten im Bereich der Heeresgruppe Mitte acht Heeresdivisionen, dazu Truppenteile der SS, allein für den Streckenschutz an den Eisenbahnen eingesetzt werden, während bei der Heeresgruppe Don der Ersatz der in Stalingrad eingekesselten 6. Armee an Kräftemangel scheiterte. Hitlerbefehle wie die am Heiligen Abend 1942 bei der Heeresgruppe Mitte eingehende Weisung, „ohne Einschränkung auch gegen Frauen und Kinder jedes Mittel anzuwenden“, verbunden mit einem Verfolgungsverbot für im Zusammenhang mit der „Bandenbekämpfung“ begangene Straftaten, machten die zunehmende Brutalisierung überdeutlich.³² Dass die gezielte Tötung von Juden regelmäßig Teil solcher Operationen war, war im Stab der Heeresgruppe bekannt: „Bisheriges Gesamtergebnis des Großunternehmens von Polizei mit Wehrmachtunterstützung im Raum südl. Sluzk; 2 074 Banditen, 7 344 Banditenhelfer und 3 300 Juden erschossen“, meldete der Wehrmachtbefehlshaber Ostland dem Wehrmachtführungsstab. Unter „Banditenhelfern“ waren dabei solche Personen verstanden, die allenfalls im Verdacht standen, die Partisanen unterstützt zu haben, und deren Tötung eindeutig verbrecherisch war. Zwei dicke Striche am Rand und ein übergroßes Fragezeichen dazu auf dem der Heeresgruppe Mitte zugegangenen Exemplar belegen, dass das grobe Missverhältnis deren Stab aufgefallen war.³³

Nur wenige in der Heeresgruppe Mitte hatten, wie Tresckow und seine Mitverschwörer, erkannt, dass der Vernichtungscharakter des Partisanenkrieges keine unvermeidliche und ungewollte Begleiterscheinung war, sondern dass diese großflächigen Mordaktionen dem eigentlichen ideologischen Ziel des Krieges entsprachen. Dennoch blieb es Tresckows dienstliche Aufgabe, in Kenntnis der in seinem Bereich begangenen Verbrechen die Partisanenbekämpfung weiterhin zu organisieren. Die Zielsetzung des Widerstands und der in der Heeresgruppe Mitte im Frühjahr 1943 geplanten Attentate bestand ja darin, die nahende Katastrophe von Deutschland abzuwenden, insbesondere zu einer Einigung mit den westlichen Kriegsgegnern zu kommen. Dazu aber musste ein offensichtlicher Zusammenbruch der deutschen militärischen Anstrengungen im Osten vermieden werden.

Im Frühjahr 1943 scheiterten mehrere kurz aufeinander folgende Attentatsversuche der Verschwörer aus dem Stab der Heeresgruppe Mitte, vor allem das Einschmuggeln einer Bombe in Hitlers Flugzeug bei seinem Rück-

zur Verschwörung Alexander Stahlberg, Die verdammte Pflicht. Erinnerungen 1932 bis 1945, Frankfurt a. M. 1987; und Hans Breithaupt, Zwischen Front und Widerstand. Ein Beitrag zur Diskussion um den Feldmarschall von Manstein, Bonn 1994.

- 32 OKH Gen.St.d.H. OpAbt (I) Nr. 1615/42 g.KdoS. an Heeresgruppen vom 24.12.1942 mit Abschrift des Befehls Chef OKW Nr. 004870/42 g.KdoS. WFSt/Op(H) vom 16.12.1942 (Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, RH 19 II/153, f. 51–53).
- 33 Wehrmachtbefehlshaber Ostland Abt. Ia Nr. 500/43 geh. an Stellv. Chef WFSt: Meldewesen über Banditenlage vom 1.3.1943 (Abschrift; ebd., f. 70–73).

flug vom Hauptquartier in Smolensk nach Rastenburg.³⁴ Sollten solche Attentate einen Sinn haben, mussten sie über den Tod Hitlers hinaus zu einem Sturz des Systems führen. Der Zusammenbruch der Verschwörung im Amt Ausland/Abwehr des OKW im Frühsommer 1943 beraubte die Verschwörer ihrer Organisationsbasis. Weitere Attentatsversuche wären damit sinnlos geworden. Insofern traf es sich für die Verschwörer gut, dass Tresckow Ende Juli 1943 von der Heeresgruppe Mitte wegesetzt wurde und sich bis zum Oktober in Berlin aufhielt. Dort erneuerte er eine frühere Bekanntschaft mit dem Oberstleutnant i. G. Claus Graf Stauffenberg – so entstand die Achse zwischen dem Widerstand an der Ostfront und dem Widerstand im Reichsgebiet, der alle Aktivitäten der Militäropposition von da an charakterisierte. Die schon geschilderte generalstabsmäßige Planung für den Staatsstreich unter Nutzung der Pläne für „Walküre“ erhielt aus dem Zusammentreffen dieser beiden entscheidende Impulse.

Das Wissen um die verbrecherische Kriegführung im Osten verband sich mit der Einsicht in die Aussichtslosigkeit des Krieges überhaupt; die Erkenntnis des zutiefst unmoralischen Charakters des Regimes mit dem bitteren Eingeständnis, dass die eigentlich dazu berufene höhere Generalität niemals gegen Hitler vorgehen würde. Insgesamt eine hochexplosive Mischung, die Stauffenberg, Tresckow sowie ihre militärischen und zivilen Mitverschwörer zum Handeln drängte.

Tresckow erfuhr erst am Nachmittag des 20. Juli von dem Attentat; Stauffenberg hatte es vorgezogen, den Kreis der Mitwisser so eng wie nur eben nötig zu halten. Dieses umsichtige Vorgehen hat vermutlich vielen Angehörigen der Verschwörergruppe an der Ostfront das Leben gerettet. Erst am 15. August 1944 berichtete die Gestapo erstmals an Hitler über die Existenz einer Verschwörung im Stab der Heeresgruppe Mitte.³⁵ Insgesamt ist der wahre Umfang dieser Gruppe der Gestapo weitgehend verborgen geblieben. Tresckow selbst, dessen Beteiligung sicher aufgedeckt worden wäre, fuhr am Morgen nach dem gescheiterten Staatsstreich an die Front und beging Selbstmord.

34 Fabian von Schlabrendorff, Offiziere gegen Hitler. Nach einem Erlebnisbericht bearb. und hg. von Gero Schulze-Gaevernitz, Frankfurt a. M. 1959, S. 119–121. Trotz der gelegentlichen Zweifel an der Richtigkeit von Schlabrendorffs Angaben (siehe etwa Schreiben Berndt von Kleist an Hesse vom 27.4.1965, [Institut für Zeitgeschichte, München, ZS/A 31, Band 2. Kleist]) wird hier davon ausgegangen, dass dieses Attentat stattgefunden hat; Hoffmann, Widerstand, S. 334, Anm. 92. Siehe auch Vernehmung Gersdorff bei Military Service Intelligence Center, HQ U.S. Forces European Theater OI-IIR/34 vom 18.2.1946 (Institut für Zeitgeschichte, ED 100 [Bestand Irving], Gersdorff).

35 KB, S. 224f. (15.8.1944).

Gründe des Scheiterns

In neokonservativen Kreisen ist es wohl noch immer Mode, Stauffenberg und seinen Mitverschwörern Feigheit oder Unfähigkeit zu unterstellen. War es das?

Stauffenberg hatte für sich die „Eidfrage“ relativ früh entschieden: Hitler hatte als Eidnehmer jede moralische Bindung zerstört und viele Tausende, die auf ihn vertrauten, in einen sinnlosen Tod gejagt; damit war jede Bindungswirkung des auf ihn geleisteten Eides entfallen. Aber Stauffenberg wusste auch, dass die meisten Soldaten der Wehrmacht das nicht so sahen. Nur ein Beispiel dafür, wie recht er mit dieser Einschätzung hatte: Am Abend des 20. Juli kommt es auf dem Gefechtsstand des Generalfeldmarschalls von Kluge in Frankreich zu einer gespenstischen Szene. Der führende Kopf der Verschwörung in Frankreich, General von Stülpnagel, hat den Sicherheitsdienst und die Führer der SS in Paris festsetzen und ihre Erschießung vorbereiten lassen. Nichts und niemand kann Kluge jetzt mehr hindern, das zu tun, was die militärische Lage erfordert und was die Verschwörer haben erreichen wollen: den Krieg im Westen einseitig zu beenden. Kluge aber weiß zu diesem Zeitpunkt bereits, dass Hitler das Attentat überlebt hat. Er knickt ein, befiehlt Stülpnagel, die Verhafteten freizulassen und in Zivil irgendwohin zu verschwinden.³⁶ Kluge sah sich durch den Eid auf den noch lebenden Hitler gebunden.

Stauffenberg hatte also richtig kalkuliert: Es kam darauf an, Hitler zu beseitigen. So lange der Führer lebte, hatte kein Staatsstreich Aussicht auf Erfolg. Andererseits aber drängte im Sommer 1944 die Zeit. Zwei Attentatsversuche waren im Juli schon fehlgeschlagen; am 15. Juli waren bereits erste Walküre-Maßnahmen ausgelöst worden, die man dann nur noch mit Mühe hatte vertuschen können.³⁷ Am 17. Juli erfuhren die Verschwörer, Goerdeler, der zivile Kopf der Verschwörung, werde von der Gestapo gesucht.³⁸ Aber immer noch war Stauffenberg der einzige aus dem Kreis, der Zugang zu Hitler hatte, der einzige also, der die Bombe zünden konnte.

Das Attentat aber sollte doch nicht Selbstzweck sein, sondern „Initialzündung“ zum Umsturz. Der aber ließ sich nur von Berlin aus und nur unter Stauffenbergs Führung durchführen. Nicht nur, dass Stauffenberg eine angesichts seiner Verwundung schwer zu handhabende Bombe deponieren musste, er musste auch noch selbst lebend entkommen und zügig nach Berlin

36 Hans Speidel, *Aus unserer Zeit. Erinnerungen*, Berlin 1977, S. 189f.; Horst Mühl-eisen, Hellmuth Stieff und der deutsche Widerstand. In: VfZ, 39 (1991), S. 339–377, hier S. 367; Wilhelm von Schramm, *Aufstand der Generale. Der 20. Juli in Paris, München 1978*, S. 104–109.

37 Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, Band XXXIII, Dokument 3881-PS, S.482–484; KB, S. 158 (6.8. 1944); S. 330 (31.8.1944); Mühl-eisen, Stieff, S. 360.

38 KB, S. 773 (Staatssekretär im Reichsjustizministerium an Bormann mit Abschrift des Urteils gegen Nebe 1 L 54/45 g.Rs. vom 2. 3. 1945).

gelingen, sollte das Attentat politisch sinnvoll und so moralisch zu rechtfertigen sein. Alles führt letztlich dahin zurück, dass das Unternehmen angesichts einer viel zu kleinen Zahl Eingeweihter scheitern musste.

Darin liegt also letztlich der Grund für das Scheitern des Widerstands: Ihm fehlte die hinreichende Massenbasis, schon unter den Soldaten und erst recht unter der Bevölkerung, die – wie sich in den Reaktionen auf den Staatsstreichversuch zeigen sollte – immer noch weit überwiegend hinter Hitler und seinem totalen Krieg stand. Widerstand im Dritten Reich ist kein Massenphänomen, auch nicht in Kreisen der Wehrmacht. Militäropposition im Krieg, soweit sie sich den Sturz des gesamten Regimes zum Ziel gesetzt hatte und im 20. Juli 1944 gipfelte, war zu konspirativem Vorgehen verurteilt und scheiterte letztlich am Fehlen einer breiten Unterstützung.

Auswirkungen und Folgen

Der Niederschlagung des Umsturzversuchs folgte eine radikale Machtverschiebung innerhalb des Regimes. Die Übernahme des Ersatzheeres durch Himmler vereinte zum ersten Male in der deutschen Geschichte polizeiliche und militärische Machtmittel im Innern in einer Hand. Statt der erhofften Re-Militarisierung der Spitzengliederung erfolgte ein weiterer Eingriff der Partei in die Befehlsstruktur des Heeres, ganz besonders an jenem sensiblen Punkt, von dem aus die Ressourcenallokation – personell wie materiell – zwischen Heer und SS gesteuert wurde.³⁹ Für Himmler war der 20. Juli die Grundlage für die spätere Übernahme des Oberbefehls über eine Heeresgruppe während der Endkämpfe im Osten 1945. Die weitere Durchsetzung der NS-Führungsoffiziere verstärkte den Einfluss des Regimes innerhalb der Einheiten und Verbände.

Über die hier geschilderte Militäropposition hinaus gab es höchst unterschiedliche Formen widerständigen Verhaltens auch im Militär. Sie reichten von Rettern in Uniform über Flüsterpropaganda, das Verteilen von Flugblättern, Landesverrat bis hin zur Desertion – auch übrigens, zumindest in einem Fall, unter den Angehörigen der Verschwörung.⁴⁰ Eine existentielle Gefährdung des Regimes bis zum Ende seiner Agonie ist daraus aber nie erwachsen.

Natürlich hat es auch nach dem Sommer 1944 noch Fälle gegeben, wo befehlswidrig der Kampf aufgegeben wurde, um unersetzliches Kulturgut zu

39 Kroener, „Menschenbewirtschaftung“, S. 995; ders., Fromm, S. 182–184.

40 Hierzu neuerdings Wilhelm Wette (Hg.), Retter in Uniform. Handlungsspielräume im Vernichtungskrieg der Wehrmacht, Frankfurt a.M. 2002. Zur Desertion des Majors i. G. Kuhn Hoffmann, Widerstand, S. 613; ders., Tresckow und Stauffenberg. Ein Zeugnis aus dem Archiv des russischen Geheimdienstes. In: FAZ vom 20. 7. 1998.

schützen – man denke an die Übergabe von Paris.⁴¹ Natürlich hat es Verhandlungen mit dem Ziel von Teilkapitulationen gegeben – etwa „Operation Sunrise“ in Norditalien.⁴² Der Oberstleutnant Ritter von Gadolla, der „Retter von Gotha“, ist ein Beispiel für befehlswidrige Kampfeinstellung und die damit für den einzelnen verbundenen Risiken.⁴³ Andererseits darf aber auch – kontrafaktisch sozusagen – darüber spekuliert werden, ob der Umsturzversuch des 20. Juli 1944 nicht durch die Art, wie er in der geschilderten Weise vom NS-Regime instrumentalisiert wurde, dazu beigetragen hat, den Kampf bis zum Letzten zu ermöglichen. Das wäre dann das letzte, besonders tragische Scheitern des militärischen Widerstands im Krieg.⁴⁴

Widerstand in der Wehrmacht ist also durch die militärische Entwicklung in vielfältiger Weise beeinflusst gewesen – und hat diese wiederum beeinflusst. Bei Stauffenberg, Tresckow und ihren Verbündeten war es wohl neben militärischen Überlegungen und politischer Einsicht das Wissen um die eigene Verstrickung in ein verbrecherisches System, das sie zum Handeln drängte. Den realistisch Denkenden unter den Verschwörern war im Sommer 1944 bewusst, dass außenpolitisch und militärisch für das Deutsche Reich kaum etwas zu retten war; an Kapitulation und Besetzung würde kein Weg vorbei führen. Dennoch gaben sie ihr Vorhaben nicht auf und legten so unter allen militärfachlichen und politischen Denkmustern eine grundsätzliche, moralische Antriebsebene frei.

Diese zutiefst moralische Dimension war es, die kurz vor dem Ende zu dem berühmten Satz führte, das Attentat müsse jenseits des konkreten politischen Erfolges gewagt werden, koste es, was es wolle. Ich zitiere hier gern Hans Mommsen: „Der deutsche Widerstand kämpfte für die Würde und christliche Bestimmung des Menschen, für Gerechtigkeit und Anstand, für die Freiheit der Person vor politischer Gewalt und sozialem Zwang.“⁴⁵ Ich möchte von einem Aufstand des Militärischen sprechen, auch von einem Aufstand des Politischen – im letzten aber auch, und von daher hat die Wanderausstellung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes ihren Titel zu recht, von einem Aufstand des Gewissens.

41 Joachim Ludewig, *Der deutsche Rückzug aus Frankreich 1944*, Freiburg 1994, S. 150–174.

42 Catherine Schiemann, *Der Geheimdienst beendet den Krieg. „Operation Sunrise“ und die deutsche Kapitulation in Italien*. In: Jürgen Heideking/Christoph Mauch (Hg.), *Geheimdienstkrieg gegen Deutschland. Subversion, Propaganda und politische Planungen des amerikanischen Geheimdienstes im Zweiten Weltkrieg*, Göttingen 1993, S. 142–165.

43 Enrico R. Brissa, Josef Ritter von Gadolla. Zerrissen zwischen Gehorsam und Menschlichkeit. In: *Y. Das Magazin der Bundeswehr*, 1 (2001), Heft 5, S. 97–99.

44 Kroener, „Menschenbewirtschaftung“, S. 1001.

45 Hans Mommsen, *Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes*. In: Walter Schmitthenner/Hans Buchheim (Hg.), *Der deutsche Widerstand gegen Hitler. Vier historisch-kritische Studien*, Köln 1966, S. 73–168, hier S. 166.

Die Autoren

Bernhard Chiari, Dr. phil., geb. 1965, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Potsdam.

Veröffentlichungen u. a.: *Alltag hinter der Front. Besatzung, Kollaboration und Widerstand in Weißrußland 1941–1944*, Düsseldorf 1998; (Hg.), *Die polnische Heimatarmee. Geschichte und Mythos der Armia Krajowa seit dem Zweiten Weltkrieg*, München 2003; (Hg.), *Hans-Erich Volkmann: Ökonomie und Expansion. Grundzüge der NS-Wirtschaftspolitik. Ausgewählte Schriften*, München 2003.

Winfried Heinemann, Dr. phil., geb. 1965, Oberstleutnant, wissenschaftlicher Mitarbeiter und Pressesprecher am Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Potsdam.

Veröffentlichungen u. a.: *Vom Zusammenwachsen des Bündnisses. Die Funktionsweise der NATO in ausgewählten Krisenfällen 1951–1956*, München 1998; (Hg. mit N. Wiggershaus), *Das Internationale Krisenjahr 1956. Vorgänge – Perzeptionen – Auswirkungen*, München 1999; (Hg. mit N. Wiggershaus), *Nationale Außen- und Bündnispolitik der NATO-Mitgliedstaaten*, München 2000.

Dieter Pohl, Dr. phil., geb. 1964, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte in München.

Veröffentlichungen u. a.: *Von der „Judenpolitik“ zum Judenmord. Der Distrikt Lublin des Generalgouvernements 1939–1944*, Frankfurt a. M. 1993; *Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941–1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens*, München 1996; *Holocaust. Die Ursachen, das Geschehen, die Folgen*, Freiburg 2000; *Justiz in Brandenburg 1945–1955. Gleichschaltung und Anpassung*, München 2001.

Bernd Jürgen Wendt, Dr. phil., geb. 1934, Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Hamburg (2000 Emeritierung).

Veröffentlichungen u. a.: *Economic Appeasement. Handel und Finanz in der britischen Deutschland-Politik 1933–1939*, Düsseldorf 1971; *Großdeutschland. Außenpolitik und Kriegsvorbereitung des Hitler-Regimes*, München 1987; *Deutschland 1933–1945. Das „Dritte Reich“*. Handbuch zur Geschichte, Hannover 1995.

Hannah-Arendt-Institut

für Totalitarismusforschung e. V. an der
Technischen Universität Dresden



Schriften des Hannah-Arendt-Instituts

Nr. 1: Die politische „Wende“ 1989/90 in Sachsen. Rückblick und Zwischenbilanz. Hg. von Alexander Fischer (†) und Günther Heydemann, 1995

Nr. 2: Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung. Hg. von Michael Richter und Martin Reißmann, 1995

Nr. 3: Stefan Kreuzberger: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, 1996

Nr. 4: Michael Richter: Die Staatssicherheit im letzten Jahr der DDR, 1996

Nr. 5: Die Tragödie der Gefangenschaft in Deutschland und in der Sowjetunion 1941–1956. Hg. von Klaus-Dieter Müller, Konstantin Nikischkin und Günther Wagenlehner, 1998

Nr. 6: Lothar Fritze: Täter mit gutem Gewissen. Über menschliches Versagen im diktatorischen Sozialismus, 1998

Nr. 7: Totalitarismustheorien nach dem Ende des Kommunismus. Hg. von Achim Siegel, 1998

Nr. 8: Bernd Schäfer: Staat und katholische Kirche in der DDR, 1998

Nr. 9: Widerstand und Opposition in der DDR. Hg. von Klaus-Dietmar Henke, Peter Steinbach und Johannes Tuchel, 1999

Nr. 10: Peter Skyba: Vom Hoffnungsträger zum Sicherheitsrisiko. Jugend in der DDR und Jugendpolitik der SED 1949–1961, 2000

Nr. 11: Heidi Roth: Der 17. Juni 1953 in Sachsen. Mit einem einleitenden Kapitel von Karl Wilhelm Fricke, 1999

Nr. 12: Michael Richter, Erich Sobeslavsky: Die Gruppe der 20. Gesellschaftlicher Aufbruch und politische Opposition in Dresden 1989/90, 1999

Nr. 13: Johannes Raschka: Justizpolitik im SED-Staat. Anpassung und Wandel des Strafrechts während der Amtszeit Honeckers, 2000

Nr. 15: Ralf Ahrens: Gegenseitige Wirtschaftshilfe? Die DDR im RGW – Strukturen und handelspolitische Strategien 1963–1976, 2000

Nr. 16: Frank Hirschinger: „Zur Ausmerzung freigegeben“. Halle und die Landesheilanstalt Altscherbitz 1933–1945, 2001

Nr. 17: Sowjetische Militärtribunale. Bd. 1: Die Verurteilung deutscher Kriegsgefangener 1941–1953. Hg. von Andreas Hilger, Ute Schmidt und Günther Wagenlehner, 2001

Nr. 18: Karin Urich: Die Bürgerbewegung in Dresden 1989/90, 2001

Nr. 19: Innovationskulturen und Fortschrittserwartungen im geteilten Deutschland. Hg. von Johannes Abele, Gerhard Barkleit und Thomas Hänseroth, 2001

Nr. 20: „Ein Gespenst geht um in Europa.“ Das Erbe kommunistischer Ideologien. Hg. von Uwe Backes und Stéphane Courtois, 2002

Nr. 21: Mike Schmeitzner, Stefan Donth: Die Partei der Diktaturdurchsetzung. KPD/SED in Sachsen 1945–1952, 2002

Nr. 22: Diktaturdurchsetzung in Sachsen. Studien zur Genese der kommunistischen Herrschaft 1945–1952. Hg. von Rainer Behring und Mike Schmeitzner, 2003

Böhlau Verlag Köln Weimar

Hannah-Arendt-Institut

für Totalitarismusforschung e. V. an der
Technischen Universität Dresden



Berichte und Studien

Nr. 1: Gerhard Barkleit, Heinz Hartlepp: Zur Geschichte der Luftfahrtindustrie in der DDR 1952–1961, 1995 (vergriffen)

Nr. 2: Michael Richter: Die Revolution in Deutschland 1989/90. Anmerkungen zum Charakter der „Wende“, 1995

Nr. 3: Jörg Osterloh: Sowjetische Kriegsgefangene 1941–1945 im Spiegel nationaler und internationaler Untersuchungen. Forschungsüberblick und Bibliographie, 1995

Nr. 4: Klaus-Dieter Müller, Jörg Osterloh: Die Andere DDR. Eine studentische Widerstandsgruppe und ihr Schicksal im Spiegel persönlicher Erinnerungen und sowjetischer NKWD-Dokumente, 1995 (vergriffen)

Nr. 5: Gerhard Barkleit: Die Rolle des MfS beim Aufbau der Luftfahrtindustrie der DDR, 1996

Nr. 6: Christoph Boyer: „Die Kader entscheiden alles ...“ Kaderpolitik und Kaderentwicklung in der zentralen Staatsverwaltung der SBZ und der frühen DDR (1945–1952), 1996

Nr. 7: Horst Haun: Der Geschichtsbeschuß der SED 1955. Programmdokument für die „volle Durchsetzung des Marxismus-Leninismus“ in der DDR-Geschichtswissenschaft, 1996

Nr. 8: Erich Sobeslavsky, Nikolaus Joachim Lehmann: Zur Geschichte von Rechentechnik und Datenverarbeitung in der DDR 1946–1968, 1996 (vergriffen)

Nr. 9: Manfred Zeidler: Stalinjustiz kontra NS-Verbrechen. Die Kriegsverbrecherprozesse gegen deutsche Kriegsgefangene

in der UdSSR in den Jahren 1943–1952. Kenntnisstand und Forschungsprobleme, 1996 (vergriffen)

Nr. 10: Eckhard Hampe: Zur Geschichte der Kerntechnik in der DDR 1955–1962. Die Politik der Staatspartei zur Nutzung der Kernenergie, 1996

Nr. 11: Johannes Raschka: „Für kleine Delikte ist kein Platz in der Kriminalitätsstatistik.“ Zur Zahl der politischen Häftlinge während der Amtszeit Honeckers, 1997 (vergriffen)

Nr. 12: Die Verführungskraft des Totalitären. Saul Friedländer, Hans Maier, Jens Reich und Andrzej Szczypiorski auf dem Hannah-Arendt-Forum 1997 in Dresden. Hg. von Klaus-Dietmar Henke, 1997

Nr. 13: Michael C. Schneider: Bildung für neue Eliten. Die Gründung der Arbeiter- und Bauern-Fakultäten in der SBZ/DDR, 1998

Nr. 14: Johannes Raschka: Einschüchterung, Ausgrenzung, Verfolgung. Zur politischen Repression in der Amtszeit Honeckers, 1998

Nr. 15: Gerhard Barkleit, Anette Dunsch: Anfällige Aufsteiger. Inoffizielle Mitarbeiter des MfS in Betrieben der Hochtechnologie, 1998

Nr. 16: Manfred Zeidler: Das Sondergericht Freiberg. Zu Justiz und Repression in Sachsen 1933–1940, 1998

Nr. 17: Über den Totalitarismus. Texte Hannah Arendts aus den Jahren 1951 und 1953. Aus dem Englischen übertragen von Ursula Ludz. Kommentar von Ingeborg Nordmann, 1998

Nr. 18: Totalitarismus. Sechs Vorträge über Gehalt und Reichweite eines klassischen Konzepts der Diktaturforschung. Hg. von Klaus-Dietmar Henke, 1999

Nr. 19: Henry Krause: Wittichenau. Eine katholische Kleinstadt und das Ende der DDR, 1999

Nr. 20: Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und der ČSSR. Hg. von Christoph Boyer und Peter Skyba, 1999

Nr. 21: Horst Haun: Kommunist und „Revisionist“. Die SED-Kampagne gegen Jürgen Kuczynski (1956–1959), 1999

Nr. 22: Sigrid Meuschel, Michael Richter, Hartmut Zwahr: Friedliche Revolution in Sachsen. Das Ende der DDR und die Wiedergründung des Freistaates, 1999

Nr. 23: Gefangene in deutschem und sowjetischem Gewahrsam 1941–1956: Dimensionen und Definitionen. Hg. von Manfred Zeidler und Ute Schmidt, 1999

Nr. 24: Gerald Hacke: Zeugen Jehovas in der DDR. Verfolgung und Verhalten einer religiösen Minderheit, 2000

Nr. 25: Komponisten unter Stalin. Aleksandr Veprik (1899–1958) und die Neue jüdische Schule. Hg. von Friedrich Geiger, 2000

Nr. 26: Johannes Abele: Kernkraft in der DDR. Zwischen nationaler Industriepolitik und sozialistischer Zusammenarbeit 1963–1990, 2000

Nr. 27: Silke Schumann: „Die Frau aus dem Erwerbsleben wieder herausnehmen.“ NS-Propaganda und Arbeitsmarktpolitik in Sachsen 1933–1939, 2000

Nr. 28: Andreas Wiedemann: Die Reinhard-Heydrich-Stiftung in Prag (1942–1945), 2000

Nr. 29: Gerhard Barkleit: Mikroelektronik in der DDR. SED, Staatsapparat und Staatssicherheit im Wettstreit der Systeme, 2000

Nr. 30: Włodzimierz Borodziej, Jerzy Kochanowski, Bernd Schäfer: Grenzen der Freundschaft. Zur Kooperation der Sicherheitsorgane der DDR und der Volksrepublik Polen zwischen 1956 und 1989, 2000

Nr. 31: Harald Wixforth: Auftakt zur Ostexpansion. Die Dresdner Bank und die Umgestaltung des Bankwesens im Sudetenland 1938/39, 2001

Nr. 32: Auschwitz. Sechs Essays zu Geschehen und Vergegenwärtigung. Hg. von Klaus-Dietmar Henke, 2001

Nr. 33: Mike Schmeitzner: Schulen der Diktatur. Die Kaderausbildung der KPD/SED in Sachsen 1945–1952, 2001

Nr. 34: Jaroslav Kučera: „Der Hai wird nie wieder so stark sein.“ Tschechoslowakische Deutschlandpolitik 1945–1948, 2001

Nr. 35: Diktaturdurchsetzung. Instrumente und Methoden der kommunistischen Machtsicherung in der SBZ/DDR 1945–1955. Hg. von Andreas Hilger, Mike Schmeitzner und Ute Schmidt, 2001

Nr. 36: Gerhard Sälter: Interne Repression. Die Verfolgung übergelaufener MfS-Offiziere durch das MfS und die DDR-Justiz (1954–1966), 2002

Nr. 37: Stephan Posta: Tschechische „Fremdarbeiter“ in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft, 2002

Nr. 38: Michael Richter: Entscheidung für Sachsen. Grenzkreise und -kommunen bei der Bildung des Freistaates 1989–1994. Bürgerwille und repräsentative Demokratie, 2002

Nr. 39: Martin Kupke, Michael Richter: Der Kreis Oschatz in der friedlichen Revolution 1989/90, 2002

Nr. 40: Wehrmacht–Verbrechen–Widerstand. Vier Beiträge zum nationalsozialistischen Weltanschauungskrieg. Hg. von Clemens Vollnhals, 2003

Bestelladresse für „Berichte und Studien“:

Hannah-Arendt-Institut
für Totalitarismusforschung e.V.
an der Technischen Universität Dresden
01062 Dresden

Telefon: 0351 / 463 32802

Telefax: 0351 / 463 36079

E-Mail: hait@mail.zih.tu-dresden.de

Homepage: www.hait.tu-dresden.de

Hannah-Arendt-Institut

für Totalitarismusforschung e. V. an der
Technischen Universität Dresden



Einzelveröffentlichungen

Nr. 1: Lothar Fritze: Die Gegenwart des
Vergangenen. Über das Weiterleben der
DDR nach ihrem Ende, Köln 1997
(Böhlau)

Nr. 2: Jörg Osterloh: Ein ganz normales
Lager. Das Kriegsgefangenen-Mann-
schaftsstammlager 304 (IV H) Zeithain
bei Riesa/Sa. 1941–1945, Leipzig 1997
(Kiepenheuer)

Nr. 3: Manfred Zeidler: Kriegsende im
Osten. Die Rote Armee und die Besetzung
Deutschlands östlich von Oder und Neiße
1944/45, München 1996 (Oldenbourg)

Nr. 4: Michael Richter, Mike Schmeitzner:
„Einer von beiden muß so bald wie mög-
lich entfernt werden“. Der Tod des sächsi-
schen Ministerpräsidenten Rudolf Fried-
richs vor dem Hintergrund des Konflikts
mit Innenminister Kurt Fischer 1947,
Leipzig 1999 (Kiepenheuer)

Nr. 5: Johannes Bähr: Der Goldhandel der
Dresdner Bank im Zweiten Weltkrieg.
Unter Mitarbeit von Michael C. Schnei-
der. Ein Bericht des Hannah-Arendt-
Instituts, Leipzig 1999 (Kiepenheuer)

Nr. 6: Felicja Karay: Wir lebten zwischen
Granaten und Gedichten. Das
Frauenlager der Rüstungsfabrik HASAG
im Dritten Reich, Köln 2001 (Böhlau)

Nr. 7: Hannah Arendt Denktagebuch. Hg.
von Ursula Ludz und Ingeborg
Nordmann. 2 Bände, München 2002
(Piper)